



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Behinderung und Entwicklung in Tansania.

Beiträge von Staat und Zivilgesellschaft

Verfasserin

Magdalena Kern

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt.
Studienblatt:

A 390

Studienrichtung lt.
Studienblatt:

Diplomstudium Afrikanistik

Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Walter Schicho

Danksagung

Die Erstellung dieser Arbeit war von vielen Herausforderungen geprägt, und ihre Fertigstellung wäre nicht ohne die Unterstützung besonderer Menschen möglich gewesen. Ich möchte daher allen herzlich danken, die mich begleitet und ermutigt haben.

Mein Dank gilt meinem Betreuer Univ. Prof. Dr. Walter Schicho, dessen Ruhe und Geduld, konstruktives Feedback und Ermunterungen mir geholfen haben, „dran zu bleiben“ und nicht aufzugeben.

Ich danke Katharina Noussi und LICHT FÜR DIE WELT für die Möglichkeit, das *Inclusive Tanzania* Projekt als Gegenstand meiner Forschung zu verwenden und für den Kontakt zum *Information Centre on Disability* in Dar es Salaam.

Ganz besonders dankbar bin ich meinen InterviewpartnerInnen und den Mitgliedern des *Inclusive Tanzania* Netzwerks, die mich an ihrer Arbeit und ihrem Leben teilhaben ließen. *Nawashukuru sana wajumbe wa Mtandao wa Tanzania Jumuishi kwa kunikaribisha na kunishirikisha katika kazi na maisha yake.*

Meinen Eltern und meiner Familie danke ich für die großzügige Unterstützung während meines Studiums. Marianne Schulze und Johanna Mang – euch danke ich vielmals für eure vielfältige Bestärkung während der letzten Etappe.

Inhaltsverzeichnis

<i>Danksagung</i>	2
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	3
<i>Abbildungsverzeichnis</i>	5
<i>Abkürzungen</i>	6
<i>Vorwort</i>	8
Einleitung	9
<i>Fragestellung und Ziele</i>	9
<i>Methoden</i>	13
1 Schlüsselbegriffe	15
1.1 <i>Zur Definition von Behinderung</i>	16
1.2 <i>Ownership, Empowerment und Partizipation</i>	19
1.3 <i>Menschenrechte und Entwicklung</i>	24
<i>EXKURS: Menschen mit Behinderungen im Menschenrechtsansatz</i>	26
1.4 <i>Inklusion und Entwicklung</i>	28
1.5 <i>Disability Mainstreaming</i>	31
2 Behinderung im internationalen (Entwicklungs-) Kontext	33
2.1 <i>Armut und Behinderung – ein „Teufelskreis“</i>	33
2.2 <i>Stigmatisierung und Ausgrenzung</i>	36
<i>EXKURS: Barrieren</i>	36
2.3 <i>Der internationale Rahmen</i>	39
2.3.1 <i>Die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen</i>	41
2.3.2 <i>Die MDGs und Menschen mit Behinderungen</i>	42
3 Behinderung im institutionellen Rahmen Tansanias	45
3.1 <i>Arbeit und Beschäftigung</i>	45
3.2 <i>Bildung</i>	49
3.3 <i>National Policy on Disability</i>	52
3.4 <i>Behinderung in der Nationalen Strategie für Wachstum und Bekämpfung der Armut (MKUKUTA)</i>	54
3.5 <i>National Social Protection Framework</i>	58

3.6 Persons with Disabilities Act 2010.....	59
4 Zur Situation von Menschen mit Behinderungen in der tansanischen Gesellschaft.....	63
4.1 Begrifflichkeiten	63
4.2 Zahlen	64
4.3 Wahrnehmung von Menschen mit Behinderungen in Tansania	66
4.3.1 Stigma und Diskriminierung	68
4.3.2 Land – Stadt	70
4.4 Zugang zu Bildung.....	72
4.4.1 Geschichtlicher Überblick	72
4.4.2 Bildung heute.....	74
EXKURS: Segregation – Integration – Inklusion.....	75
4.5 Arbeitsmarkt und sozialer Schutz	80
4.6 Politische Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen.....	83
5 “Tunadai haki zetu“ – Strategien der Behindertenverbände zur Mitgestaltung der tansanischen Politik.....	86
5.1 Tanzania Jumuishi – das Beispiel des Inclusive Tanzania Netzwerk	86
5.1.1 Struktur des Projekts	88
5.1.2 Ziele und Grundsätze des Projekts.....	88
5.1.3 Projektaktivitäten und (vorläufige) Resultate	90
5.2 Auswertung: Rolle und Selbstverständnis der DPOs in der Gestaltung der tansanischen Politik und ihr Weg zu Empowerment.....	95
5.3 Auswertung: Gesetze versus Implementierung.....	101
6 Conclusio.....	105
Literatur- und Quellenverzeichnis	111
Anhang.....	122
Liste der InterviewpartnerInnen	122
Beispiel eines Interviewleitfadens.....	123
Interviewbeispiel	125
Abstract (Deutsch)	133
Abstract (English)	134
Curriculum Vitae	135

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kreislauf Armut und Behinderung (nach DFID 2000: 4)	35
Abbildung 2: Exklusion/Separation - Integration – Inklusion.....	75
Abbildung 3: MTAJU-Informationsposter zu inklusiver Bildung	94
Tabelle 1 Verteilung der verschiedenen Behinderungen in Prozent.....	65

Abkürzungen

CCM	Chama cha Mapinduzi
CHADEMA	Chama cha Demokrasia
CHAVITA	Chama Cha Viziwi Tanzania (tansanischer Gehörlosenbund)
CHAWATA	Chama Cha Watu Wenye Ulemavu Tanzania (tansanische Organisation von Menschen mit Körperbehinderungen)
COBET	Complimentary Basic Education in Tanzania
CRC	UN Convention on the Rights of the Child
CRPD	UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities
CSO	Civil Society Organisation
DAO	District Academic Officer
DEO	District Education Officer
DOLASED	Disabled's Organisation for Legal Affairs and Social-Economic Development
DPO	Disabled People's Organisation
DSM	Dar es Salaam
EDF	European Disability Forum
ICD	Information Centre on Disability
IDDC	International Disability and Development Consortium
ILO	International Labour Organisation
INGOs	International Non-Governmental Organisation
MDGs	Millennium Development Goals
MKUKUTA	Mkakato wa Kukuza Uchumi na Kupunguza Umaskini Tanzania (National Poverty Reducation Strategy)
MOE	Ministry of Education (and Vocational Training)
MTAJU	Mtandao wa Tanzania Jumuishi – Inclusive Tanzania Network
NDP	National Disability Policy
NEC	National Election Committee
NGO	Non-Governmental Organisation

NSGRP	National Strategy on Growth and the Reduction of Poverty
NSPF	National Social Protection Framework
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights
PDO	Pro-Disability Organisation
PEDP	Primary Education Development Plan
PER	Public Expenditure Review
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers
SHIVYAWATA	Shirikisho la Vyama vya Watu wenye Ulemavu (tansanischer DPO-Dachverband)
TAMH	Tanzania Association for the Mentally Handicapped
TLB	Tanzania League of the Blind
TNIB	Tanzania National Institute for the Blind
TSB	Tanzania Society for the Blind
UPR	Universal Periodic Review
UPWD	Union of Persons with Disabilities in Mwanga
URT	United Republic of Tanzania
WHO	World Health Organisation

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist in einer Zeit des Umbruchs – für Menschen mit Behinderungen weltweit – entstanden. Die neue UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen trägt zu neuem Bewusstsein von und über Menschen mit Behinderungen bei.

Auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit entwickelt, in der Erkenntnis, dass Armut und Behinderung eng verknüpft sind, immer mehr eine *disability perspective*.

Der Inhalt meiner Feldforschung und die Analyse der Behindertenbewegung in Tansania stellen daher nicht mehr als eine Momentaufnahme einer Situation dar, die ständigem Wandel unterliegt.

Einleitung

Fragestellung und Ziele

Behinderung existiert weltweit, in allen Ländern, Gesellschaften und Sprachen.¹ Behinderung mit all ihren Komponenten und Manifestationen ist ein Teil der menschlichen Erfahrung (vgl. Coleridge 1993: 6; 216) und erhält dadurch universellen Charakter. In einkommensschwachen Ländern kommen Behinderungen besonders häufig vor. Aufgrund der damit einhergehenden Diskriminierung und Verarmung der Betroffenen und ihrer Familien (vgl. Elwan 1999, DFID 2000, WHO 2011) setzt sich in der jüngeren Vergangenheit verstärkt das Verständnis durch, dass Behinderung auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und Armutsminderung thematisiert werden muss.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, auf welche Art und mit welcher Begründung die Entwicklungszusammenarbeit Behinderung in den größeren Kontext von Entwicklung einbetten kann. Denn Ausflüchte und Argumente, die gegen die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in Entwicklungsprozesse sprechen, gibt es viele: sei es der Hinweis auf Ressourcenknappheit² oder ein grundsätzlich fehlendes Verständnis über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Das *European Disability Forum*, Dachverband der Europäischen Organisationen von Menschen mit Behinderungen, hat gängige Argumente gegen Inklusion in der EZA zusammengetragen, um diese zu widerlegen. Die Argumente reichen von Kostenfaktoren, über die vermeintliche Überkomplexität des Themas bis zu Vorurteilen und fehlendem Glauben an Fähigkeiten und Potentiale von Menschen mit Behinderungen. (vgl. EDF 2002: 15f)

¹ Wiewohl nicht alle Sprachen dezidiert über ein Wort, das alle Arten von Behinderung umfasst, verfügen, Anm. MK

² „In einer Situation, in der es einer zunehmenden Anzahl von Menschen in Ländern der Dritten Welt an den notwendigsten Ressourcen fehlt, um ihre primären Grundbedürfnisse zu erfüllen, ist die Frage durchaus berechtigt, welchen Stellenwert Hilfe für Behinderte in der internationalen Zusammenarbeit einnehmen soll.“ (Freyhoff 1993: 101)

In der Vergangenheit waren Behinderung und die Sicht auf Menschen mit Behinderungen mit vorwiegend negativen oder protektionistischen Konnotationen behaftet bzw. wurde Behinderung ausgeblendet und maximal als Nischenthema oder dem Wohlfahrtsbereich zugeordnet betrachtet.

Erst seit relativ kurzer Zeit werden die Belange von Menschen mit Behinderungen mit dem Menschenrechts- und Entwicklungsdiskurs in Verbindung gesetzt (mehr dazu siehe Kapitel 1.3, 1.4 und 1.5). Vor allem die erstarkende Stimme des *Disability Movements*³ brachte die Rechte von Menschen mit Behinderungen ins Blickfeld internationaler Menschenrechtsdialoge und Entwicklungen.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit besteht darin, Behinderung und die Situation von Menschen mit Behinderungen in einem Entwicklungsland – der Vereinigten Republik von Tansania – im Spannungsfeld internationaler Verpflichtungen, knapper Ressourcen und sozio-kultureller Barrieren darzustellen und die sozialen, gesetzlichen und politischen Dimensionen von Behinderung zu untersuchen. Trotz Tansanias häufig zugeschriebenem Status als “*aid darling*”⁴ haben Entwicklungsstrategien und -programme nicht notwendigerweise zu einer gerechteren Verteilung von Ressourcen, Chancengleichheit und besserem Zugang zu Rechten geführt.

Ausgehend von 4 Leitfragen möchte ich analysieren, wie das Zusammenspiel von Armut, Diskriminierung und Behinderung in einem ausgewählten Land aussieht und welche Faktoren und Entwicklungen – externer und interner Art – das *Empowerment* von Menschen mit Behinderungen bzw. ihren Vertretungsorganisationen beeinflussen:

→ Welchen Status haben Menschen mit Behinderungen in Tansania im Kontext von Entwicklung, Gesellschaft, Armut?

³ zur Entstehung des *Disability Movements* siehe Shakespeare 1993, Winter 2003; zeitlicher Abriss: <http://bancroft.berkeley.edu/collections/drilm/resources/timeline.html>

⁴ <http://www.thecitizen.co.tz/sunday-citizen/43-sunday-citizen-opinion-editorial/2174-is-tanzania-the-darling-of-donors.html>; <http://www.policyforum-tz.org/files/RevenueEnglish.pdf>

- Welche Rolle spielen Staat, Zivilgesellschaft (Behindertenverbände, NGOs) und internationale Organisationen für den Wandel vom Wohlfahrts- zum Menschenrechtsparadigma?
- Wie und warum wirken internationale Entwicklungen (auch die Politik der Geberorganisationen) auf nationale Prozesse und Prioritätensetzung?
- Welche Einflüsse haben historische, wirtschaftliche und soziale Faktoren sowie westliche Konzepte auf die Perzeption von und Reaktion auf Menschen mit Behinderungen?

In Kapitel 1 werde ich hierzu ausgewählte Begriffe und Konzepte, die den Diskurs rund um die Rechte von Menschen mit Behinderungen bestimmen und begleiten, zusammenfassen. Dazu gehören Begriffsbestimmungen von Behinderung, *Empowerment*, Partizipation, Entwicklung, Menschenrechts- und Inklusionsansatz, die erörtert werden, um die zentralen Forschungsfragen verorten und behandeln zu können.

Darauf folgen in Kapitel 2 eine Darstellung des Zusammenhangs zwischen Armut und Behinderung und ein Blick auf die wichtigsten Barrieren, die zu Ausgrenzung und Stigmatisierung von Menschen mit Behinderungen beitragen. Hier werden außerdem zwei der aktuell wichtigsten Rahmendokumente – die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) und die *Millennium Development Goals (MDGs)* – eingeführt, die den Diskurs um Behinderung und Armutsbekämpfung begleiten und bestimmen.

Kapitel 3 soll eine Übersicht über die nationalen Gesetze und *ies*, die Tansania im Bereich Behinderung verabschiedet hat, geben und ihre historische Entwicklung darstellen. Sie dienen später als Ausgangspunkt für die Einschätzung der heutigen Situation von Menschen mit Behinderungen in Tansania, die in Kapitel 4 genauer untersucht wird.

Anhand eines praktischen Beispiels möchte ich in Kapitel 5 zeigen, welche Rolle das *Disability Movement* im Spannungsfeld von Armut, Ausgrenzung und *Empowerment* einnimmt und wie dessen Interaktion mit den staatlichen

AkteurInnen aussieht. Dabei werde ich die Entwicklung eines Netzwerks von Behindertenverbänden (*Disabled People's Organisations* – DPOs) verfolgen, um dessen *Empowerment* zu analysieren und der Frage nachzugehen, ob die tansanische Behindertenbewegung einem *Movement*, d. h. einer sozialen Bewegung⁵ mit gemeinsamem Ziel und gemeinsamen Strategien, entspricht.

In der Conclusio sollen schließlich meine Forschungsfragen zusammenfassend beantwortet und die folgenden Hypothesen bestätigt bzw. widerlegt werden:

Vom Objekt karitativer Bemühungen zum Rechtssubjekt

Die Befassung mit Behinderung und den Belangen von Menschen mit Behinderungen war lange Zeit von einem Wohlfahrtsansatz geprägt. Der Wandel vom Objekt zum Subjekt ist ein langer Prozess, der oft von leeren Phrasen begleitet wird. Wandel muss von innen und außen verursacht werden (*advocacy* der Behindertenverbände und NGOs, Adaption der gesetzlichen Grundlagen, internationale Verpflichtungen und „Trends“: UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD), UN Kinderrechtskonvention, MDGs, *social protection*).

„Beiß nicht die Hand, die dich füttert“ versus „Tunadai haki zetu – wir fordern unsere Rechte“

Die anwaltschaftliche Arbeit der DPOs hängt auch von ihrer Finanzkraft und ihrer dementsprechenden (Un)Abhängigkeit von Staat und externen Gebern ab. Diese Unsicherheit stellt eine Hürde für *Empowerment* und das Einfordern der eigenen Rechte dar. Durch Aufbau von Ressourcen (Bildung, monetäre Unterstützung, Einkommen-schaffende Aktivitäten) kann die Rolle des *Disability Movements* – als Initiator von Wandel, als Watchdog oder Lobby für die Rechte von Menschen mit Behinderungen – gestärkt werden.

⁵ Definition „*Social Movement*“ siehe <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/551335/social-movement>

Methoden

Für meine Forschung habe ich einen Methodenmix angewandt. Der Recherche in Wien an der Bibliothek und bei LICHT FÜR DIE WELT folgte ein dreimonatiger Forschungsaufenthalt in Dar es Salaam und Mwanga in Tansania.

Mein Kontakt vor Ort war die tansanische Nichtregierungsorganisation *Information Centre on Disability* (ICD), die mit finanzieller Unterstützung der entwicklungspolitischen Organisation LICHT FÜR DIE WELT das Projekt „*Inclusive Tanzania – Inclusive Education and Political Participation of Persons with Disabilities through Empowerment and Capacity Building*“ und das daraus entstandene Organisationsnetzwerk koordinierte.

Im Büro von ICD hatte ich Zugang zur organisationseigenen Bibliothek mit Informationen über die Situation von Menschen mit Behinderungen in Tansania, aber auch allgemeiner Literatur zu Behinderung und inklusiver Pädagogik, Regierungspublikationen, Broschüren und Statistiken.

Der Kontakt zu ICD half mir, AnsprechpartnerInnen bei anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu finden, um qualitative Interviews mit MitarbeiterInnen von DPOs und PDOs⁶, BehindertenaktivistInnen und RegierungsbeamtInnen zu führen.

Für die Interviews erstellte ich im Vorfeld Leitfäden für die jeweilige Zielgruppe. Die Fragen waren möglichst offen formuliert, sodass zum Teil nahezu lebensgeschichtliche Gesprächsprotokolle entstanden. Bei der Aufarbeitung der Interviews konnte ich durch eine Analyse anhand ausgewählter Kategorien⁷ Erkenntnisse zu den einzelnen Themenschwerpunkten wie Politik, Bildung und soziale Verhältnisse gewinnen.

Außerdem führte ich Recherchen in der Bibliothek der Universität von Dar es Salaam durch, wo ich durch Kontakt zum dortigen Koordinationsbüro eine Forschungsgenehmigung für die East African Collection erhielt und Zugang zu großteils unveröffentlichter Literatur (Dissertationen, Forschungsartikel) erhielt.

⁶ DPO (Disabled People's Organisation): Selbstvertretungsorganisation von Menschen mit Behinderungen; PDO (Pro-Disability Organisation): NGO, die sich für Menschen mit Behinderungen einsetzt

⁷ unter anderem Bildung, Gesetzgebung, Arbeit, Gesellschaft

Im Zuge des von mir beforschten Projekts hatte ich Gelegenheit, gemeinsam mit dem zuständigen Projektreferenten von ICD die nördliche Projektregion Mwanga in der Region Kilimanjaro zu besuchen. Ich konnte dort die Entstehung der *Mwanga Union of Persons with Disabilities*, der ersten *Disabled People's Organisation* in der Region, miterleben und führte Interviews mit lokalen Projektmitgliedern und ExpertInnen.

Die Teilnahme an Projekt-Workshops, Versammlungen und einer internen Evaluierung des Inclusive Tanzania Consortiums sowie Besuche bei den Mitgliedsorganisationen des Netzwerks ermöglichten mir wichtige Einblicke in die Struktur und Zusammenarbeit der tansanischen Behindertenverbände.

Kurzgefasst konnte ich mir durch Datengewinnung aus Publikationen, Interviews und teilnehmende Beobachtung Erkenntnisse für meine Forschungsfragen gewinnen und diese entsprechend auswerten.

“Many of the familiar terms of recent years evoke a comforting mutuality, a warm and reassuring consensus, ringing with the satisfaction of everyone pulling together to pursue a set of common goals for the well-being of all.”⁸

1 Schlüsselbegriffe

Ein Blick auf die entwicklungspolitische Literatur der vergangenen Jahre genügt, um wesentliche „Zauberwörter“⁹ rund um Armutsbekämpfung und Entwicklungsdiskurs auszumachen, ohne die kaum ein Text auszukommen scheint. *Empowerment* ist eines dieser Schlagwörter, *Partizipation*, *Ownership* und *Leadership* sowie *Capacity Building* und *Sustainability* sind ebenfalls nahezu inflationär gebrauchte Begriffe in der Entwicklungszusammenarbeit. (vgl. Rowlands 1995: 106)

Auch wenn diese Begriffe, wie Cornwall und Brock ironisch feststellen, nach Mythenbildung klingen mögen und mit ihrem *“feeling of rightness, [...], an almost ceremonial function in bolstering a feeling of togetherness and purposefulness”* (Cornwall Brock 2005: 1055) haben und darauf abzielen, die Vision eines gemeinsamen, heeren Zieles zu kreieren, ist ihre Klärung und Kontextualisierung für die vorliegende Arbeit wichtig. Zu tief haben sich diese Termini in die kollektive Sprache, auch der tansanischen Behindertenverbände, eingegraben, als dass sie ignoriert werden könnten.

Auf die Annäherung an den facettenreichen Begriff „Behinderung“ und die Auseinandersetzung mit den Begriffen *Ownership*, *Partizipation* und *Empowerment* folgt im Praxisteil die Überprüfung, ob der sich in der Entwicklungssprache abzeichnende Wandel in Richtung einer Entwicklung für alle tatsächlich in der Realität nachvollziehen lässt.

⁸ Cornwall & Brock 2005: 1045

⁹ Rowlands (1995: 106) spricht von *“buzzwords”*.

1.1 Zur Definition von Behinderung

In der vorliegenden Arbeit geht es vor allem um die soziale Dimension von Behinderung, also die Wechselwirkung zwischen individuellen und strukturellen Faktoren.¹⁰ Ich werde daher nicht auf die verschiedenen Arten von Behinderungen¹¹ eingehen, sondern mich am bewusst sehr offen gehaltenen Verständnis von Behinderung in der CRPD orientieren: *“Persons with disabilities include those who have long-term physical, mental, intellectual or sensory impairments which in interaction with various barriers may hinder their full and effective participation in society on an equal basis with others.”* (Artikel 1, CRPD)

Der Fokus in dieser Definition liegt klar auf der sozialen Dimension von Behinderung, die durch Barrieren (siehe Exkurs in Kapitel 2) zu Diskriminierung führt und Menschen mit Behinderungen an der vollen gesellschaftlichen Teilhabe hindert. Der Diskriminierung geht oft eine Stigmatisierung voraus, d.h. dass Menschen mit bestimmten Merkmalen bestimmte Eigenschaften ohne reale Begründung zugesprochen werden. Diese Zuschreibung beeinflusst dann wiederum die Reaktion auf die Person oder Gruppe. (vgl. Firlinger 2003: 128)

Einer meiner Interviewpartner erklärte dies so: *“If disability is associated with bad omen or such similar things it creates stigma. That is why we disabled people are being secluded, hidden, because we bring shame to the family. That is the environment that surrounds us.”*¹²

Shakespeare spricht zudem von *“identity spread”*, wenn alle anderen Merkmale einer Person – Geschlecht, Alter, Persönlichkeit, Sexualität etc. – durch das Merkmal *“Behinderung”* überdeckt oder verdrängt werden. (vgl. Shakespeare 2006: 71)

¹⁰ *“The experience of a disabled person results from the relationship between factors intrinsic to the individual, and extrinsic factors arising from the wider context in which she finds herself.”* (Shakespeare 2006: 55)

¹¹ u.a. Körperbehinderungen, Sinnesbehinderungen, intellektuelle Behinderungen, psychische Behinderung, Altersbehinderungen. Welttbericht zu Behinderung: *“Disability varies according to a complex mix of factors, including age, sex, stage of life, exposure to environmental risks, socioeconomic status, culture and available resources – all of which vary markedly across locations.”* (WHO 2011: 44)

¹² Interview Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

Dies kann den Wünschen von Menschen mit Behinderungen diametral entgegen stehen, denn: *“They [persons with disabilities] want to be seen as ordinary members of society, free of limitation or classification.”* (Shakespeare 2006: 72)

Die Perzeption von Behinderung kann drei verschiedenen, miteinander verbundenen Ebenen zugeordnet werden:

- i) Ebene der Körperfunktionen und –strukturen
 - ii) Ebene der Person
 - iii) soziale Ebene, die das Leben der Person durch die Erfahrung von Barrieren in der Ausübung ihrer Aktivitäten prägt
- (vgl. Üstün 2001: 318; Shakespeare 2006: 55f)

Die in der CRPD verwendete Definition von Behinderung geht aus den Klassifikationen zu Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation¹³ hervor, die die soziale Dimension von Behinderung in der *International Classification of Functioning, Disability and Health* (ICF) von 2004 erfasst.¹⁴ Im Unterschied zum zuvor herrschenden medizinischen Modell¹⁵ werden im sogenannten sozialen Modell, das ab den 1970er Jahren ausgehend vom britischen *Disability Movement* entwickelt wurde, das soziale Umfeld und die Rechte von Menschen mit Behinderungen reflektiert.

Die Definitionen der WHO und der CRPD zeigen, dass Behinderung als soziales Konstrukt nicht unabhängig von der Person und deren (sozialer) Umwelt, mit der sie in Wechselwirkung steht, betrachtet werden kann.

Auf den ersten Blick erscheint die zeitliche und ideologische Trennung von medizinischem – die Behinderung einer Person ist das Problem, das es zu lösen gilt – und sozialem – die Gesellschaft muss sich so verändern, dass sie die vielfältigen Rechte und Bedürfnisse von Menschen gleichberechtigt anerkennt und ihnen Rechnung trägt – Modell einleuchtend. (vgl. WHO 2011: 4)

¹³ Definition von Behinderung der WHO siehe <http://www.who.int/topics/disabilities/en/>

¹⁴ zeitlicher Abriss der WHO-Klassifikationen siehe Hochwarter 2009: 11-13

¹⁵ medizinisches Modell vgl. Hochwarter 2009: 9f; Rutachwamagyo 2005: 7f; Shakespeare 2006: 14-19

Ein ausgewogenes, umfassendes Konzept schließt aber beide Modelle mit ein: Die individuellen Bedürfnisse eines Menschen (zB Gesundheit, Rehabilitation) fließen in die sozial und menschenrechtlich relevanten Facetten von Behinderung selbstverständlich mit ein. Eine praktische Kombination medizinischer und sozialer Ansätze unter dem Dach der Menschenrechte erfolgt zB im Kontext der Gemeindenahen Rehabilitation. (vgl. u.a. DFID 2000: 9; siehe auch Kapitel 2.1)

Ebenfalls wichtig ist die Umweltdimension von Behinderung: das Verständnis von Behinderung in einem bestimmten Land (oder in einer bestimmten Gesellschaft) kann sich wesentlich von dem in einem anderen Land unterscheiden. Bei Definitionen und der Übernahme von Begriffen ist es wichtig, diese möglichen Unterschiede zu berücksichtigen.

Die starre Übertragung „westlicher“ Konzepte auf Entwicklungsländer wäre wenig zielführend.¹⁶ So wirft Kisanji in Bezug auf Bildungskonzepte die Frage auf: *„Unfortunately, political, social, economic and cultural conditions in the countries of the North are markedly different from those in the South. To what extent, then, is the concept of inclusive schooling/education relevant to the South?“* (Kisanji 1998: 2)

Dem Spannungsfeld zwischen Behinderung als sozialer Kategorie, die weltweit vorkommt und somit universalen Charakter¹⁷ besitzt, und der kontextabhängigen Reaktionen auf Menschen mit Behinderungen (vgl. Keck 1997: 5) gilt es am Beispiel Tansanias nachzuspüren.

¹⁶ Anm.: Eine Diskussion dieser Frage ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht möglich, sie soll aber zumindest in die Überlegungen in der Conclusio einfließen.

¹⁷ Der universale Charakter von Behinderung ist auch in der ICF abgebildet *“[...] every human being can experience a decrement in health and thereby [sic] experience some degree of disability. Disability is not something that only happens to a minority of humanity. The ICF thus 'mainstreams' the experience of disability and recognises it as a universal human experience.”* (ICF 2004, online-Version: <http://www.who.int/classifications/icf/en/>)

“People with disabilities have a right to be included in all aspects of life. In order to fight for the right to inclusion, people with disabilities need to live in an environment in which they are empowered.”¹⁸

1.2 Ownership, Empowerment und Partizipation

Ownership bedeutet, dass die Zielgruppen von Entwicklungsprozessen selbst die Entscheidungs- und Handlungskontrolle über alle Maßnahmen haben. Sie machen sich Gesetze und Strukturen zu Eigen. *Ownership* steht in engem Zusammenhang mit dem Prozess von *Empowerment* und *Partizipation*, da es in all diesen Konzepten um die Überwindung diskriminierender Strukturen und Verhaltensweisen geht.

Der Begriff **Empowerment** begleitet auch in Tansania den Entwicklungsdiskurs und wird in den verschiedensten Bereichen verwendet.

In den 1990er Jahren war *Empowerment* einer der dominierenden Begriffe im Entwicklungsdiskurs und wurde für eine Vielzahl von sozialen Prozessen und Bereichen verwendet (vgl. Cornwall & Brock 2005: 1046), am meisten jedoch im Zusammenhang mit Frauen und Gender.

“Development-assistance agencies [...], eternally in search of sexier catchphrases and magic bullets that could somehow fast-track the process of social transformation, took hold of the term [and] began to use it to replace their earlier terminology of ‘people’s participation’ and ‘women’s development’.”
(Batliwala 2007: 559)

Empowerment findet sich sowohl als Ziel und Rechtfertigung für Handlungen als auch als Entwicklungsinstrument und Werkzeug der Armutsbekämpfung, etwa im Umfeld der *Poverty Reduction Strategy Papers* oder der Millenniumsentwicklungsziele. Auch als Mittel zur Herbeiführung gesellschaftlichen Wandels wird das *Empowerment*-Konzept immer wieder herangezogen. (vgl. Rowlands 1995: 103)

Selbst die Weltbank hat sich *Empowerment* auf die Fahnen geschrieben und definiert es als *“[...] expansion of assets and capabilities of poor people to*

¹⁸ DFID 2000: 5

participate in, negotiate with, influence, control, and hold accountable institutions that affect their lives.” (World Bank 2002: 14)

Arme und marginalisierte Menschen(gruppen) werden demnach ermächtigt bzw. ermächtigen sich selbst¹⁹, sodass sie an Entscheidungen teilhaben, Institutionen kontrollieren und zur Rechenschaft ziehen und ihre inhärenten Rechte einfordern können. (vgl. Rowlands 1995: 103; Sen 1997: 6)

Der zentrale Bestandteil von *Empowerment*, *power*, bleibt im Entwicklungsdiskurs häufig unhinterfragt, die unterschiedlichen Bedeutungen von Macht – *“transforming the relations of power between individuals and social groups”* (Batiwala 2007: 560) – werden kaum diskutiert, obwohl im Zentrum von *Empowerment* eine Veränderung der Machtverhältnisse zu Gunsten der vormals Machtlosen stehen soll. (vgl. Sen 1997: 3)

Die wichtigste Dimension von *Empowerment* in Hinblick auf die Entwicklung einer Behindertenbewegung in Tansania ist die Dimension eines kollektiven *Empowerments* *“where individuals work together to achieve a more extensive impact than each could have had alone. This includes involvement in political structures, but might also cover collective action based on cooperation rather than competition.”* (Rowlands 1995: 103)

Dem hält Sen allerdings entgegen, dass letztendlich die individuelle Ebene ausschlaggebend ist, um Selbstbestimmung und Partizipation nachhaltig zu verankern. (vgl. Sen 1997: 5)

Die Verwirklichung von *Empowerment* liegt in der Verantwortung von Staat und Zivilgesellschaft gleichermaßen. Während der Staat ein *“enabling environment“* (vgl. Grootaert 2003: 3) schaffen und Barrieren abbauen soll, muss die Zivilgesellschaft ihre Rechte und Partizipationsansprüche artikulieren. Zivilgesellschaftliche Organe betreiben zudem, oft mit Unterstützung externer Partner, gezieltes Lobbying, um den Staat in die Pflicht zu nehmen. Die internationalen Menschenrechtsnormen bilden dafür die wichtigste Basis und Begründung. Die tatsächliche „Ermächtigung“ obliegt aber, wie bereits dargestellt, den Betroffenen selbst.

¹⁹ *“[...] empowerment is not something that can be done to someone by someone else. [...] What this means is that governments do not empower people, people empower themselves.”* (Sen 1997: 2f)

Der Vollzug von *Empowerment* kann sehr langsam verlaufen, was Geberorganisationen in einige Bedrängnis bringen kann, wenn rasche Veränderung und schnell sichtbare Resultate erwartet werden. “*Yet the work needed for raising levels of confidence and self-esteem among poor and marginalised people in such a way that will enhance their ability to take charge of their own needs is necessarily time-consuming. It is a process that each individual has to do at her or his own pace.*” (Rowlands 1995: 105)

Mit der steigenden Popularität von *Empowerment* wuchs die Kritik an der inflationären Verwendung des Begriffs. KritikerInnen warnten davor, den *Empowerment*-Begriff zum bedeutungslosen Füllwort verkommen zu lassen. (vgl. Rowlands 1995: 101; Batliwala 2007: 557) “*Like many other important terms that were coined to represent a clearly political concept, it has been ‘mainstreamed’ in a manner that has virtually robbed it of its original meaning and strategic value.*” (Batliwala 2007: 557)

Empowerment ist eng mit anderen Konzepten und Prinzipien wie Dezentralisierung, Partizipation und Entwicklung von unten verbunden. (vgl. Sen 1997: 5; Rowlands 1995: 106)

Batliwala konstatiert im neuen Jahrtausend eine Verdrängung des *Empowerment*-Begriffs zugunsten anderer Ansätze (*results-based approaches*, Menschenrechtsansatz) und Strategien, die raschere Erfolge versprechen. (vgl. Batliwala 2007: 562f)

Eine andere Deutung wäre, dass *Empowerment* in neuen Konzepten aufgeht und dann einen immanenten Bestandteil dieser ausmacht. Beispiele hierfür wären die *Community-Based Rehabilitation*, in der unter anderem die Fähigkeiten und Potentiale von Menschen mit Behinderungen gefördert werden, oder der *Rights-Based-Approach*.

Partizipation ist ebenfalls ein Prinzip, das den Entwicklungsdiskurs prägt. Im Zusammenhang mit *Empowerment* und Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen bedeutet Partizipation die Teilhabe und Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen in allen sie betreffenden Prozessen.

Historisch gesehen ist die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen – etwa bei der Mitgestaltung von politischen Prozessen – ein Novum. Denn Stigmatisierung und Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen in Kombination mit fehlenden Förder- und Bildungsmöglichkeiten verhinderten deren Wahrnehmung als selbstbestimmte, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft.

Als Bestandteil von inklusiver Entwicklung (siehe Kapitel 1.4) bedeutet Partizipation auch, dass Menschen mit Behinderungen als gleichberechtigte Rechtssubjekte anerkannt werden, die aktiv an der Gestaltung des gesamten Entwicklungszyklus teilhaben müssen.

Im Entwicklungskontext allgemein heißt Partizipation, dass alle *Stakeholders*, also die vom jeweiligen Vorhaben Betroffenen, an der Entscheidungsfindung teilhaben und diese mitgestalten. Partizipation trägt dazu bei, dass politische Konzepte und Programme, ebenso wie alle Entwicklungsmaßnahmen, zielgerichtet und auf die Rechte und Bedürfnisse der Zielgruppen zugeschnitten sind. (vgl. Hirschberg 2010: 3) Partizipation steht somit auch eng in Zusammenhang mit *Ownership* und Nachhaltigkeit.

In der CRPD erhält Partizipation neue Wertigkeit.²⁰ Sie gehört zu den Grundprinzipien der Konvention (Artikel 3). Jeder Vertragsstaat ist demnach verpflichtet, die Partizipation von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Auch Organisationen der Zivilgesellschaft werden, wenn auch nicht rechtlich bindend, aufgefordert, in ihren Strukturen Partizipation zu leben und gegenüber dem Staat Partizipation einzufordern.

„Die gleichberechtigte Partizipation aller Menschen an der Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn die Lebenssituationen aller Menschen von Anfang an beachtet und alle einbezogen werden.“ (Hirschberg 2010: 2)

Partizipation ist somit auch ein sine-qua-non Bestandteil von Inklusion und der Gestaltung einer Gesellschaft für alle. Eine kritische Frage in diesem Zusammenhang ist jene nach dem Grad der Partizipation. Ein nach außen partizipativ gestalteter Prozess kann durchaus „profanere“ Beweggründe haben. So kann ein Gefühl der Teilhabe und Mitbestimmung generiert werden,

²⁰ Im englischen Vertragstext kommt der Begriff 25-mal vor, Anm.

um zB unter zivilgesellschaftlichen AkteurInnen Akzeptanz und *Ownership* der umzusetzenden Programme zu generieren.

Partizipation verliert an Glaubwürdigkeit, wenn sie an der reellen Umsetzung scheitert, wie das Beispiel Zivilgesellschaft und *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSP) zeigt. Wenn zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zwar ein Mitspracherecht bei Entscheidungen und der Entwicklung von *Policies* und nationalen Strategien wie den PRSPs eingeräumt wird, sich ihre Vorschläge aber in den tatsächlichen Dokumenten so gut wie nicht widerspiegeln, sprechen Craig und Porter von so genannter '*surrogate political participation*', also einem Ersatz für wirkliche politische Teilnahme. (Craig & Porter 2003: 53-69)

Unabdingbare Ingredienzen im Partizipationsprozess sind angemessene Information und Kommunikation, die den Bedürfnissen aller Teilhabenden angepasst sind. Auch angemessene Zeiträume, die Einbindung aller Anspruchsgruppen (zB Menschen aus entlegenen Gebieten, Minderheiten) und die Spiegelung der Inputs in den Ergebnissen gehören dazu. Andernfalls ist die Gefahr groß, dass es bei *surrogate participation* bleibt.

Die Frage, ob die in diesem Kapitel behandelten Begriffe tatsächlich den Rahmen für eine neue Praxis der Entwicklungszusammenarbeit bilden oder nur den Anschein von Partnerschaftlichkeit (vgl. Hoksbergen 2002: 8) und einer Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit erwecken sollen, soll im Praxisteil weiterbehandelt werden.

Als Nächstes geht es darum, die in Zusammenhang mit Behinderung und Entwicklung relevanten Konzepte und Begrifflichkeiten in Kontext zu den Menschenrechten zu stellen.

1.3 Menschenrechte und Entwicklung

Längst beschränkt sich das (stets von ideologischen Strömungen begleitete) Verständnis von Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr auf wirtschaftliches Wachstum und technische Modernisierung. Stattdessen wird Entwicklung zB definiert als *“ein Prozess der Entfaltung eigener Potentiale eines Staates, einer Region oder deren Bevölkerung, ‚von innen‘ mit Unterstützung von außen“* (vgl. Hutter & Selchow 2004: 12) oder *„die Summe aller Mittel und Maßnahmen, die von Entwicklungsländern und Industrieländern eingesetzt und ergriffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern, d. h. die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu verbessern“* (Nohlen 2000: 224).

Seit den 1990ern finden die Menschenrechte verstärkt Eingang in den Entwicklungsdiskurs. Abgeleitet von der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948²¹ besagt der Menschenrechtsansatz in seiner einfachsten Lesart, dass alle Menschen die gleichen Rechte besitzen und diese auch einfordern können.

Wird Entwicklung in Kontext mit den Menschenrechten gesetzt und als *„Verwirklichung der politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte“* (Nuscheler 2004: 233; Hutter & Selchow 2004: 19) verstanden, so findet der Menschenrechtsansatz Eingang in die Entwicklungszusammenarbeit, die somit *„auf die Förderung und Verwirklichung von Menschenrechten ausgerichtet“* sein muss. (Kühhas & Lukas 2007: 29)

Zentral für den Menschenrechtsansatz ist die Aufdeckung und Überwindung von Ungleichheit und diskriminierenden Praktiken sowie der ungleichen Machtverteilung, die zentrale Entwicklungshemmnisse darstellen. (vgl. OHCHR 2006: 15)

²¹ Universal Declaration of Human Rights, Art. 1 und 2

Das Recht auf Entwicklung deklarierte die internationale Staatengemeinschaft bereits 1986²²: *“The right to development is an inalienable human right by virtue of which every human person and all peoples are entitled to participate in, contribute to, and enjoy economic, social, cultural and political development, in which all human rights and fundamental freedoms can be fully realized.”* (A/RES/41/128, Artikel 1 (1))

Die *Vienna Declaration* von 1993 bekräftigte das Recht auf Entwicklung und definierte es als universellen Teil der Grundrechte²³. Ibhawoh bezeichnet es zudem als Brücke zwischen der traditionellen Aufteilung in zivile und politische Rechte auf der einen und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte auf der anderen Seite. (vgl. Schicho 2012a: 408)

In Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit bilden folgende Faktoren die Grundpfeiler des Menschenrechtsansatzes:

- I. die internationalen Menschenrechtsverträge als Ausgangspunkt –
Unteilbarkeit der Menschenrechte, universelle Gültigkeit
 - II. Antidiskriminierung, Förderung benachteiligter Gruppen, Gleichberechtigung
 - III. Partizipation und *Empowerment*
 - IV. Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit
- (vgl. Uvin 2004: 208; Schicho 2012b: 560)

Der Menschenrechtsansatz basiert auf der Prämisse, dass „[...] *jeder Mensch, egal ob Kind, Frau, Mann, schwarz, weiß, mit Beeinträchtigungen, arm oder reich, TrägerIn von Rechten ist.* [...] Beim Menschenrechtsansatz ist also nicht von Wohltätigkeit die Rede, sondern davon, die Schwächsten in einer Gesellschaft darin zu bestärken, ihre Rechte wahrzunehmen und diese Rechte einzufordern. Prinzipien wie Gleichheit, Nicht-Diskriminierung, Transparenz und Verantwortlichkeit (des Staates) werden dadurch national verankert. Sie haben Anspruch auf Durchsetzung bzw. Erfüllung ihrer Rechte durch den Staat.“ (Kühhas & Lukas 2007: 27f)

²² Der Diskurs um das Recht auf Entwicklung begann in den 1950ern und 1960ern, in Zusammenhang mit den wachsenden entwicklungspolitischen Initiativen. Zur Entstehung des Rechts auf Entwicklung siehe Schicho 2012:408-413

²³ Vienna Declaration and Plan of Action, Art. 10

Der Menschenrechtsansatz verbindet *Empowerment* und Partizipation, Antidiskriminierung und Rechenschaft und soll einen Wandel auslösen: von der ungleichen Machtverteilung zwischen Gebenden und EmpfängerInnen hin zu einem partnerschaftlichen Prozess, der benachteiligte Gruppen ermächtigt, an Entscheidungen teilzuhaben. (vgl. Uvin 2004: 194; Katsui 2008: 7)

Entgegen den früher geltenden Paradigmen, wonach benachteiligte Gesellschaftsgruppen als hilfsbedürftige Objekte wahrgenommen wurden, erkennt der Menschenrechtsansatz also alle Menschen als Subjekte an. Vormalig diskriminierte und im Diskurs unsichtbare oder „ohnmächtige“ Gruppen und Personen werden als InhaberInnen von Rechten anerkannt.

Ein Problem in der Unterteilung zwischen den *rights-bearers* und *duty-bearers* wird offenkundig, wenn globale Strukturen beleuchtet werden, denn *“Global players in the development business are not identified as duty-bearers; they only contribute morally and financially to what has to be done and accounted for by their (State) partners in the South.”* (Schicho 2012b: 561)

Zudem bedeutet die Einteilung in *rights-bearers* und *duty-bearers* nicht zwingend eine mittelbare oder unmittelbare Änderung der (Macht-)Verhältnisse und des Status quo. Vielmehr bedarf es intensiver Bewusstseinsbildung, um Rechte sichtbar und verständlich zu machen, und ihre Einforderung zu ermöglichen.

EXKURS: Menschen mit Behinderungen im Menschenrechtsansatz

Seit den 1990er Jahren werden Behinderung und Menschen mit Behinderungen mit dem Menschenrechtsansatz in Beziehung gesetzt, so etwa im Zuge der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993.²⁴

²⁴ “[...] all human rights and fundamental freedoms are universal and thus unreservedly include persons with disabilities. Every person is born equal and has the same rights to life and welfare, education and work, living independently and active participation in all aspects of society. Any direct discrimination or other negative discriminatory treatment of a disabled person is therefore a violation of his or her rights.” (Vienna Declaration and Plan of Action, para. 63)

Im Gegensatz zum traditionellen Wohlfahrtsansatz thematisiert der Menschenrechtsansatz die Barrieren (siehe auch Kapitel 2, Exkurs Barrieren), die Teilhabe verhindern und Entwicklung im Wege stehen.

“As disability describes the barriers faced by people with impairments to achieving equality and justice, and because disabled people are human beings too, it is axiomatic that disability is a human rights issue. And as with all groups who face discrimination and disadvantage it is the recognition of that intrinsic humanity that is essential to reaching outcomes that result in the full implementation and protection of human rights.” (Albert & Hurst 2005: 3)

Diskriminierung in Gesetzen, *Policies* und Praktiken zementiert die Marginalisierung und Machtlosigkeit von Menschen mit Behinderungen und verhindert somit *Empowerment* und Entwicklung. *“Policies and practices of governments, civil society and the private sector may discriminate on the basis of class, gender, age, ethnicity, disability or other social status. The consequent inequities in education, health, employment, income and political representation perpetuate the powerlessness of the excluded.”* (DFID 2000: 10)

Im traditionellen Wohlfahrtsansatz wird Behinderung oft als medizinisches Problem dargestellt, das den Menschen auf eine einzige Eigenschaft reduziert, stellt Shakespeare fest. *“It is not that disabled people are incapable, it is that they experience oppression and barriers. Charity, then, is an inadequate and inappropriate solution. Instead, the answer is to remove barriers, provide better services and empower people to be independent.”* (Shakespeare 2006: 154)

Solange dieses „Problem“ auf die Einzelperson beschränkt bleibt, muss nicht von politischer Verantwortung oder gar Veränderungen in Recht und Gesellschaft gesprochen werden. *“Charity enables the public and the politicians to feel that the problems have been solved, and that there is nothing they need to worry about.”* (Shakespeare 2006: 156)

Die aus dem Menschenrechtsansatz abgeleiteten Definitionen von InhaberInnen von Rechten (*rights-bearers*) und Pflichten (*duty-bearers*), obwohl scheinbar klar in ihrer Aufteilung, stoßen in Bezug auf Behinderung in Entwicklungsinitiativen oftmals an ihre Grenzen, gibt es doch einerseits vor

allen in Ländern des Südens eklatante Mängel an Ressourcen und andererseits sowohl schwaches Verständnis über die Rechte und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen als auch Defizite in der statistischen Erfassung der Zielgruppe²⁵. (vgl. Katsui 2008: 17)

Einige AutorInnen verweisen in Zusammenhang mit der Anwendung des Menschenrechtsansatzes darauf, dass er, trotz der Universalität der Menschenrechte, kein „one-fit-all“ sein kann. (vgl. Shakespeare 2006: 55; Katsui 2008: 13) Vielmehr müssen den universellen Konnotationen von Behinderung – Diskriminierung, Stigma, Marginalisierung – die differenzierten Bedürfnisse der jeweiligen Einzelperson gegenüber gestellt werden. Frauen, Flüchtlinge, Kinder, ältere Menschen, Angehörige indigener Gruppen oder ethnischer Minderheiten mit Behinderungen unterscheiden sich, wie ihre nicht-behinderten AltersgenossInnen, in ihren Bedürfnissen entsprechend ihres sozialen oder ökonomischen Status.

Auch wenn die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen einen wesentlichen Anstoß für die Verankerung der Menschenrechte auch in der EZA gibt, bleibt die Herausforderung, Behinderung in die *Mainstream*-Entwicklungskooperation zu inkludieren, bestehen, denn “[...] *disability is not a high priority for most of the countries around the world, [thus] mainstreaming disability into implementation of development cooperation in the South is challenging.*“ (Katsui 2008: 20f)

1.4 Inklusion und Entwicklung

Inklusion als Ziel und Prozess gleichermaßen (vgl. Barron & Amerena 2006: 8) hat viele Facetten und Bedeutungen. Nicht immer sind damit Menschen mit Behinderungen gemeint.²⁶ In dieser Arbeit konzentriere ich mich auf die Bedeutung von Inklusion, wie sie in der CRPD verwendet wird, als

²⁵ d.h., wer diese InhaberInnen von Rechten in einer Gesellschaft sind, Anm.

²⁶ Das Konzept der EU zu inklusivem Wirtschaftswachstum etwa bezieht sich gar nicht auf Behinderung, sondern meint die Beteiligung möglichst breiter Gesellschaftsteile, Anm.

gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft oder, wie im Verständnis von DFID: *“Rather than people with disabilities having to change to fit society, society must make room for them and uphold their rights.”* (DFID 2000: 7)

Das *International Disability and Development Consortium* (IDDC) definiert inklusive Entwicklung als Prozess *“ensuring that all phases of the development cycle (design, implementation, monitoring and evaluation) include a disability dimension and that persons with disabilities are meaningfully and effectively participating in development processes and policies.”* (IDDC 2010: 3)

Die von der internationalen Behindertenbewegung Anfang der 1980er proklamierte Forderung *“Nothing about us without us”* gilt daher ebenso für die Entwicklungszusammenarbeit. Nur durch konsequente Mitsprache und Mitgestaltung von Programmen und Strukturen der Entwicklungsarbeit von Menschen mit Behinderungen selbst ist inklusive Entwicklung möglich.

Wichtig in Zusammenhang mit der inklusiven Entwicklungsplanung eines Staates²⁷ ist, dass in neuen Projekten keine neuen Barrieren geschaffen werden. Baut Tansania zum Beispiel neue Schulen im Rahmen des *Primary Education Plan* (siehe Kapitel 3.2), so müssen diese entsprechend der CRPD barrierefrei gestaltet werden. Ebenso müssen neue Curricula dem Prinzip der inklusiven Bildung (Kapitel 4.4.2, Exkurs) entsprechen, und Lehrkräfte und Schulpersonal müssen entsprechend geschult werden.

Ein auf Inklusion basierender Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet verschiedene Komponenten:

Menschen mit Behinderungen müssen, wie es auch das Prinzip des *Disability Mainstreaming* besagt, in allen Phasen der Programmarbeit einbezogen werden – in Design, Programmumsetzung, Monitoring und Evaluation.

Partizipation darf kein leeres Wort sein, vielmehr muss die Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen umfassend, etwa durch Konsultationen, gewährleistet werden. Unterstützende Maßnahmen für Partizipation können

²⁷ Ansätzen wie *Budget Support* und sektorbasierter Kooperation folgend sind die (Entwicklungs-)Staaten hauptverantwortlich für Entwicklungsmaßnahmen.

beispielsweise barrierefreie Gebäude und Unterkünfte oder alternative Kommunikationsformen sein.

Die Prinzipien von Barrierefreiheit und Inklusion werden als Verpflichtungen anerkannt, die in der gesamten Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen sind.²⁸

Den Erkenntnissen von UN, WHO, DFID und anderen EntwicklungsakteurInnen entsprechend, wonach Behinderung und Armut in Zusammenhang stehen (siehe auch Kapitel 2.1), muss Behinderung in der Armutsbekämpfung mitgedacht werden. Die Ausführungen in Kapitel 1.3 zeigen, dass Behinderung kein separates Spezial- oder Wohlfahrtsthema ist, sondern fest im Menschenrechtsdiskurs verankert sein muss. Grundrechte – Recht auf Nahrung, sauberes Wasser, Wohnen, Sicherheit, Familiengründung, Partizipation usw. – gelten für Menschen mit Behinderungen genauso wie für alle anderen Menschen. Um diese Grundrechte realisieren zu können, bedarf es fallweise zusätzlicher Unterstützungsmaßnahmen und –mechanismen wie etwa Rehabilitation oder der Bereitstellung technischer Hilfsmittel.

Für gelebte Inklusion muss der Wille der *rights holders* – in diesem Fall Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen – gehört werden, um geeignete Lösungen zu finden und Maßnahmen zu planen und umzusetzen. (vgl. EDF 2002: 15f)

Ein weiterer, wenn auch menschenrechtlich nicht relevanter Faktor, der für Inklusion spricht, sind Kostenüberlegungen. Inklusion von Anfang an ist günstiger als notwendige Adaptierungen fertiger Gebäude, Schulen, Programme und Services. (vgl. EDF 2002: 16)

Schlussendlich profitiert die ganze Gesellschaft von Inklusion, zum Beispiel durch bauliche Barrierefreiheit (Menschen mit Kinderwagen, Gehhilfen, Gipsbein) oder kommunikative Zugänglichkeit durch einfache Sprache (zB Amtstexte). Außerdem erinnert das EDF daran, dass Behinderung jederzeit jeden Menschen treffen kann (EDF 2002: 16) und erinnert: *“If removing disabling barriers and supporting disabled people are not resourced, then the*

²⁸ vgl. IDDC 2010: 16f

abuse of human rights and waste of human potential will continue.“ (EDF 2002: 16)

1.5 Disability Mainstreaming

Mainstreaming ist ein Konzept, das überwiegend in Verbindung mit Gender und Frauengleichstellung verwendet wird. In Bezug auf Behinderung bedeutet *Mainstreaming* eine Abkehr von der Sicht auf Behinderung als Minderheiten- oder individuelles Problem. Vielmehr wird Behinderung als eine menschliche Erfahrung verstanden, die jeder Mensch überall und zu jeder Zeit durchlaufen kann. (vgl. WHO 2004: Einleitung; Shakespeare 2006: 67)

Mainstreaming umfasst eine breite Palette von Maßnahmen, die zur Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt teilhaben, beitragen. In Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit bedeutet *Mainstreaming* von Behinderung, “[...] *the process of assessing the implications for disabled people of any planned action, including legislation, policies and programmes, in all areas and at all levels.*” (Miller und Albert 2005: 10)

Mainstreaming von Behinderung im Kontext der CRPD²⁹ heißt auch, dass Menschen mit Behinderungen bei der Planung aller Maßnahmen, bei der Adaptierung und Novellierung von Gesetzen und der Erarbeitungen von *Policies* und Programmen das Recht auf Mitsprache und Beteiligung haben und einbezogen werden müssen.

Mainstreaming in der Entwicklungszusammenarbeit steht nicht für sich alleine. Vielmehr bedarf es einer Kombination des *Mainstreaming*-Gedankens mit spezifischen Maßnahmen, um Inklusion und Partizipation überhaupt möglich zu machen. Dabei kommt der sogenannte *twin-track-approach* zur Anwendung: spezifische Programme für Menschen mit Behinderungen werden gefördert, während die Belange von Menschen mit Behinderungen gleichzeitig in allen

²⁹ siehe Art. 4 Absatz 1.a, b; Art. 4 Absatz 3

generellen Entwicklungsmaßnahmen mitgedacht werden. (vgl. Monitoringausschuss 2012: 4)

In vielerlei Hinsicht steht das *Mainstreaming* von Behinderung gerade in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit noch ganz am Anfang. Eine Herausforderung ist unter anderem das (noch) schwache Interesse von Regierungen und Entwicklungsagenturen, ihre *Policies* in Richtung *Mainstreaming* zu verändern. Zu groß scheint mancherorts die Angst vor zusätzlichen „*checklists*“ oder zu hohem Finanzierungsbedarf zu sein. Eine Ursache für die noch recht zögerliche Reaktion von Politik und Entwicklungspraxis ist auch das fehlende Bewusstsein über das Recht von Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt den „*Mainstream*“ mitzugestalten. Nach wie vor spielt auch die traditionell geprägte Sicht auf Menschen mit Behinderungen als im geschützten, separaten Raum zu unterstützende Personen eine Rolle. (vgl. Wiman 2012: 6f)

Die Auseinandersetzung mit den in diesem Kapitel dargestellten Begriffen und Konzepten zeigt die Überschneidung von entwicklungs- und menschenrechtlich relevanten Kategorien. In Kontext mit dem Inklusionsansatz spielen auch die Prinzipien Partizipation und *Ownership* eine Rolle: Nur wenn Menschen mit Behinderungen aktiv und selbstbestimmt – also wahrhaft „ermächtigt“ – an allen Entscheidungs- und Planungsprozessen teilhaben können, wird eine menschenrechtsbasierte Entwicklung und eine Gesellschaft für alle möglich.

“Given the diversity of cultures, work environments and health care systems around the world, it comes as no surprise that it has proved difficult to arrive at a common language on a topic as culture-bound as disability.”³⁰

2 Behinderung im internationalen (Entwicklungs-) Kontext

2.1 Armut und Behinderung – ein „Teufelskreis“

Behinderung steht, gerade im Kontext geringer Ressourcen, an der Schnittstelle zwischen Armutsbekämpfung, Entwicklung, Menschenrechten und gesellschaftlicher Teilhabe.

Oft wird in der Literatur und der Sprache entwicklungspolitischer Organisationen von einem „Teufelskreis aus Armut und Behinderung“ gesprochen. Dieser setzt sich aus der Kombination verschiedener diskriminierender Faktoren und Reaktionen zusammen, die sich gegenseitig verursachen und verstärken können. Ganz vereinfacht gesagt verursacht Armut Behinderung, und Behinderung verursacht Armut.

a) Behinderung führt zu Armut

Menschen mit Behinderungen haben, vor allem in ärmeren Gebieten, aufgrund des Zusammenwirkens von sozialen, wirtschaftlichen und rechtlich-institutionellen Barrieren (siehe Kapitel 2.2. Exkurs Barrieren) geringere Chancen auf Bildung und in der Folge auf Beschäftigung und Einkommen, während sie gleichzeitig mit höheren Ausgaben³¹ konfrontiert sind. (vgl. WHO 2011: 39-44, 106)

In Situationen großen ökonomischen Drucks, geringer Ressourcen und wenig Wissen über zustehende Rechte ist es schwierig, diesem Kreislauf zu entkommen.

³⁰ Üstün 2001: ix

³¹ zB für Gesundheit, Rehabilitation oder persönliche Assistenz

Im Kontext sozialer Interaktion beeinflussen die Implikationen von Behinderung nicht nur die Person mit Behinderung, sondern auch deren Umfeld:

Familien mit behinderten Familienmitgliedern sind besonders hohem Armutsrisiko ausgesetzt. Eltern – und hier wiederum besonders die Mütter – eines behinderten Kindes etwa versorgen ihr behindertes Kind, wodurch sich ihre Möglichkeiten für angemessen bezahlte Arbeit verringern. Sie verfügen dadurch über weniger Einkommen, während sie gleichzeitig höhere Kosten für Rehabilitation, technische Hilfsmittel oder medizinische Versorgung zu tragen haben.³² Außerdem müssen Kinder mangels anderer Assistenzmöglichkeiten häufig eine pflegende oder assistierende Rolle für ihre behinderten Verwandten übernehmen und können dadurch nicht regelmäßig in die Schule gehen.

b) Armut führt zu Behinderung

Menschen, die in Armut leben, werden mit höherer Wahrscheinlichkeit Behinderungen bekommen. Ursachen für Behinderungen in Zusammenhang mit Armut sind unter anderem Unter- und Mangelernährung, schlechte Gesundheitsversorgung,³³ prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen, Leben in Konflikt- und Katastrophengebieten, schlechter Hygiene-, Wasser- und Sanitärvorkehrungen. (vgl. DFID 2000: 3; WHO 2011: 32-34; 296)

In einkommensschwachen Ländern dominieren zudem Behinderungen, die durch einfache Behandlung oder Präventionsmaßnahmen vermieden oder geheilt werden könnten. Dazu gehören etwa Hörbehinderungen, wenn es keine Hörgeräte gibt, Refraktion bei Sehbeeinträchtigungen oder Augenoperationen, die zB Katarakt – die Hauptursache vermeidbarer Blindheit – heilen könnten. (vgl. WHO 2011: 296)

Dass die ärmsten und marginalisiertesten Mitglieder einer Gesellschaft überdurchschnittlich von Behinderungen betroffen sind (vgl. WHO 2011: 262),

³² ein Beispiel aus einer aktuellen ‚mainstream‘ Publikation: “[...] it became clear that this daughter, Helen, was mentally disabled. [Her mother] had looked after Helen every single day since she was born, and so had never been able to find work or help Lucas much in the field. [...] they would have taken her to [a hospital] but the rest of the family, food and education would have suffered.” (Bolton 2008: 28f)

³³ zB kein Zugang zu Impfprogrammen, Schwangerschafts- und Geburtsbetreuung, Nichtbehandlung chronischer Krankheiten wie zB HIV/AIDs, Diabetes, Herz- und Gefäßkrankheiten, die zu Behinderungen führen oder sich behindernd auf das Leben der Person und ihrer Angehörigen auswirken.

hängt wiederum damit zusammen, dass diese Personen(gruppen) am wenigsten Mitsprachemöglichkeiten bei der Planung von Maßnahmen und der Verteilung von Ressourcen haben.

Vor allem, wenn Armut als multidimensionales Konzept verstanden wird (vgl. Hochwarter 2009: 18), das neben materiellen Defiziten auch das Fehlen von Menschenrechten einschließt (vgl. Sen 1997: 8), schließt sich der Kreislauf aus Armut, Ausgrenzung und Behinderung.

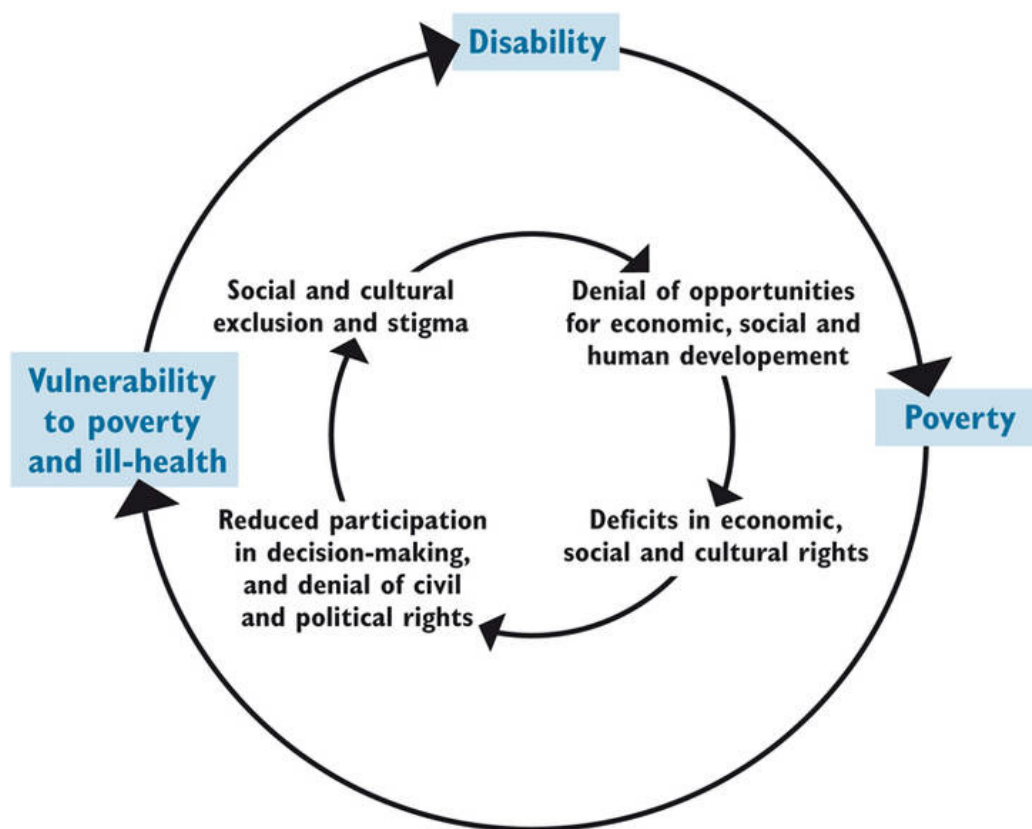


Abbildung 1: Kreislauf Armut und Behinderung (nach DFID 2000: 4)

Im Zusammenhang mit Armut und Behinderung sei auch die Mehrfachbetroffenheit von Frauen genannt. Sie sind meist die primär Verantwortlichen für die Pflege behinderter Angehöriger und tragen die (auch ökonomische) Hauptlast für deren Versorgung. Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind mehrfach gefährdet, Opfer von Gewalt und Missbrauch zu werden, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sozialen und ökonomischen Situation und ihrer Behinderung. (vgl. DFID 2000: 5; WHO 2011: 262)

“Women with disabilities experience the combined disadvantages associated with gender as well as disability, and may be less likely to marry than non-disabled women.” (WHO 2011: 8)

Eine international anerkannte Strategie, um den Kreis von Armut und Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Familien zu durchbrechen, ist die Gemeindenahe Rehabilitation (*Community-Based Rehabilitation* – CBR). In diesem ganzheitlichen Ansatz werden alle AkteurInnen – von Regierung und regionalen Behörden, über staatliche und nicht-staatliche Dienstleister (Krankenhäuser, Schulen, Sozialdienste, Berufsbildungszentren usw.) bis zu den Menschen mit Behinderungen selbst, ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld in der Gemeinschaft – einbezogen. Die Grundpfeiler des CBR-Ansatzes sind Gesundheit, Existenzgrundlage, Bildung, soziale Inklusion, Rechte und *Empowerment*.³⁴

2.2 Stigmatisierung und Ausgrenzung

*“What disadvantages and disables people with impairments is a complex web of **discrimination** made up of negative social attitudes and cultural assumptions as well as environmental **barriers**, including policies, laws, structures and services, which result in economic marginalisation and social **exclusion**.”*
(Albert & Hurst 2005: 2 Hervorhebungen M.K.)

EXKURS: Barrieren

Reaktionen³⁵ auf Behinderung bzw. daraus resultierende Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen von Seiten der Gesellschaft können auf verschiedene institutionelle, soziale, ökonomische, kommunikative und Umwelt-Ursachen bzw. Barrieren zurückgeführt werden:

³⁴ Mehr zu CBR siehe <http://www.who.int/disabilities/cbr/guidelines/en/index.html>

³⁵ „Allen Bewertungsvorgängen geht die Wahrnehmung eines typischen Merkmals voraus, auf das sich die Bewertung bezieht.“ (Neubert & Cloerkes 1994: 34)

- **Institutionell:** Unzureichende Gesetze und *Policy*-Standards, die die Belange von Menschen mit Behinderungen nicht reflektieren – zB Bildungskonzepte
- **Sozial:** Negative Einstellungen, Furcht, Geringschätzung, Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen: Falsche Vorstellungen führen zu Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, etwa in der Schule, in der Familie, am Arbeitsmarkt oder beim Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten.
- **Mangel an erforderlichen Services und Unterstützungsleistungen,** zB im Bereich Gesundheitsversorgung, Rehabilitation, persönliche Assistenz
- **Schwache Koordination** bei Serviceangeboten und Unterstützungsleistungen (Koordination zwischen den verschiedenen Diensten, ungenügende Schulung der DienstleisterInnen, personelle Unterbesetzung)
- **Unterfinanzierung** in der Umsetzung von *Policies*: zB mag Behinderung in nationalen Armutsstrategien zwar erwähnt sein, ohne die nötigen Ressourcen ist die Implementierung aber unmöglich, siehe Kapitel 3.4.
- **Umwelt und Infrastruktur:** Physische Barrieren erschweren Menschen mit Behinderungen den Zugang zu öffentlichen Gebäuden oder öffentlichem Verkehr oder schließen sie gänzlich aus.
- **Kommunikation und Information** ohne barrierefreie Formate (Braille, Gebärdensprache, Großdruck, Leichte Sprache, *web accessibility*) ist für Menschen mit Behinderungen unzugänglich.
- **Partizipation:** Wenn Menschen mit Behinderungen nicht in Konsultationen und soziale/politische Prozesse einbezogen werden, bleiben sie von Entscheidungen ausgeschlossen, die sie unmittelbar betreffen.
- **Daten:** Unzureichende Information über Zahlen, Arten, Ursachen in Bezug auf Behinderung erschweren sinnvolle Maßnahmen.³⁶

³⁶ vgl. Rutachwamagyo 2005: 6; WHO 2011: 262f; Monitoringausschuss 2012: 3

Stigma beeinflusst ganz entschieden, wie Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft behandelt werden, und welche Chancen ihnen eingeräumt werden.

“[...] if disability is associated with bad omen or such similar things, it creates stigma. That's why we disabled people are being secluded, hidden, because we bring shame to the family. [...] That's why when you go around town you see them begging. It's not because they cannot do something but because of the way they are considered. They don't have the opportunity of living independently or living a satisfying life. That is the source, the most pressing problem. For an individual, no matter how hard you try, if the surrounding environment is that negative it means they negate whatever initiatives they could take. Only few can cross through that.”³⁷

Neben Stigma spielt Angst ebenfalls eine entscheidende Rolle und kann eine Barriere für die gesellschaftliche Teilhabe darstellen. Hierbei spielt nicht nur die Angst oder Unsicherheit der Gesellschaft eine Rolle, sondern auch die Angst von Menschen mit Behinderungen: *“[...] if negative attitudes did not exist and if no barriers were placed in the way, permanent impairment would not be a problem. [...] It is not so much fear of being unable to do things, but more of being rejected, unable to form normal relationships, left on the sidelines, being dependent on other people who do not understand your needs, losing control of basic choices in day-to-day living.”* (Coleridge 1993: 215)

Behinderung hängt auch von Umweltfaktoren ab, wie das folgende Beispiel zeigen soll: Bekommt ein Kind in einem europäischen Land beispielsweise eine Brille, um starke Kurzsichtigkeit auszugleichen, spricht man nicht mehr von Behinderung, da die Sehhilfe die Beeinträchtigung ausgleicht. In einem einkommensschwachen Land wie Tansania kann eine Sehschwäche immense Auswirkungen auf das Leben eines Kindes haben: Oft wird die Kurzsichtigkeit nicht erkannt, weil es keine Optometrie in der Umgebung gibt; die Familie kann

³⁷ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

sich keine Brille leisten; oder es gibt keine Optikerwerkstatt in der Nähe. Die Auswirkungen können von einer Verschlechterung der Schulleistung über Spott durch MitschülerInnen und Lehrkräfte bis zu Schulabbruch sein, was sich wiederum auf die wirtschaftliche Situation der Person und deren Familie auswirken und den Kreislauf von Behinderung und Armut schließen wird.

2.3 Der internationale Rahmen

Seit der Gründung der Vereinten Nationen und der Entwicklung der Menschenrechtsnormen, die in den nunmehr acht UN Menschenrechtsverträgen festgehalten sind, wurden die Rechte von Menschen mit Behinderungen graduell immer sichtbarer. Für die vorliegende Arbeit ist eine ausführliche Diskussion der historischen Entwicklung der Rechte von Menschen mit Behinderungen als eingebettet in den internationalen Übereinkommen, Menschenrechtsinstrumenten und Welt-Entwicklungsprogrammen nicht unbedingt relevant.³⁸ Ich werde mich im Folgenden auf die aktuell zentralsten Regelwerke beschränken.

In den Beschlussdokumenten der internationalen Entwicklungsforen – *Paris Declaration on Aid Effectiveness* (2005), *Accra Agenda for Action* (2008) und *Busan Partnership for Effective Development Co-operation* (2011)³⁹ – sind Menschen mit Behinderungen noch nahezu unsichtbar. Die *Accra Agenda* enthält zumindest die Verpflichtung für Entwicklungsländer und Donoren, *Policies* und Programme mit den jeweiligen internationalen Verpflichtungen abzustimmen. Behinderung wird darin explizit neben Gender, Menschenrechten, Nachhaltigkeit und Umwelt genannt. (vgl. *Accra Agenda for Action* 2008, Absatz 13c)

Im Schlussdokument der Busan-Konferenz von 2011 wird Behinderung ebenfalls einmal erwähnt, wobei erneut auf die Umsetzung internationaler

³⁸ Für einen Überblick über Behinderung in der internationalen Politik siehe Hochwarter 2009: 24ff

³⁹ <http://www.oecd.org/dac/aideffectiveness/parisdeclarationandaccraagendaforaction.htm>

Verpflichtungen – diesmal erweitert um den Bereich *decent work* – Bezug genommen wird. (Busan Partnership 2011, Absatz 11)

Prinzipien wie *Ownership* und Partizipation finden fallweise Erwähnung⁴⁰, während *Empowerment* nur im Busan-Dokument und hierin nur in Zusammenhang mit Gender vorkommt.

⁴⁰ Paris Declaration: Die Entwicklungsländer sollen *Ownership* nationaler Entwicklungsstrategien durch breit angelegte Konsultationen sicherstellen und die Partizipation von Zivilgesellschaft und Privatsektor fördern. (Absatz 14)

Accra Agenda for Action: Staaten sollen die Beteiligung ihrer Parlamente und BürgerInnen bei der Entwicklung von *Policies* forcieren (Absatz 8; 13a), Donoren werden aufgefordert, den Aufbau von Kapazitäten zu unterstützen, um Partizipation zu fördern. (Absatz 13b)

Busan Partnership: Partizipation in Bezug auf Lokalregierungen und Zivilgesellschaft wird in Absatz 21 und 22 gefordert.

„Oberstes Ziel der UN-Konvention ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten der Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern“⁴¹

2.3.1 Die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Im Mai 2008 trat die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen als erste Menschenrechtskonvention des 21. Jahrhunderts in Kraft. Sie ist die am schnellsten verhandelte Konvention⁴² in der Geschichte der Vereinten Nationen, gleichzeitig war es aber ein sehr langer Weg bis die Rechte von Menschen mit Behinderungen völkerrechtlich bindend und umfassend in ihrer Vielfältigkeit dargestellt wurden. Die vorher gängige Meinung, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Menschenrechtsverträgen impliziert seien, und daher keine zusätzliche Behandlung nötig wäre, schlägt sich teils heute noch in den *Policies* von Entwicklungsagenturen nieder.

Entsprechend der CRPD müssen alle nationalen Gesetze inklusiv gestaltet werden, d.h. Menschen mit Behinderungen aktiv berücksichtigen und teilhaben lassen⁴³. Die Konvention enthält als erste der acht UN-Menschenrechtsverträge mehrere Referenzen zu Armutsbekämpfung und internationaler Zusammenarbeit sowie einen eigenen Artikel zur Entwicklungszusammenarbeit⁴⁴ und wird damit gleichzeitig zum *“human rights treaty and a development tool“*.⁴⁵

⁴¹ Art. 1 UN-BRK zitiert nach Hirschberg 2010: 2

⁴² siehe www.un.org/disabilities/convention

⁴³ *“To take all appropriate measures, including legislation, to modify or abolish existing laws, regulations, customs and practices that constitute discrimination against persons with disabilities;“* (CRPD, Art. 4, Absatz 1.b)

⁴⁴ Art. 32, Absatz 1, a: *“Ensuring that international cooperation, including international development programmes, is inclusive of and accessible to persons with disabilities“*; außerdem Präambel lit. l und t; Art. 28

⁴⁵ A/63/133, Absatz 61

2.3.2 Die MDGs und Menschen mit Behinderungen

“The UN [...] failed rather abysmally to reflect the urgent need to address the situation of persons with disabilities worldwide in its Millennium Development Goals.” (Schulze 2007: 16)

Im Jahr 2000 verabschiedete die internationale Staatengemeinschaft, alarmiert durch die mäßigen Erfolge in der Armutsbekämpfung, die sogenannte *Millennium Declaration*.⁴⁶ Die darin erstmals formulierten acht Millenniumsentwicklungsziele sollten als *“normative framework backed with a moral imperative“* (Cornwall&Brock 2005: 1049) einen konzertierten Beitrag zur internationalen Armutsbekämpfung leisten.

Bis zum Jahr 2015 soll/en demnach

- I. die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen halbiert
- II. Zugang zu Grundschulbildung für alle Kinder geschaffen
- III. Gleichstellung von Frauen vorangetrieben
- IV. die Kindersterblichkeit reduziert
- V. Müttergesundheit verbessert
- VI. HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten bekämpft
- VII. Umweltschutz und Nachhaltigkeit gesteigert und
- VIII. eine globale Entwicklungspartnerschaft etabliert werden.

Die MDGs zeigen einmal mehr die Unsichtbarkeit der “größten Minderheit der Welt” in den Augen der globalen Gemeinschaft und ihrer Führungsgremien. Weder in den acht MDGs noch in deren Unterzielen und Indikatoren werden Menschen mit Behinderungen erwähnt.

Dieser folgenschwere Fehler wurde bereits in einer Sitzung der UN-Generalversammlung kurz nach Verabschiedung der *Millennium Declaration* erkannt (vgl. Schulze 2010: 34) und die eklatante Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen in einer Reihe von Resolutionen der Generalversammlung

⁴⁶ UN A/RES/55/2

und des Dritten Komitees sowie in Berichten des UN-Generalsekretärs⁴⁷ thematisiert. Trotzdem dauerte es bis 2010, bis konkrete Schritte gesetzt wurden, um diesen Bruch mit den Prinzipien der *Declaration on the Right to Development* zu kitten.

Mit der Verabschiedung der CRPD wurden die Forderungen nach inklusiven MDGs vehementer, wird damit doch die Inklusion und Barrierefreiheit in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit rechtlich bindend. (vgl. Schulze 2010: 35)

“The lack of a disability perspective is undermining the objective of the Goals, which is to measure human development benchmarks on the way to more inclusive and equitable global development,” erkennt Generalsekretär Ban Ki Moon an.⁴⁸

In seinem Bericht *“Realizing the MDGs for persons with disabilities”*⁴⁹ stellt der UN-Generalsekretär das Ausmaß der Exklusion von Menschen mit Behinderungen in den MDGs dar, worauf sich die Generalversammlung in einer Resolution zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Maßnahmen zur Erreichung der MDGs bekannte.⁵⁰

Zwölf Jahre nach der *Millennium Declaration* halten sich die Stimmen zwischen Euphorie und Resignation bezüglich Erreichung der MDGs die Waage. Und obwohl die Erreichung, zumindest von einigen der acht Ziele bis 2015 als durchaus realistisch eingeschätzt wird⁵¹, bleiben Menschen mit Behinderungen noch immer nahezu unsichtbar im MDG-Rahmenwerk.

Aufgrund intensiver Lobbying-Arbeit von DPOs und entwicklungspolitischen Netzwerken wie dem *International Disability and Development Consortium*⁵² enthält beispielsweise das Schlussdokument des *High Level Summit on the*

⁴⁷ vgl. Schulze 2010: 35; Monitoringausschuss 2012: 3

⁴⁸ A/63/183, Absatz 4

⁴⁹ A/64/180

⁵⁰ vgl. A/RES/64/131 “Realizing the Millennium Development Goals for Persons with Disabilities”

⁵¹ Drei Unterziele seien bereits erreicht worden, vgl. MDG-Report 2012, Introduction.

⁵² siehe <http://www.iddcconsortium.net>

*Millennium Development Goals*⁵³ von 2010 eine Vielzahl von Referenzen auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Armutsbekämpfung.

Die Generalversammlung beschloss zudem für 2013 – zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen – die Abhaltung eines Sondergipfels, bei dem sich die Staats- und Regierungschefs mit den Rechten von Menschen mit Behinderungen in der Entwicklungszusammenarbeit beschäftigen werden.⁵⁴

Seit 2011 gibt es außerdem einen speziellen Fonds, der die Implementierung der CRPD in Entwicklungsprogrammen fördern soll.⁵⁵

⁵³ A/RES/64/299

⁵⁴ Vgl. A/RES/66/124

⁵⁵ UN Partnership to Promote the Rights of Persons With Disabilities, <http://mptf.undp.org/factsheet/fund/RPD00>

“The constitution of the United Republic of Tanzania firmly states that all human beings are equal and are entitled to equal rights irrespective of colour, tribe, gender and religion.”⁵⁶

3 Behinderung im institutionellen Rahmen Tansanias

Tansania unterzeichnete nicht nur eine Reihe internationaler Abkommen zum Schutz von Menschen mit Behinderungen⁵⁷, sondern verabschiedete sukzessive auch auf nationaler Ebene Gesetze und *Policies* in diesem Bereich.⁵⁸ Im Folgenden werde ich anhand der Bereiche Arbeit, Bildung und Armutsbekämpfung die wichtigsten Gesetze und *Policies* kurz dargestellt und die Meilensteine der tansanischen Behindertenpolitik von der Unabhängigkeit bis heute betrachten.

3.1 Arbeit und Beschäftigung

Im vorkolonialen Tansania lag die Verantwortung für Menschen mit Behinderungen und andere vulnerable Mitgliedern der Gesellschaft in der Verantwortung der Familie.

Im Zuge der sozialen und ökonomischen Umbrüche der Kolonialzeit wurden neue staatliche Strukturen geschaffen, um Herausforderungen wie Landflucht und Veränderungen des sozialen Gefüges zu begegnen. (vgl. Nkutula 1986: 22-25) Die britische Kolonialverwaltung beachtete die Belange von Menschen mit Behinderungen kaum. 1945 wurde zwar das *Social Welfare Department* etabliert und fünf Jahre später unter dem Namen *Department of Social Development* neustrukturiert. Menschen mit Behinderungen blieben in dessen Agenden aber weitgehend „unsichtbar“.

⁵⁶ National Policy on Disability 2004: 1. Die Verfassung, in der Behinderung nicht erwähnt wird, wird zurzeit einer Reform unterzogen.

⁵⁷ Declaration on the Rights of People with Disabilities 1975, Convention on the Rights of the Child 1993, Standard Rules on the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities 1993, Plan of Action for the African Decade of Persons with Disabilities, Mitglied des African Rehabilitation Institute

⁵⁸ vgl. ILO 2009; Sinka 2001: 4-6, 16-34

Die einzigen Unterstützungs- und Ausbildungsangebote wurden von kirchlicher Seite gestellt und blieben größtenteils auf die Städte beschränkt. In Dodoma etwa gab es eine Berufsschule für blinde Jugendliche, die die Trainees auch nach Abschluss ihrer Ausbildung weiterbetreute. (vgl. Sinka 2001: 7f)

Auch in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit spielte der Staat noch eine sehr geringe Rolle in Bezug auf Behinderung. 1969, zwei Jahre nach der Erklärung von Arusha mit ihrem Schwerpunkt auf Selbstbestimmung und wirtschaftliche Selbstständigkeit (siehe Kapitel 4.4.1) wurde in Dar es Salaam das erste staatliche Zentrum für berufliche Ausbildung und Rehabilitation gegründet.

Das *Yombo Vocational Rehabilitation Centre* sollte jungen Menschen mit Behinderungen eine Berufsausbildung und die Chance auf spätere Erwerbstätigkeit geben. Es bot zweijährige Lehrgänge in Berufen wie Schneiderei, Metallarbeit, Korbflechten oder Büroarbeit. Das Angebot – 75 Ausbildungsplätze pro Jahr – blieb allerdings weit hinter einem Bedarf von etwa 800 Plätzen zurück. Zudem ergaben Studien, dass die AbsolventInnen kaum Unterstützung bei der Arbeitssuche erhielten und nach ihrem Abschluss nur selten eine Anstellung fanden. (vgl. Nkutula 1986: 42f, 65, 73)

Weitere Zentren entstanden 1976 in Tabora und 1977 in Mtwara und Singida. Die meisten Zentren konzentrierten sich auf die Ausbildung blinder SchülerInnen in traditionellen Berufen wie Tischlerei, Schneiderei oder Schusterei. (vgl. Sinka 2001: 11)

Mit dem **Behindertenbeschäftigungsgesetz** von 1982⁵⁹ schuf Nyerere's Regierung erstmals eine Beschäftigungsquote, wonach (staatliche und para-staatliche) Unternehmen mit über 50 MitarbeiterInnen zwei Prozent der Stellen mit Menschen mit Behinderungen besetzen mussten. Das Gesetz definierte zudem weitere Maßnahmen für die Registrierung, berufliche Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen.

Inspiziert wurde das Gesetz durch den *British Disabled Persons (Employment) Act* von 1944 und die 1975 verabschiedete ILO-Resolution betreffend

⁵⁹ Disabled Persons (Employment) Act. No. 2 1982

Ausbildung und soziale Integration von Menschen mit Behinderungen sowie das von der UN-Generalversammlung 1981 ausgerufene Internationale Jahr der Menschen mit Behinderungen mit seinem Fokus auf „vollständige Teilhabe und Gleichberechtigung“. (vgl. Sinka 2001: 13-17) Tansania rief in Folge das Jahr 1982 als nationales Jahr der Menschen mit Behinderungen aus.

Die erhofften Fortschritte im Zugang zum Arbeitsmarkt blieben aus, da die Rahmenbedingungen und die schulische und berufliche Ausbildung nicht mit den Bestimmungen des Gesetzes Schritt halten konnten. Kinder mit Behinderungen waren weitgehend vom Schulbesuch ausgeschlossen. Die Wenigen, die diese Hürde überwinden konnten, standen vor der Herausforderung, einen Ausbildungsplatz in einer Berufsschule zu bekommen. Hinzu kam das Problem physischer Barrieren, das sowohl private Unternehmen wie auch den öffentlichen Sektor betraf: *“Almost all public buildings are built to cater for the needs of the non-disabled. Stairs, narrow doors and toilets are inaccessible to the majority of disabled persons.”* (NPD 2004: 7)

1985 wurde eine Erweiterung des Behindertenbeschäftigungsgesetzes⁶⁰ mit einer Reihe von Bestimmungen über die Eignung von und Anforderungen an behinderte ArbeitnehmerInnen beschlossen.

Da sich aber die Rahmenbedingungen nicht änderten, blieben die Probleme im Zugang zu Berufsausbildung und Arbeitsmarkt bestehen:

Der 1984 etablierte Beirat, der die Implementierung des Gesetzes begleiten und überwachen sollte, war nicht aktiv; eine Missachtung des Gesetzes seitens der Arbeitgeber hatte keinerlei Konsequenzen, und die staatlichen Ausbildungszentren erhielten so geringe staatliche Förderung, dass sie weder ihre Curricula modernisieren noch genügend SchülerInnen aufnehmen konnten. Im Jahr 2000 musste das Yombo Vocational Rehabilitation Centre in Dar es Salaam die Einschreibung neuer Trainees aussetzen, da die Regierung kein Budget bereitgestellt hatte. (vgl. Sinka 2001: 48)

⁶⁰ Disabled Persons (Employment) Regulations 1985

Im ***Employment and Labour Relations Act 2004*** wird neben genereller Diskriminierung auch Behinderung als potentieller Diskriminierungsgrund hervorgehoben,⁶¹ allerdings trat dadurch keine reelle Verbesserung des Diskriminierungsschutzes ein.

Ein Gesetz, das ebenfalls Anfang der 1980er Jahre verabschiedet wurde, sollte die Betreuung von Menschen mit Behinderungen regeln. Im Rahmen des ***Disabled Persons (Care and Maintenance) Act 1982*** wurden Pflege und Versorgung von Menschen mit Behinderungen der Verantwortung ihrer Familien, der lokalen Behörden, der Zentralregierung und Nicht-Regierungsorganisationen zugewiesen.⁶² Gleichzeitig schrieb das Gesetz die Einrichtung eines Fonds für soziale Notlagen von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien vor, der aber auch fast zwanzig Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes nicht mit Budgetmitteln ausgestattet ist.

Die Regierung selbst erkennt an, dass die Umsetzung des Gesetzes nicht zufriedenstellend gelungen ist und es einer Novellierung bedarf. (NPD 2004: 8) Das Gesetz spiegelt zudem die Haltung wider, die Familien seien für die Versorgung von Menschen mit Behinderungen verantwortlich. *“[...] Tanzania’s policy towards disabled persons generally is premised on the erroneous assumption that the families of the disabled person will or ought adequately to [sic] care for its disabled members.”* (Rwezaura 2000: 353)

Die Behindertenverbände kritisieren außerdem den menschenverachtenden Umgang in den im Gesetz verankerten Anstalten (*“settlements“*), die in einzelnen Fällen immer noch existieren.⁶³ Das Gesetz enthält keinerlei Bezug auf die Rechte und Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen, sodass die Verpflichtung zum Schutz der Rechte dieser Kinder nur aus der Kinderrechtskonvention (Artikel 3, CRC) abgeleitet werden kann.

⁶¹ siehe Employment and Labour Relations Act 2004, Part C, Section 7 (1), (4)

⁶² Disabled Persons (Care and Maintenance) Act 1982: Part IV, Absatz 14 und 15

⁶³ *ibid*, Part III. Ein Interviewpartner beschrieb eine noch immer bestehende Institution in Kigoma, in der Männer und Frauen mit Behinderungen ohne räumliche Trennung leben (müssen), ohne Chance auf Ausbildung und ein selbstbestimmtes Leben.

Obwohl also in Tansania spezifische Gesetze zum Recht auf Arbeit, sozialen Schutz und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen bestehen, zeigt die Praxis große Lücken in der Umsetzung.

Wenn der Staat seine Verantwortung vernachlässigt und Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen mit ihren Schwierigkeiten, Ängsten, Vorurteilen und ökonomischen Problemen allein lässt, kann dies zu immensen Rechtsverletzungen und Gefährdung der Betroffenen führen. (vgl. Rwezaura 2000: 354) Ein Beispiel dafür sind die Verfolgungen von Menschen mit Albinismus in Tansania und seinen Nachbarstaaten, die in der jüngeren Vergangenheit die Öffentlichkeit erschüttern. (siehe Kapitel 4.3)

3.2 Bildung

Bis 2009 gab es in Tansania keine klar definierten *Policies* zur Umsetzung von inklusiver Bildung⁶⁴ wie sie beispielsweise das *Salamanca Statement and Framework for Action on Special Needs Education* (1994) formuliert. (vgl. Misago 2005: 85)

Die ***Education and Training Policy*** von 1995 beispielweise weist keine spezifischen Strategien zur Förderung benachteiligter Gruppen auf. Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen blieb der Zugang zu Bildungseinrichtungen daher weitgehend versagt.

2001 führte die Regierung ein Programm ein, das auf Bildung für die nicht eingeschulten Kinder im Alter und Jugendlichen abzielte. Im Rahmen des Programms *Complementary Basic Education in Tanzania* (COBET) wurden die Gebühren für Grundschulbildung abgeschafft, um eine der Hauptbarrieren – die Kosten für den Schulbesuch – abzubauen.

⁶⁴ Erklärung Inklusion siehe Kapitel 4.4.2, Exkurs; für eine detailliertere Auseinandersetzung mit inklusiver Bildung in Tansania siehe Löw 2010.

Andere Barrieren blieben aber weiterhin bestehen, etwa fehlendes Bewusstsein über das Recht auf Bildung, zu wenige Lehrkräfte mit Erfahrung in Sonderpädagogik oder unzugängliche Schulen und Klassenräume. *“[...] it is evident that despite various efforts put by the government to make education accessible to all, children with disabilities are yet to enjoy the right to education. Physical structures and lack of facilities in public primary schools limit access to education for children with disabilities.”* (Misago 2005: 92)

2002 trat, mit Unterstützung Finnlands, der **Primary Education Development Plan** (PEDP) in Kraft. Der Fünf-Jahres-Plan zielte in Übereinstimmung mit MDG 2 auf universelle Grundschulbildung ab.

Während die allgemeinen Einschulungsraten aufgrund der PEDP-Maßnahmen rasch anstiegen,⁶⁵ blieben Kinder mit Behinderungen weiterhin vom Schulzugang ausgeschlossen. Im selben Zeitraum stieg die Anzahl der Lehrkräfte nur um 13 Prozent, was bedeutet, dass im Durchschnitt eine Lehrkraft 58 SchülerInnen zu betreuen hat.⁶⁶ (vgl. URT 2004c: 52)

In einem Bericht des finnischen Außenministeriums zur Situation der Sonderpädagogik in Tansania stellen die AutorInnen fest, dass *“issues pertaining to special needs education are basically integrated in the PEDP, but have so far not obtained a very substantial part in the plans or the budget.”* (Ministry for Foreign Affairs of Finland 2005: 5)

Auch die tansanische Regierung erkannte an, dass universelle Grundschulbildung nicht ohne die Inklusion von Kindern mit Behinderungen erreicht werden kann. (vgl. URT 2009: 9)

2004 evaluierte die Regierung den PEDP, um Fortschritte und Probleme in der Umsetzung aufzuzeigen. Dabei wurde deutlich, dass die Inklusion von Kindern mit Behinderungen weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Das Review-Team des Unterrichtsministeriums ging so weit, die Anstrengungen in Richtung Inklusion als *“hit and miss”* zu bezeichnen. (vgl. URT 2004b: 52)

Abgesehen von wenigen Positivbeispielen wie in Mwanga – dort ordnete der regionale Schulinspektor an, PEDP-Mittel für die Förderung gehörloser Kinder

⁶⁵ 2001 bis 2004: Anstieg um 44%, über 90% Einschulung 2004 (vgl. Hakielimu 2004b: 5)

⁶⁶ Anmerkung: Während meiner Feldforschung besuchte ich auch Schulklassen mit bis zu einhundert Kindern, die von einer einzigen Lehrkraft betreut werden mussten.

zu verwenden – zeigte die Evaluierung, dass Kindern mit Behinderungen häufig der Schulbesuch verwehrt wurde. Die Schulbehörden begründeten dies meist mit mangelnder Infrastruktur und fehlenden Lehrkräften. Gleichzeitig schien unter den regionalen Behörden die Annahme vorzuherrschen, Kirchen und NGOs seien weitgehend für die Bildung behinderter Kinder verantwortlich und die Behörden müssten somit keine eigenen Vorkehrungen treffen. (vgl. URT 2004b: 53; HakiElimu 2005: 5)

Auch das bis dato einzige College für Sonderpädagogik, das *Patandi Teachers' College* nahe Arusha, wurde im Rahmen der PEDP-Review evaluiert. Die Beurteilung fiel ernüchternd aus, es gab keine Lehrkräfte mit Gebärdensprachkompetenz oder Erfahrung in Physio- oder Logotherapie. Die technische Ausstattung des Colleges – etwa Braille-Drucker – war mangelhaft. (vgl. URT 2004b: 82)

Generell setzte sich beim Review-Team der Eindruck durch, Sonderpädagogik sei nicht mehr als eine freiwillige Zusatzqualifikation für einzelne engagierte Lehrkräfte und kein fixer Bestandteil der Lehrerausbildung.

2009 verabschiedete die tansanische Regierung ihre neue **Strategie für Inklusive Bildung 2009-2017**, deren Erarbeitung eng durch das finnische Bildungsministerium begleitet worden war. Die Entwicklung der Strategie verlief partizipativ ab. VertreterInnen der Zivilgesellschaft waren von Anfang an involviert, nahmen an Konsultationen und Feedback-Runden teil und führten selbst praktische Erhebungen zum Status quo durch.⁶⁷

Die Strategie sollte klar in den tansanischen und internationalen *Policy*-Rahmen eingebettet sein, weshalb die Regierung auch eine Bestandsaufnahme ihrer *Policies* und Strategien durchführte. (siehe URT 2009: 11, 12f, 48ff)

Inhaltlich ist die Strategie sehr fortschrittlich, wobei der Schwerpunkt auf Grundschulbildung als Basis für die Erreichung von „Bildung für alle“ liegt. Das Hauptziel wird so formuliert: *“All children, youth and adults in Tanzania have equitable access to quality education in inclusive settings.”* (URT 2009: 21)

⁶⁷ Anmerkung: Wie zufrieden die DPOs mit dem Prozess und der fertigen Strategie sind, konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht mehr erhoben werden.

Die Strategie geht von einem menschenrechtlichen Ansatz aus, der allen Menschen das gleiche Recht auf Bildung gibt. Dass das in Tansania vorherrschende System von Sonderschulen und segregativem Unterricht (siehe Kapitel 4.4.2) noch weit vom Inklusionskonzept entfernt ist, wird in der Strategie klar eingestanden.

Die Ziele und Themenbereiche der Strategie reichen von der *Policy*- und Programmebene, über LehrerInnenausbildung, kindzentrierte Förderung und Infrastrukturverbesserung bis zu Bewusstseinsbildung und Einbeziehung der Gemeinschaft.

Allerdings sind die Maßnahmen sehr vage formuliert und es gibt keine Indikatoren zur Messung der Fortschritte, was einer späteren Evaluierung im Weg stehen wird. Eine klare Budgetzuweisung für die einzelnen Ziele und Maßnahmen war zum Zeitpunkt meiner Analyse noch ausständig. Versprochene Unterstützungszahlungen an Schulen für Kinder mit Behinderungen blieben entweder ganz aus oder wurden mit großer Verspätung zugewiesen.⁶⁸

3.3 National *Policy on Disability*

Im Jahr 2004 nach einem fast acht Jahre dauernden Entwicklungsprozess verabschiedet⁶⁹, sollte die National *Policy on Disability* (NPD) ein barrierefreies Umfeld schaffen, in dem Menschen mit Behinderungen gefördert werden und Zugang zu Arbeit, Sozialleistungen, Bildung und dem gesellschaftlichen Leben haben.

Eine Änderung der Sprache in Richtung Inklusion und Menschenrechte, die wohl auch von internationalen Entwicklungen⁷⁰ beeinflusst wurde, war bereits in den Vorarbeiten zur *Policy* erkennbar. So hieß es in einem Regierungsdokument: *"The government has realized the need to adopt policies*

⁶⁸ Sogenannte 'per capita grants', Anm. Diese Informationen stammen aus den Interviews in Mwanga und mit ICD-Direktor Kaganzi Rutachwamagyo.

⁶⁹ unter der Leitung des Ministeriums für Arbeit, Jugend und Sport und unter zumindest punktueller Einbeziehung der DPOs

⁷⁰ Paradigmenwechsel „von *charity* zu Menschenrechten“, wie er dann auch in der CRPD deutlich wurde, Anm.

which aim at promoting the rights of people with disabilities to full participation, with equality, in social life and development. It recognizes that personal and social growth is possible for people with disabilities and life can become productive and rewarding both socially and economically.” (URT, Department of Social Welfare 2003: 1)

Außerdem setzte sich, auch in Hinblick auf die nationalen Entwicklungsprogramme, die Erkenntnis durch, dass Exklusion zu Verlust von Potentialen und Arbeitskraft bei gleichzeitig entstehenden Kosten für den Staat führt. (vgl. *ibid*: 4)

Die in der NPD verwendete Definition von Behinderung orientiert sich an jener der WHO: *“The loss or limitation of opportunities to take part in the normal life of the community on an equal level with others due to physical, mental or social factors.”* (National Policy on Disability 2004: vi)

Die Ziele wie auch die Themenbereiche der NPD erscheinen sehr umfassend und ehrgeizig. Sie reichen von der Förderung von Menschen mit Behinderungen, dem breit formulierten Ziel *Empowerment*, über eine Neuformulierung aller nicht behindertengerechten Gesetze bis zur Steigerung der Partizipation und einer Verbesserung der Serviceangebote für Menschen mit Behinderungen. Weitere Themen sind Bewusstseinsbildung, Barrierefreiheit, Gesundheitsversorgung, Bildung, Gemeindenahe Rehabilitation, Sport, Arbeitsmarkt, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit.

Zusammengefasst stellt die *National Policy on Disability* nicht mehr als eine Reihe allgemeiner Richtlinien zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen dar. Ihre tatsächliche Bedeutung ist wohl vor allem moralisch-ideologischer Natur. Vertreter der Zivilgesellschaft zeigten sich entsprechend ernüchtert: *“It took us about eight years [to get the Disability Policy]. It was not easy and what we got was not what we had wanted. But at least we said, let us start from here.”*⁷¹

⁷¹ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, ICD-Direktor

„When they made the final draft, they removed all these parts which we had preferred, and therefore this policy is not a real policy for persons with disabilities. It is only supposed to attract support from abroad.“⁷²

Dennoch kann die Auseinandersetzung mit Behinderung, wie sie für die Entwicklung der *Policy* und anderer Dokumente notwendig ist, auf längere Sicht zu einem Umdenken beitragen. Der Erarbeitungsprozess bringt im Idealfall staatliche und nicht-staatliche AkteurInnen zusammen, gibt der Behindertenbewegung eine Möglichkeit, sich einzubringen, und trägt längerfristig zu mehr Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen und ihrer Rechte bei.

“This is to say the struggle against poverty has to address all people, more so people with disabilities among other vulnerable groups. Unfortunately the reality of the matter on the ground is that the current poverty reduction strategies do not address people with disabilities.”⁷³

3.4 Behinderung in der Nationalen Strategie für Wachstum und Bekämpfung der Armut (MKUKUTA)

Seit etwa der Jahrtausendwende gelten die *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs) als *das* Rezept für die nationale, vorwiegend aus externen Quellen finanzierte, Armutsbekämpfung. (vgl. Uvin 2004: 73) Sie basieren auf einem holistischen Ansatz, der über Reform der *Policy*- und Sektorebene und die Durchführung strategischer Programme Armutsminderung und Entwicklung herbeiführen soll. (vgl. Grootaert 2003: 4)

Im Anschluss an die verheerenden, jedoch von der Regierung Mwinyi auf Druck der Internationalen Finanzinstitutionen durchgesetzten Strukturanpassungsprogramme⁷⁴ der 1980er und 1990er Jahre übermittelte Tansania im Jahr 2000

⁷² Interview Kondo Seif, SHIVYAWATA

⁷³ URT 2003b: 4

⁷⁴ vgl. Schicho 2004: 331f

das erste *Poverty Reduction Strategy Paper* (2000-2003) an die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds.

Die Strategie war unter hohem Zeitdruck und in der Hoffnung auf raschen Schuldenerlass entstanden, sodass die Partizipation der Zivilgesellschaft sehr schwach ausfiel.

Menschen mit Behinderungen waren in dieser ersten Strategie kaum sichtbar. Eine nationale Studie zu Armut während der Evaluierung der Strategie ergab, dass Menschen mit Behinderungen zwar zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen gehörten, jedoch kaum in der Strategie berücksichtigt und so von Maßnahmen zur Armutsminderung nicht erfasst wurden. (vgl. Miller 2005: 1)

2005 lancierte die Regierung Mkapa die neue *National Strategy for Growth and Reduction of Poverty* 2005-2010. Unter dem Swahili-Akronym MKUKUTA⁷⁵ lag der Schwerpunkt der Strategie auf Wachstum und *good governance* sowie übergreifender Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Sektoren und AkteurlInnen.⁷⁶

Eine Prämisse der PRSPs ist lokales *Ownership*, das durch breite Konsultationsprozesse mit allen *Stakeholders* gewährleistet werden soll. Im Gegensatz zu den vorhergehenden PRSPs wurde daher in der Entwicklung von MKUKUTA die Zivilgesellschaft zumindest fallweise einbezogen. Dies geschah meist in Zusammenarbeit mit kirchlichen Organisationen und internationalen Partnerorganisationen wie OXFAM. Auf lokaler Ebene waren fallweise auch kleinere Organisationen eingebunden. (vgl. Evans & Ngalwea 2003: 275)

In der Praxis litt dieser Partizipationsanspruch an Kinderkrankheiten: das politische Umfeld war, wenn auch nicht demokratiefeindlich, so doch unerfahren in der Anwendung partizipativer Entscheidungsfindung. Die zivilgesellschaftlichen *Stakeholders*, d.h. *Grassroots*-Organisationen, Interessensverbände und lokale NGOs, waren bis dahin meist von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen oder unerfahren in der Formulierung ihrer Anliegen. Ihr Zugang zu Informationen für die Meinungsbildung war

⁷⁵ MKUKUTA = Mkakati wa Kukuza Uchumi na Kupunguza Umaskini Tanzania

⁷⁶ vgl. URT 2005b: 1f; <http://www.prsp-watch.de/index.php?page=laenderprofile/tanzania.php>; SHIA Briefing Paper Disability Rights in Tanzania 2011

ungenügend, und Inhalte standen meist nicht in lokalen Sprachen zur Verfügung. (vgl. Uvin 2004: 74f)⁷⁷

Dennoch setzte sich schließlich, auch aufgrund der Lobbyingarbeit der DPOs und mit Behinderung befassten NGOs⁷⁸, die Erkenntnis durch, dass *“lack of opportunities for persons with disabilities has significant impacts on their poverty.”* (URT 2005b: 4) Die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen wurde gemeinsam mit Gender, Umwelt, HIV/AIDS, Kindern und Jugendlichen, alten Menschen sowie Arbeitsmarkt- und Siedlungspolitik zum Querschnittsthema erklärt. (vgl. *ibid*: 15f) Behinderung kommt wörtlich etwa 60-mal vor, meistens allerdings unter dem Begriff *“vulnerable groups”* subsummiert.

Kinder mit Behinderungen werden zum Beispiel in Zusammenhang mit Einschulungszahlen erwähnt: *“Increased gross and net enrolment of boys and girls, including children with disabilities in primary schools from 90.5% in 2004 to 99% in 2010.”* (*ibid*: 14) Konkrete Schritte zur Erreichung dieses Ziels waren in der Strategie allerdings nicht enthalten, was auch die Behindertenverbände kritisierten: *“The National Strategy for Growth and Poverty Reduction sets an operational target of increasing the proportion of children with disabilities enrolling, attending and completing school from 0.1% to 20% by 2010. This is an ambitious target bearing in mind the fact that none of the present specialized 22 schools meets more than 20% of the demand in any given year.”* (Rutachwamagyo 2005: 17) Dem Monitoring Report 2010 gemäß wurde dieses Bildungsziel bereits 2008 erfüllt (vgl. URT 2010c: 62), allerdings bezieht sich dies nur auf die quantitative Zielerreichung. Rückschlüsse auf die Qualität des Unterrichts und das Ausmaß von Inklusion lässt die Evaluierung nicht zu.

In der MKUKUTA-Review 2009⁷⁹ wurden die Herausforderungen der Strategie deutlich, die auch die NGOs kritisiert hatten. *“MKUKUTA says that persons with*

⁷⁷ Geschweige denn, in alternativen Kommunikationsformen wie Braille oder Gebärdensprachen, Anm.

⁷⁸ mit Unterstützung externer AkteurInnen wie Handicap International oder CBM; die aktivsten Behindertenverbände waren ICD, DOLASED und der Dachverband SHIVYAWATA, die sich auch im zivilgesellschaftlichen *Policy Forum* engagierten, um das neue PRSP mitgestalten zu können.

⁷⁹ <http://www.policyforum-tz.org/official-mkukuta-review-docs>

*disabilities should be included in every programme, in every policy, in every issue. But of course that is on paper, implementation is the other side.*⁸⁰

Für die Umsetzung der auf dem Papier bestehenden Maßnahmen fehlten oft sowohl die finanziellen Mittel als auch die Zuschreibung konkreter Zuständigkeiten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Überwachung und Messbarkeit von Resultaten aufgrund unzureichender Indikatoren bzw. widersprüchlicher Ausgangsdaten schwierig war. (vgl. URT 2006b; SHIA Policy Brief 2011: 2)

Der Grad der Partizipation und Einbeziehung benachteiligter Gruppen im MKUKUTA wurde ebenfalls im Zuge der Review 2009 evaluiert. Das *Policy Forum*⁸¹ übernahm die Koordination der zivilgesellschaftlichen Beteiligung und kritisierte, dass einmal mehr der Großteil der teilnehmenden NGOs aus Dar es Salaam kam. Partizipation blieb also, auch aufgrund fehlender Ressourcen der NGOs, oft auf das städtische Umfeld beschränkt.⁸² Dies stellt den Anspruch auf *Ownership* der Bevölkerung in Frage.

Eine von der tansanischen Regierung in Auftrag gegebene Studie zur Beteiligung nicht-staatlicher AkteurInnen im MKUKUTA-Prozess zeichnete ebenfalls ein durchwachsenes Bild von der Zusammenarbeit zwischen NGOs und Regierung. *“Stakeholders within the public sector (government) were of the opinion that weak engagement of NSAs is not due to denial of access, but rather their lack of requisite capacity to articulate MKUKUTA and other policy issues.”* (URT 2010b: 46f)

Demgegenüber kritisierten die nicht-staatlichen AkteurInnen ineffektive Kommunikation, Überbürokratie, Probleme der Budgetierung und zeitnahen Auszahlung von Geldern sowie unbefriedigenden Informationsfluss seitens der Regierung. (vgl. URT 2010b: 47)

⁸⁰ Interview Mohamed Kajembe, ICD

⁸¹ www.policyforum-tz.org

⁸² vgl. Policy Forum Discussion Paper 30.09.2009 <http://www.policyforum-tz.org/files/DiscussionPaperCSOMKUKUTA.pdf>

Dennoch stellen die Erfahrungen aus dem MKUKUTA, auch für die Behindertenbewegung, einen wichtigen Lernprozess dar, bei dessen Herausforderungen sie in den zukünftigen *Policy*-Prozessen ansetzen können.

“The government has started to take serious notice of disability, but only on paper. Now, PRSPs in developing countries being the guiding principles in developing the countries, anything the PRSP does not mention maybe will not receive much attention. Some aspects of disability are being included in the poverty reduction initiatives. But as I said it is only on paper. At the level of implementation we have a problem. The government tends to see disability as an expensive industry and therefore strategies to address disability related development are missing.”⁸³

3.5 National Social Protection Framework

In der Erkenntnis, dass bis 2007 nur zwei Prozent der Gesamtbevölkerung Zugang zu staatlichen Sozialversicherungssystemen hatten (vgl. URT 2008: 7) und 33 Prozent der TansanierInnen unter der nationalen Armutsgrenze lebten (URT 2007: xiii), verabschiedete Tansania im Jahr 2008 das National Social Protection Framework (NSPF).

„Sozialer Schutz“ wird als umfassendes System definiert, das staatliche und nicht-staatliche Unterstützung für Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften in Not- oder Armutssituationen mit weiter gefassten Entwicklungs- und Wachstumsstrategien verbindet. (vgl. URT 2008: 5) Der Erstellung des NSPF gingen Konsultationen mit Ministerien, lokalen Behörden, NGOs, internationalen Partnern und gemeinde-basierten Organisationen voraus. Auch die Behindertenverbände waren involviert und forderten erfolgreich die Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen ein. Die eng mit MKUKUTA und den MDGs verknüpfte Strategie formuliert als Ziel umfassenden Zugang zu Schutzmaßnahmen für die verletzlichsten Gesellschaftsmitglieder.

⁸³ Interview Henry Wimile, ICD-Gründungsmitglied

Maßnahmen umfassen:

- Schutz- und Unterstützungsleistungen (Notfallhilfe, Sozialhilfe für vulnerable Menschen – zB für Menschen mit Behinderungen);
- Vorsorge (Sozialversicherung, Pensionen, Gesundheitsversicherung, Arbeitslosengeld);
- Maßnahmen zur Stärkung sozialer und wirtschaftlicher Kapazitäten (Schulspeisungen, Zuschüsse zu geringen Einkommen) und
- sogenannte transformative Maßnahmen (Bewusstseinschaffung über Diskriminierung und Ausgrenzungen wie zB von Menschen mit Behinderungen oder Menschen, die mit HIV/AIDS leben)

(vgl. URT 2008: 20)

Das NSPF zielt auf universellen Zugang zu Sozialleistungen und sozialer Unterstützung ab. Im selben Dokument wird dieser universelle Anspruch jedoch wieder relativiert, indem die Regierung darauf hinweist, dass die Implementierung sozialer Schutzmaßnahmen durch finanzielle, administrative und personelle Herausforderungen erschwert wird (vgl. *ibid*: 12).

Wie auch in den anderen Bereichen deutlich wurde, stellt das NSPF aufgrund fehlender konkreter Maßnahmen mit Zeitrahmen, Indikatoren, Budgets und Hauptverantwortlichen nicht viel mehr als eine Absichtserklärung dar.

Die Prinzipien – universeller Zugang zu Sozialleistungen, Respekt für kulturelle Normen, nachhaltiger Aufbau von Ressourcen und Kapazitäten, Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Menschenrechte als Basis, Harmonisierung und Abstimmung der Initiativen unterschiedlicher AkteurInnen – entsprechen aber eindeutig dem aktuellen internationalen Diskurs.

3.6 Persons with Disabilities Act 2010

Das Behindertengesetz von 2010 baut auf den behindertenrelevanten Gesetzen und *Policies* der jüngeren Vergangenheit auf. Die Prinzipien entsprechen weitgehend der von Tansania 2009 ratifizierten CRPD. Das Gesetz deckt eine große Bandbreite von Themen ab, von Prinzipien wie Nichtdiskriminierung,

Barrierefreiheit und Gleichberechtigung bis zu den Bereichen Bildung, Arbeit, Selbstbestimmtes Leben, Partizipation in Politik und Gesellschaft, Gesundheit, Kommunikation und Information.

Die Verantwortung für Koordination und Umsetzung des Gesetzes liegt dem Gesetz nach beim Ministerium für Gesundheit und Soziales, was eigentlich einen Bruch mit den Prinzipien von Inklusion und Barrierefreiheit der CRPD (Artikel 3, CRPD) und der Etablierung von Behinderung als Querschnittsthema gemäß dem sozialen Model darstellt.

Einige Beispiele sollen im Folgenden Potentiale und Restriktionen dieses Gesetzes zeigen.

Artikel 15 zeigt ein sehr fortschrittliches Konzept für das Recht auf freie Entscheidung über Wohnort und –art: *“Provision of equal opportunity for every person with a disability to choose his place of residence and living arrangements”*.⁸⁴ Gleichzeitig schreibt das Gesetz aber immer noch vor, dass sich Menschen mit Behinderungen öffentlich registrieren lassen müssen, was einige Fragen zum Recht auf Datenschutz und Privatsphäre aufwirft. Zudem schafft das Gesetz keinerlei Vorkehrungen zur Abschaffung der Anstalten und Institutionen, wie sie bereits im *Disabled People’s (Care and Maintenance) Act* von 1982 zu finden waren. Vorschriften zur Organisation solcher Zentren werden in Artikel 23 behandelt.

Ein Bekenntnis zur Umsetzung inklusiver Bildung halten Artikel 27 und 29 fest. Es gilt für alle Bildungsebenen und -bereiche und umfasst nicht nur die staatlichen Bildungseinrichtungen, sondern auch private Bildungsstätten.

Besonders hervorzuheben ist, dass Sonderschulen nun explizit als Übergangslösung auf dem Weg zu inklusiven Schulen gelten.⁸⁵

Im Bereich Beschäftigung verpflichtet das Gesetz den öffentlichen und privaten Sektor, Menschen mit Behinderungen einzustellen und Arbeitsplätze barrierefrei und sicher zu gestalten. Bei Unternehmen mit über zwanzig Beschäftigten gilt

⁸⁴ Persons with Disabilities Act 2010, Art. 15, lit. b

⁸⁵ vgl. Art. 29 (3)

nun eine Behindertenbeschäftigungsquote von drei Prozent.⁸⁶ Allerdings finden sich weder in diesem Punkt noch in den anderen Vorschriften Informationen, wie die Umsetzung kontrolliert werden soll und welche Konsequenzen die Nicht-Erfüllung der Verpflichtungen hätte.

Das Gesetz sieht die Einrichtung eines *National Fund for Persons with Disabilities* vor, dessen Mittel für Bildungs- und Rehabilitationsmaßnahmen, Förderungen von Behindertenorganisationen, statistische Erhebungen und Forschung verwendet werden sollen. Die Finanzierung bleibt allerdings ungewiss – *“funds as appropriated by the Parliament”, “fees that may become payable to the Fund”* (Artikel 57) und ähnliche Formulierungen lassen darauf schließen, dass Finanzierung und Höhe des Fonds noch nicht gesichert sind.

Problematisch bei diesem inhaltlich sehr progressiven Gesetz ist die in Fülle auftretenden Relativierungen (i.e. *“as far as practical”, “reasonable changes”, „except where special communication is required“, “if resources allow“*), die dem universellen Charakter der Menschenrechte und den Prinzipien der Konvention widersprechen. Zudem fehlen klare Regulierungen, die die praktische Umsetzung des Gesetzes erleichtern könnten.

Zusammengefasst gibt es zwar inzwischen eine Reihe von Gesetzen, *Policies* und Strategien, die sich mit den Rechten von Menschen mit Behinderungen in Tansania befassen, solange diese aber nicht umfassend umgesetzt und mit entsprechenden Budgets versehen werden, bleibt die Situation für Menschen mit Behinderungen prekär. *“[...] Tanzania does not so much lack statutory law as much as it needs the means and commitment to enforce such protective provisions.”* (Rwezaura 2000: 355)

Im April 2008 beschloss das tansanische Parlament die Ratifizierung der CRPD, die 2009 vollzogen wurde. Damit steigt nun einerseits der internationale Druck, eine bessere Gesetzeslage für Menschen mit Behinderungen zu schaffen, und andererseits verfügt die Zivilgesellschaft über ein wertvolles Lobbying-Instrument, um die Verwirklichung aller Rechte für Menschen mit

⁸⁶ vgl. Art. 31 (2)

Behinderungen einzufordern. Die in der Konvention verankerten Prinzipien der Partizipation und Nichtdiskriminierung können dazu beitragen, Selbstbewusstsein und *Empowerment* der Menschen mit Behinderungen und DPOs zu stärken.

Auf die nationale und sub-nationale Ebene übersetzt, bringt die Ratifizierung der CRPD die obligatorische Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen und ihren Vetretungen bei allen politischen und legislatischen Prozessen mit sich. Die Verpflichtung, die Umsetzung der Konvention durch eine unabhängige Monitoring-Stelle zu überwachen⁸⁷, und regelmäßig Berichte an das Internationale Komitee über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu legen, könnte längerfristig zu mehr Verbindlichkeit als bisher führen.

⁸⁷ siehe Art. 33, CRPD; In Tansania ist die Commission on Human Rights and Good Governance mit der Überwachung internationaler Übereinkommen beauftragt, siehe www.chragg.go.tz/page_id=88

“They are not poor in the meaning of poverty, they are poor due to lack of opportunities.”⁸⁸

4 Zur Situation von Menschen mit Behinderungen in der tansanischen Gesellschaft

Im folgenden Kapitel werde ich analysieren, wie im Entwicklungsland Tansania mit Behinderung umgegangen wird, mit welchen Problemen sich Menschen mit Behinderungen in ihrem täglichen Leben konfrontiert sehen, und welchen Stellenwert Behinderung in Politik und Gesellschaft einnimmt.

4.1 Begrifflichkeiten

Wie bereits in Kapitel 1 dargestellt, gibt es kontextabhängig verschiedene Bewertungen von und Sichtweisen über Behinderung.

Wie in jedem Forschungsgebiet spielt die Wahl der verwendeten Begriffe und der Sprache eine große Rolle, da sie den herrschenden Diskurs und das soziale und politische Umfeld widerspiegeln. (vgl. Cloerkes & Neubert 1994: 56) Vor allem durch die stärker werdende Behindertenbewegung in Tansania und deren Vernetzung mit dem internationalen *Disability Movement* im Zusammenspiel mit der Entstehung neuer, auf den Menschenrechten aufbauenden Sichtweisen auf Behinderung steigt das Bewusstsein für eine sensible Verwendung von Begriffen.

Im Kiswahili wird als Überbegriff für Behinderung *“ulemavu”* verwendet, Menschen mit Behinderungen sind *“watu wenye ulemavu”*. Der Begriff *“walemavu”*, Behinderte, wird inzwischen seltener verwendet, da er – wie auch der deutsche oder englische Begriff – einen Menschen auf seine Behinderung reduziert und daher nicht dem Selbstverständnis der Menschen mit Behinderungen entspricht. Gleichzeitig spiegeln aber noch einige der traditionelleren DPOs den Geist früherer Jahre in ihren Namen wider, etwa die *Tanzania Association of the Mentally Handicapped* oder die *Tanzania*

⁸⁸ Interview Susanna Ringo, District Academic Officer in Mwanga

Association of the Physically Impaired. In vielen tansanischen Sprachen existiert kein Überbegriff für Behinderung, stattdessen wird direkt Bezug auf konkrete Behinderungen wie Blindheit, Gehörlosigkeit oder physische Beeinträchtigungen genommen. (Kisanji 1998: 6)

Bis vor wenigen Jahren wurden noch abwertende Begriffe wie *“kipofu“* (blind), *“zeruzeru“* (Albino)⁸⁹, *“kichaa“* (geistesgestört, verrückt) oder *“kiwete“* (Krüppel) verwendet.

Organisationen von Menschen mit Behinderungen weisen auf die verletzende Bedeutung solcher Wörter hin. *“In Tanzania, for example, the Tanzania League of the Blind (TLB) is opposed to the use of the word kipofu [...], the Kiswahili equivalent of the term ‘blind’. Blind people claim that the word is a product of an historical elision from two words kipo (it is there) and kifu (a dead thing).”* (Kisanji 1998: 13)⁹⁰

Gerade in ländlichen Gebieten, abseits vom Arbeits- und Einflussgebiet von DPOs werden Begriffe wie diese aber noch häufig verwendet⁹¹, weshalb die nationalen und lokalen DPOs auf die Notwendigkeit von Aufklärungskampagnen hinweisen.

4.2 Zahlen

Die WHO geht davon aus, dass fünfzehn Prozent der Weltbevölkerung Menschen mit Behinderungen sind. In Ländern mit niedrigem Einkommen liegt der Durchschnitt bei bis zu achtzehn Prozent. (vgl. WHO 2011: 29)

Nationale Erhebungen zeigen zum Teil ein anderes Bild, aufgrund verschiedener Faktoren wie unterschiedlichen Definitionen von Behinderung, abweichenden Methoden der Datenerhebung, Qualitätsunterschieden in der Erhebung und Auswertung der Daten. (vgl. Mont 2007: 1)

⁸⁹ eigentlich: Person ohne Hautfarbe oder Geist

⁹⁰ Ein weiterer Einwand, den ich bei informellen Gesprächen mit DPO-VertreterInnen gehört habe, ist, dass die Vorsilben „ki-/vi-“ hauptsächlich für die Klassifizierung von Dingen verwendet werden und daher entwürdigend wirken.

⁹¹ so beobachtet bei einem informellen Treffen im Haus eines Beamten im Bezirk Mwanga

Die *Tanzania Disability Survey 2008*⁹² gibt die Anzahl der Menschen mit Behinderungen mit 2,4 Millionen bzw. 7,8 Prozent der Bevölkerung an. Häufig wird auch noch die aus den 1970ern stammende WHO-Schätzung verwendet, dass zehn Prozent der Bevölkerung Menschen mit Behinderungen seien. Die nur bedingte Verlässlichkeit statistischer Daten in Bezug auf Behinderung⁹³ zeigt die Aussage eines Mitarbeiters des tansanischen Dachverbands der Behindertenorganisationen:

*“[...] the census which was carried out at every corner didn’t succeed in finding out the number of persons with disabilities. [...] I’ll take an example from my own experience: One day, when they did the census I was at home. They appeared, they asked questions. I asked them, ‘why are you not talking about disability and why don’t you ask what kind of disability I have?’ They didn’t even recognise that I am a person with disability so even those who executed the task of the census don’t know what disability is.”*⁹⁴

Auch die prozentuelle Aufteilung nach Art der Behinderung beruht auf Schätzungen, wobei körperliche Behinderungen und Sehbehinderungen den größten Anteil darstellen.

Art der Behinderung	Prävalenz in Prozent
Körperbehinderungen	28
Sehbehinderungen	27
Hörbeeinträchtigungen	20
Intellektuelle Behinderungen	8
Mehrfachbehinderungen	4
Sonstige	13
Gesamt	100

Tabelle 1 Verteilung der verschiedenen Behinderungen in Prozent
(URT 2004d. 3)

⁹² <http://nbs.go.tz/tnada/index.php/catalog/5>

⁹³ zuletzt erhoben während des *Population and Housing Census* von 2002 und der *National Disability Survey 2008*

⁹⁴ Interview Kondo Seif, SHIVYAWATA

Die von Regierungen oft niedriger ausgewiesenen Zahlen zu Behinderung können auch einen anderen Grund haben als statistische Herausforderungen. Denn wenn die Ausgangsdaten, zB die Anzahl der Menschen mit Behinderungen von vornherein niedriger sind, kann dies bedeuten, dass Ziele wie zB im MKUKUTA einfacher zu erreichen sind. Gibt es verhältnismäßig weniger Menschen mit Behinderungen, so muss der Staat auch weniger Mittel für deren Unterstützung zur Verfügung stellen.⁹⁵

Die Herausforderung, die sich aus der Unverlässlichkeit von Zahlen und Statistiken ergibt, wird inzwischen auch international verstärkt thematisiert. Die CRPD fordert Staaten auf, verlässliche Daten zu Behinderung zu bereitzustellen (Artikel 31, CRPD). Auch im World Report on Disability 2011 gibt es eine konkrete Empfehlung zum Thema Statistik. (siehe WHO 2011: 267)

“Negative attitude of the community towards disability and persons with disability is one of the major barriers against the integration and equal participation of persons with disability in the life of the community.”⁹⁶

4.3 Wahrnehmung von Menschen mit Behinderungen in Tansania

Trotz der Universalität von Behinderung gibt es Unterschiede in der Reaktion auf Menschen mit Behinderungen, die durch das gesellschaftliche Umfeld beeinflusst wird (siehe auch Kapitel 1.1).

Auch innerhalb Tansanias ist die Reaktion auf Menschen mit Behinderungen von Region zu Region verschieden⁹⁷ und hängt unter anderem von Faktoren wie Sichtbarkeit, Art und Grad der Behinderung ab.

Zusätzlich spielt in Tansania bei der Reaktion auf Behinderung oftmals ein „System“ eine Rolle, das es auch in anderen Ländern gibt:

⁹⁵ Aussage aus einem informellen Gespräch mit einem DPO-Vertreter in Dar es Salaam

⁹⁶ NPD 2004: 7

⁹⁷ So wurde zum Beispiel bei den Chagga Linkshändigkeit traditionell als Behinderung gesehen. (vgl. Cloerkes & Neubert 1994:76)

“Children are like insurance for their parents. They invest in you so that you take care of them at old age. So, every person is looked at from this perspective. Now, when you are disabled you do not fit into that [system]. Most members of society do not understand why they should invest in you because they think that you won’t be able to pay back.”⁹⁸

Die Reaktion auf Menschen mit Behinderungen reicht von sehr negativen Reaktionen wie Vernachlässigung und Diskriminierung durch Familie und Gemeinschaft (vgl. Rwezaura 2000: 334) bis zu übertriebenem Schutz der Betroffenen.

Die gesellschaftliche Perzeption von Behinderung spiegelt sich auch in tansanischen Märchen, Sprichwörtern und Liedern wider, die der Linguist Joseph Kisanji analysierte. Kisanji stellt anhand verschiedener Folklore-Texte die unterschiedlichen Bewertungen von Behinderung in der tansanischen Gesellschaft dar, von Geringschätzung über die Darstellung als selbstverständlichen Teil des Lebens und der Gesellschaft bis zur Verwendung für erzieherische Aussagen:

„Ni bora uwe nacho cha thamani ndogo kuliko kukosa kabisa. It is better to have something of less value than nothing, i.e., a disabled child is better than no child at all.” (Kisanji 1995: 55)

“Hata kama ni jinga litengenzee upinde. Even if stupid, give him a bow and a quiver of arrows.” (Kisanji 1995: 55)

In einigen Märchen ist eine durchaus positive Wahrnehmung von Behinderung erkennbar, wodurch Menschen mit Behinderungen als produktive Mitglieder der Gesellschaft voller Potential dargestellt werden. (vgl. Kisanji 1998: 14)

Kisanji’s Erkenntnisse stehen allerdings in starkem Gegensatz zum Ergebnis meiner Feldforschung. Die von mir Befragten wiesen ausnahmslos auf die schwierigen Bedingungen und vielfachen Diskriminierungen hin, mit denen Menschen mit Behinderung in Tansania konfrontiert sind. *“Honestly, the opinion of the public and consequently of many people is that blind people only need*

⁹⁸ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, Direktor ICD, siehe auch Rwezaura 2000: 326f

*support and are persons who cannot contribute in any way to the development of society. They are considered a burden.*⁹⁹

In der tansanischen Musikszene üben inzwischen auch KünstlerInnen wie Keisha oder Albino Fulani Kritik an der Haltung der Gesellschaft gegenüber Menschen mit Behinderungen.¹⁰⁰

In der jüngeren Vergangenheit erschütterten Morde und Verstümmelungen an Menschen mit Albinismus die tansanische und internationale Öffentlichkeit.¹⁰¹ Dies zeigt, wie Vorurteile und Aberglaube noch immer wesentlich zum gesellschaftlichen Verständnis von Behinderung beitragen können und wie dringend Informationsinitiativen gesetzt werden müssen, um diese sozialen Barrieren zu überwinden.

4.3.1 Stigma und Diskriminierung

Stigmatisierung (siehe auch Kapitel 1.1 und 2.2) in Bezug auf Menschen mit Behinderungen tritt vor allem in den ländlichen Gebieten Tansanias häufig auf. In manchen Gegenden wird Behinderung als Strafe Gottes angesehen. *“The big problem is stigma. Most people in African society, even in Tanzania, think that becoming a disabled person is a curse from God. They don’t look for causes for becoming disabled although there can be several causes. Someone can become ill or disabled through an accident. But most people think that becoming disabled is just a curse from God.”*¹⁰²

⁹⁹ James Shimwenye, Tanzania National Institute for the Blind

¹⁰⁰ Beispiel: Keisha „Usinicheke“

http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=1QhNvYMH5Ns

¹⁰¹ Menschen mit Albinismus werden in Tansania und der umliegenden Region häufig magische Fähigkeiten nachgesagt. Von geschäftstüchtigen HeilerInnen geschürt, führt der Aberglaube, dass Körperteile von Albinos Reichtum erwirken können, zu Mord und grausamen Verstümmelungen der Betroffenen. Die Körperteile werden teuer an HeilerInnen verkauft, die ihren KundInnen wiederum Reichtum und Glück versprechen, siehe auch <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7148673.stm>, <http://www.underthesamesun.com/projects.php>. Diese “harmful practice” wurde auch in der Universellen Menschenrechtsprüfung 2011 mehrfach erwähnt. Der internationale und nationale Druck führte zu konkreten Maßnahmen der Regierung, wodurch die Morde und Verstümmelungen stark zurückgingen.

¹⁰² Interview Godwin Sanava, ICD

In der Vergangenheit wurden Kinder mit Behinderungen häufig zuhause versteckt.¹⁰³ Sie durften nicht zur Schule gehen und blieben somit abhängig von der Fürsorge ihrer Eltern und Familienangehörigen.

Diese Vorgehensweise ist allerdings nicht immer auf Scham und Angst vor Stigmatisierung zurückzuführen, sondern drückt oftmals auch den Wunsch der Eltern aus, ihr Kind zu beschützen. (vgl. Misago 2005; Nkutula 1986; Rutachwamagyo 2005)

Aberglaube und Vorurteile tragen zu negativen Reaktionen auf Menschen mit Behinderungen bei.¹⁰⁴ *“I think there are still very strong beliefs. In my culture, in Arusha, the Maasai culture, in 2001 they killed one disabled child by burying him alive because they thought it would bring shame and curse to the family.”*¹⁰⁵

Die bereits angesprochenen wirtschaftlichen Beweggründe für Diskriminierung fließen ebenfalls in die Bewertung und daraus resultierende Reaktion auf Menschen mit Behinderungen ein:

*“Historically, every person was to fairly contribute to the upkeep of the family. So, when it comes to the disabled members of the family who could not engage in productive activities they were seen as a burden in the society. This attitude developed in some cultures for example among the Maasai, the Hadzabe in Arusha and Manyara, the Baragaig in Singida. In the 1990s, I think, a father killed his disabled child because he was told ‘you are so rich, but now because of this child you are going to be poor’. Such attitudes still very strongly appear in society.”*¹⁰⁶

Oftmals sind es daher vielmehr Stigmatisierung und die soziale Umgebung, die Menschen behindern und von der Gemeinschaft ausschließen, und nicht

¹⁰³ zum Teil auch heute noch, weshalb zB Programme der Community-Based Rehabilitation direkt bei den Familien ansetzen, Anm.

¹⁰⁴ 2010 berichteten die Medien, dass auch in Dar es Salaam Mythen über Menschen mit Behinderungen die Runde machten, worauf Diskriminierung und negative Reaktionen deutlich zunahmen. Siehe Artikel in The Guardian, 26.02.2010, “Society must support people with disability“

¹⁰⁵ Interview Godwin Sanava, ICD

¹⁰⁶ Interview Frederick Mkatambo, Legal and Human Rights Centre

vordergründig körperliche, sensorische oder psychische Beeinträchtigungen. (vgl. Üstun 2001: 7; 274)

Umfassende Isolation kann eine traurige Folge davon sein: *“Negative attitudes still exist on disability. [...] They are not in the society, like playing with other children, going to church, going to the mosque, attending ceremonies like for example weddings or burials. This stigmatisation starts from the family and goes up.”*¹⁰⁷

Die Auswirkungen von Stigmatisierung – Ausgrenzung, Missbrauch, Isolation und Vernachlässigung – gefährden ganz besonders Kinder, wobei Mädchen mit Behinderungen noch höherer Diskriminierung ausgesetzt sind. (vgl. United Nations 2006: Absatz 10 und 42; Rwezaura 2000: 334-337)

4.3.2 Land – Stadt

Bis zu 90 Prozent der Menschen mit Behinderungen leben in ländlichen Gebieten. (vgl. URT 2003: 2) Im Rahmen meiner Feldforschung konnte ich die Situation von Menschen mit Behinderungen im Vergleich von Stadt und Land nicht empirisch erforschen, Aussagen aus den Interviews und die Dokumente des *Inclusive Tanzania* Projekts zeugen aber von recht großen Unterschieden.

Der Großteil der Nichtregierungsorganisationen und Selbstvertretungsvereine ist in der Stadt ansässig, wo sich auch die zentralen Entscheidungsgremien befinden. Während dieser Umstand zwar die anwaltschaftliche Arbeit erleichtert, trägt er gleichzeitig zu einem Gefälle in Hinsicht auf Bewusstsein, Bildung und generelle Chancen für Menschen mit Behinderungen zwischen Stadt und Land bei. *“In the villages the organisations are not there yet, they are only in the towns. What is needed is education, to educate the people in the villages, at the grassroots.”*¹⁰⁸

In ländlichen Gebieten gibt es wesentlich weniger DPOs, die für die Rechte von Menschen mit Behinderungen eintreten und entsprechend weniger

¹⁰⁷ Interview Evena Massae, TAMH

¹⁰⁸ Interview Susanna Ringo, District Academic Officer in Mwanga, Kilimanjaro

Serviceeinrichtungen, barrierefreie Schulen, Ausbildungsstätten und Arbeitsplätze.

Einige Beispiele aus den Interviews sollen einen Eindruck von den Unterschieden zwischen Stadt und Land vermitteln:

„It [the situation of persons with disabilities in Tanzania] is very bad, especially in the villages. Some disabled people are still hiding in the houses. Parents do not expose them. Society is not aware of people with disabilities, but we put our efforts into changing their position, the community, the parents of persons with disabilities.“¹⁰⁹

“Change starts slowly in the cities but in rural areas the situation is still bad. People don’t believe that a disabled person could have secure employment or could have a business. Policy makers also harbour this sense of attitude.“¹¹⁰

”At least here, in town, in Dar es Salaam, people know now. They know that you can have a disability and still do something.“¹¹¹

“Life in the urban area for people with disabilities is much better, even for income generating activities. But in the rural areas those things are not there.“¹¹²

¹⁰⁹ Interview Pancrasia Paul, ICD

¹¹⁰ Interview Frederick Mkatambo, Legal and Human Rights Centre

¹¹¹ Interview Pancrasia Paul, ICD

¹¹² Interview Evena Massae, TAMH

4.4 Zugang zu Bildung

Während in Kapitel 3.2 der institutionelle und gesetzliche Rahmen des Bildungsbereichs im Vordergrund stand, werde ich im folgenden Abschnitt kurz die geschichtliche Entwicklung der Bildungschancen für Kinder mit Behinderungen skizzieren, um dann auf die heutige Situation einzugehen.

“Es ist unsere Pflicht als Tansanier und als Sozialisten, in unserem Land Pläne zu erstellen, die ihnen [gehörlosen Menschen Anm.] und allen anderen Behinderten zur Gänze die Teilnahme an der Entwicklung unseres Staates ermöglichen.”¹¹³

4.4.1 Geschichtlicher Überblick

Der Bildungsbereich in Tansania erfuhr nach der Unabhängigkeit 1961 große Veränderungen. Die vormals zentralistische Schulpolitik mit Entscheidungsgewalt der Zentralregierung ersetzte Nyerere's Regierung ab 1972 durch eine dezentralistische Politik. Die Regionalverwaltungen waren von da an für Grundschulwesen und Erwachsenenbildung verantwortlich, während das Bildungsministerium weiterhin für das höhere Schulwesen und die Sonderpädagogik zuständig blieb.

1977 verkündete die Regierung die *Declaration of Universal Primary Education*, mit dem Erfolg, dass in den Folgejahren eine Einschulungsquote von achtzig Prozent erreicht wurde. (vgl. Thorburn & Marfo 1990: 265f)

Julius Nyerere, der auch in der Bildungsfrage das in der Erklärung von Arusha¹¹⁴ formulierte Prinzip der *self-reliance*¹¹⁵ vertrat, thematisierte das Recht

¹¹³ “Vile vile ni wajibu wetu, kama Watanzania na kama wajamaa, kuweka mipango katika nchi yetu itakayowasaidia hawa na vilema wengine wote waweze kushiriki kwa ukamilifu katika maendeleo ya taifa letu.” Übersetzung M. K. (Julius Nyerere zitiert nach Lema et al. 2004: 118) zu Ujamaa und self-reliance siehe auch Coulson, 1979; Boesen, 1977; Schicho, 2004

¹¹⁴ “The Arusha Declaration era saw major shifts in the education system with [the] introduction of Education for Self Reliance. This was a philosophical underpinning, which aimed at stripping the existing education system of its elitist nature in favour of a system that would prepare recipients of education to take a proactive role in [the] transformation of the society by combining theoretical with practical knowledge.” (Misago 2005: 36)

auf Bildung von Kindern mit Behinderungen. „[...] die Erklärung von Arusha erklärt klar, dass sich unsere Nation dazu bekennt, die Verantwortung für unsere schwächeren Mitbürger zu übernehmen: die Blinden, Gehörlosen, Körper- und geistig Behinderten.“¹¹⁶ (Nyerere zitiert nach Lema et al. 2004: 116)

Nyerere bezog sich dabei auf die Universalität der Menschenrechte, zu der sich die Vereinigte Republik von Tansania und Sansibar durch die Unterzeichnung der Universalen Menschenrechtserklärung als auch durch die Verfassung des tansanischen Staates verpflichtet hatte.

„[In den Schulen für spezielle Bedürfnisse] wird ihnen beigebracht, selbstständig zu sein, sich selbst zu erhalten; und sie bekommen die Ausbildung, die ihnen die Selbstständigkeit ermöglichen wird. Dies steht in Übereinstimmung mit den Menschenrechten; und es entspricht der politischen Ausrichtung unseres Staates.“¹¹⁷ (ibid: 118)

Nyerere ging sogar noch einen Schritt weiter in Richtung Inklusion: „[...], ihnen den **Zugang zu regulären Schulen** zu ermöglichen, und sicherzugehen, dass wir selbst und unsere Kinder sie unterstützen [...].“¹¹⁸ (ibid, Hervorhebung M.K.)

Auch wenn diese Aussagen wohl hauptsächlich ideologische Phrasen ohne große reelle Wirkung darstellen, zeigen sie doch eine nahezu inklusive Geisteshaltung, die fast fortschrittlicher wirkt als die heutige Situation bzw. die Aussagen heutiger PolitikerInnen.

¹¹⁵ Das Prinzip der self-reliance zielte auf Tansanias (wirtschaftliche) Eigenständigkeit, ab und sollte das Land unabhängig von externen (kapitalistischen) Einflüssen machen. (vgl. Cliffe 1997: 256; Schicho 2004: 327; Hakielimu 2004a: 5)

¹¹⁶ „[...] azimio la Arusha linatamka wazi wazi kwamba Taifa letu limekubali wajibu wa kuwaangalia wananchi wenzetu wasiojiweza: vipofu, viziwi, viwete, na wagonjwa wa akili.“ (Übersetzung M.K.)

¹¹⁷ „[Katika shule mbalimbali za mahitaji maalum] wanafunzwa jinsi ya kujisaidia, wanafunzwa kujitegemea; na wanapata ufundi utakaowawezesha kujitegemea. Jambo hilo linalingana na haki za binadamu; na liko katika mstari wa siasa ya nchi yetu.“ Übersetzung M.K.

¹¹⁸ „Ni wajibu wetu kuhakikisha kwamba wanapata nafasi ya kuingia katika hizo shule za kwawaida, na kuhakikisha kwamba sisi wenyewe na watoto wetu tunawasaidia [...].“ Übersetzung M.K.

4.4.2 Bildung heute

Das *Salamanca Statement and Framework for Action on Special Needs Education* von 1994, von Tansania ratifiziert, fordert den regulären Schulbesuch für Kinder mit Behinderungen. (vgl. UNESCO 1994, Art. 18)

Wie in Kapitel 3.2 erwähnt, profitieren jedoch Kinder mit Behinderungen in Tansania noch wenig vom Anspruch „Bildung für alle Kinder“.

Im Jahr 2003 nahmen nur 176 der mehr als 13.600 Grundschulen auch Kinder mit Behinderungen auf. (vgl. URT 2003a: Table Special Needs Education Statistics) 2004 besuchten weniger als ein Prozent der Kinder mit Behinderungen die Grundschule (vgl. Misago 2005: 14), während die allgemeine Einschulungsrate bereits bei über 90% lag (vgl. URT 2005a: 4).¹¹⁹

In der Sekundarschule fällt der Anteil der SchülerInnen mit Behinderungen noch weiter ab. 2003 waren insgesamt nur 721 SchülerInnen mit Behinderungen in Sekundarschulen registriert. (vgl. Ministry of Foreign Affairs of Finland 2005: 14)

Bevor ich auf die Hauptprobleme im Zugang zu Bildung eingehe, möchte ich kurz die drei wichtigsten Konzepte vorstellen, in deren Rahmen Kinder mit Behinderungen in Tansania lernen.

Die Klärung der Begriffe Segregation (Sonderpädagogik), Integration und Inklusion ist wichtig, da sie in der Praxis immer wieder verwechselt und vermischt werden. Selbst MitarbeiterInnen tansanischer DPOs und NGOs sowie Beamten im Bildungsministerium und den regionalen Behörden unterscheiden oft nicht klar zwischen den einzelnen Konzepten.¹²⁰

¹¹⁹ Anmerkung zu den Zahlen: Die Zahlen schwanken erheblich in den verschiedenen Regierungsdokumenten und Studien der Zivilgesellschaft und sollten daher als bloße Schätzungen verstanden werden.

¹²⁰ So auch bei einem Workshop von ICD im Dezember 2006, an dem ich teilnehmen konnte. Dort hielten die TeilnehmerInnen jegliches Engagement für Menschen bzw. Kinder mit Behinderungen für Inklusion oder verwechselten Inklusion mit integrativen Schulformen.

EXKURS: Segregation – Integration – Inklusion

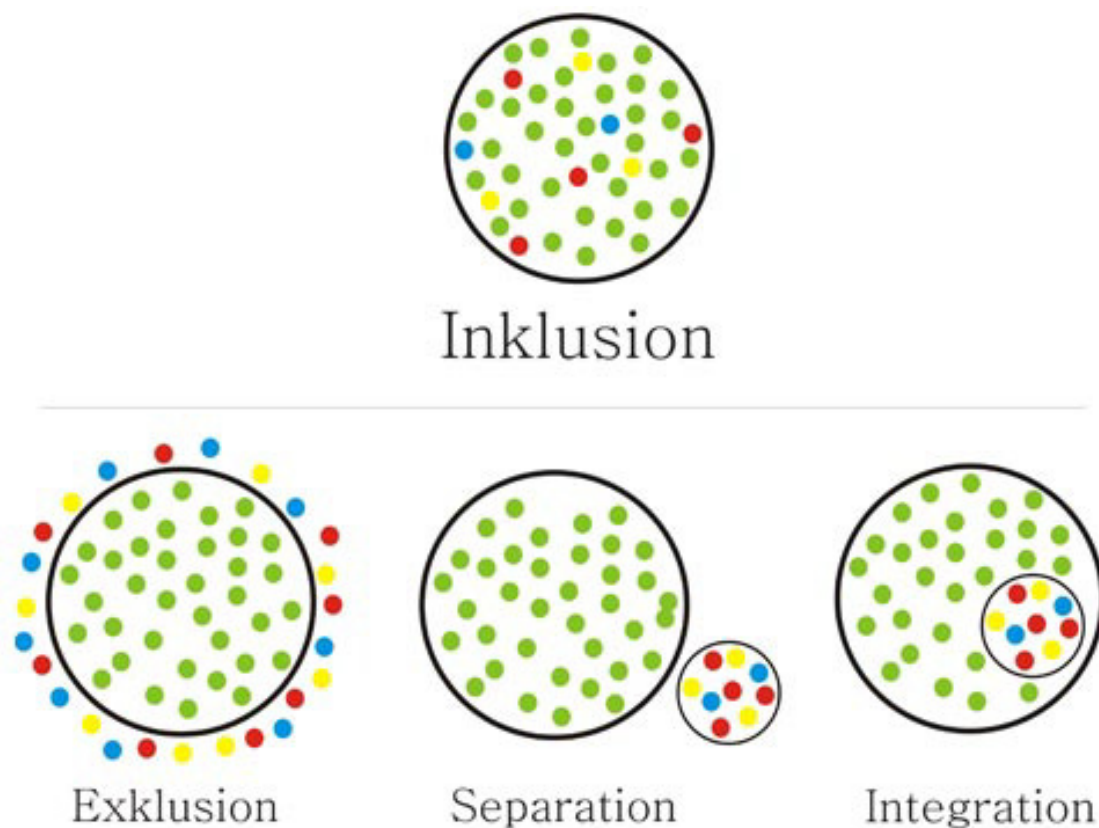


Abbildung 2: Exklusion/Separation - Integration – Inklusion

(<http://www.inklusion-olpe.de/inklusion.php>)

Segregation oder Separation wird in Sonderschulen praktiziert. Kinder mit Behinderungen seien demnach nicht fähig, in regulären Schulen dem Unterricht zu folgen. Stattdessen werden sie von speziell ausgebildeten SonderpädagogInnen betreut.

Problematisch beim sonderpädagogischen Ansatz ist, dass stets das Kind als Problem oder „defizitär“ betrachtet wird. Das Kind habe spezielle Bedürfnisse, brauche eine unterstützende und schützende Umgebung und sonderpädagogisch geschulte LehrerInnen. Im Gegensatz zu inklusiver Bildung war und ist *special needs education*, d.h. Sonderpädagogik auch in Tansania ein geläufiger Ansatz. Allerdings gibt es nur wenige, größtenteils von kirchlichen Organisationen oder NGOs geleitete, Sonderschulen. (vgl. UNESCO 1997: 47f; Rutachwamagyo 2005: 23-25)

Integration bedeutet, dass Kinder, die aufgrund ihrer Beeinträchtigung bisher keinen Zugang zu Schulbildung hatten, in reguläre Schulen aufgenommen werden. Dem Integrationsansatz zufolge muss das Kind so gefördert werden, dass es dem Unterricht folgen kann. Nicht das Umfeld muss sich also ändern, sondern das Kind mit Behinderung.

Integration als Leitbild im tansanischen Schulsystem wurde in den vergangenen Jahren zwar verfolgt, das Ergebnis ist allerdings dürftig. 159 Integrationsklassen wurden im Umfeld regulärer Schulen gegründet (vgl. Rutachwamagyo 2005: 11), der Begriff Segregation wäre hierbei aber zutreffender. *“At these so-called units, children and young adults are literally dumped in separate makeshift classes where they spend years without ascending to upper grades.”* (Rutachwamagyo 2005: 11)

Das Konzept der **Inklusion** folgt dem Menschenrechtsansatz, wonach jeder Mensch das Recht auf Bildung hat. Inklusion geht davon aus, dass alle Kinder am regulären Schulsystem und im Klassenverband teilhaben sollen. *“One goal of inclusion is for every school to be ready in advance to accept children with diverse abilities.”* (Loreman et al. 2005: 2) Dafür ist oft eine grundlegende Änderung des Systems und der Curricula notwendig, um Diversität im Klassenraum zu ermöglichen.

„Für den Bildungsbereich bedeutet dies einen uneingeschränkten Zugang und die unbedingte Zugehörigkeit zu allgemeinen Kindergärten und Schulen des sozialen Umfeldes, die vor der Aufgabe stehen, den individuellen Bedürfnissen aller zu entsprechen - und damit wird dem Verständnis der Inklusion entsprechend jeder Mensch als selbstverständliches Mitglied der Gemeinschaft anerkannt.“ (Hinz 2006: 97f)

Inklusion umfasst mehr als nur die Schule, sie zielt auf das gesamte Umfeld – Eltern, Lehrkräfte, SchülerInnen, die Gemeinschaft und die Politik – ab, um Lernen und eine inklusive Gesellschaft für alle möglich zu machen.¹²¹

Vom Paradigma, dass das System für *alle* Kinder offen sein muss (vgl. Art. 24, CRPD), ist Tansania noch weit entfernt. Weniger als zwei Prozent der

¹²¹ vgl. Disabled Peoples International Position Paper on Inclusive Education http://www.dpi.org/lang-en/resources/topics_detail?page=75

Grundschulen im Land bieten Plätze für Kinder mit Behinderungen. (vgl. Misago 2005: 31; URT 2006a, Table 5.2.) Ob diese Schulen den Prinzipien der inklusiven Pädagogik entsprechen, ist zweifelhaft. Der Idealfall von Inklusion *“[...] everyone belongs, is accepted, supports, and is supported by his or her peers and other members of the school community in the course of having his or her educational needs met”* (Stainback & Stainback 1990, zitiert nach Walther-Thomas 2000: 4) scheitert meist an den realen Bedingungen und Barrieren.

Diese Barrieren, die auch in den Interviews angesprochen wurden, sollen im Folgenden zusammengefasst werden.

Institutionelle Barrieren

Inzwischen gibt es in Tansania zwar eine allgemeine *Policy* zu Behinderung (Kapitel 3.3), ein Behindertengleichstellungsgesetz (Kapitel 3.6) und eine eigene Strategie zu inklusiver Bildung (Kapitel 3.2), die Umsetzung in den vergangenen Jahren verlief jedoch schleppend. Die DPOs kritisieren, dass der Politik dieses Thema nicht wichtig ist, und es daher bei den Verpflichtungen auf dem Papier bleibt. *“The government is going very slow [...]. Some of the stakeholders say, inclusive education is just to build a special class in the school while we say, ‘inclusive’ means to make sure that you are mixing children with disabilities with others in the class, so they can learn and understand from each other.”*¹²²

Ressourcen

Ressourcenmangel in Bezug auf Bildung umfasst verschiedene Bereiche. Die finanzielle Lage der Familien von Kindern mit Behinderungen spielt – mangels ausreichender Unterstützung durch den Staat¹²³ und trotz des freien Schulzugangs – eine wichtige Rolle dabei. Um beispielsweise den Schulbesuch eines Kindes mit einer körperlichen Behinderung zu ermöglichen, müssen die Eltern zusätzlich zu den allgemeinen Ausgaben für Schuluniform, Bücher und

¹²² Interview Godwin Sanava, ICD

¹²³ zB für die barrierefreie Adaptierung von Schulen, für Lehrertrainings, Unterstützungszahlungen für arme Familien mit Kindern mit Behinderungen, Unterrichtsmaterial, Unterstützungsbehelfe wie Brillen, Prothesen, Hörgeräte etc. (Interview Hosea Kalumuna, Ministry of Education and Vocational Training)

dergleichen auch für einen Rollstuhl aufkommen und dafür sorgen, dass das Kind sicher zur Schule und wieder zurückkommt. (vgl. Misago 2005: 74f)

*“Education really is a very, very big problem because there are not enough facilities. For example, for the blind children there is no Braille [equipment], there are no specialist teachers. There are no specialist teachers for sign language for deaf students and most schools are not accessible for physically disabled [children].”*¹²⁴

Dazu kommen inoffizielle Zahlungen, die von den Eltern erwartet werden, wie zB Unterstützungsbeiträge für die Lehrkräfte.¹²⁵

Weniger als ein Prozent der Lehrkräfte in Tansania haben eine Ausbildung oder praktische Erfahrung mit Sonderpädagogik und inklusiver Bildung. (vgl. URT 2009: 19) Zwar soll dieses Problem durch gezielte Maßnahmen in der Strategie zu inklusiver Bildung behoben werden, bislang war das Angebot an Kursen und Weiterbildung allerdings sehr dürftig.¹²⁶

In den meisten Schulen und Schulbezirken fehlen sonderpädagogisch geschulte Lehrkräfte. Eine Lehrerin in Mwanga berichtete mir, dass ihre Schule dringend zusätzliche GebärdensprachlehrerInnen benötige, ihre Schule aber weder deren Gehälter bezahlen noch ausreichend geschulte Personen finden könne.

Soziale Barrieren

“A prevalent form of discrimination [...] is the unwillingness of parents to spend money on their disabled children to meet those children’s basic needs,” bemerkt Rwezaura (Rwezaura 2000: 334) und fasst die Gründe für Diskriminierung als Zusammenspiel ökonomischer und sozio-kultureller Faktoren zusammen.¹²⁷

Vor allem in den entlegeneren Regionen ist das Wissen über Rechte und Möglichkeiten von Kindern mit Behinderungen noch sehr begrenzt. Eltern, Schulbehörden und die Gemeinschaft wissen häufig gar nicht über

¹²⁴ Interview Godwin Sanava, ICD

¹²⁵ Interview Ester Kaaya, Lehrerin in Mwanga

¹²⁶ Ein Interviewpartner aus dem Bildungsministerium sprach von einwöchigen Kursen für Lehrende, um die Grundlagen inklusiven Unterrichts zu lernen.

¹²⁷ Ähnliche Argumente und Fallbeispiele zitierten meine InterviewpartnerInnen, wobei Aberglaube und Vorurteile ebenfalls häufig thematisiert wurden.

Ausbildungs- und Rehabilitationsmöglichkeiten Bescheid. “[...] *the majority of parents/guardians indicated that they were unaware that children with disabilities such as visual and hearing disabilities could be enrolled in normal classes.*” (Misago 2005: 93)

Viele Familien sind, da es keine entsprechenden Aufklärungskampagnen gibt, überzeugt, dass die Investition in die Ausbildung eines Kindes mit Behinderung Verschwendung wäre. *“To me I find it as wastage of time and money to invest on educating a child with a disability like mine [...]. She cannot perform well in a classroom. I think even her intelligence is affected. After all she is incapable of doing any job. Who is going to employ her even if she does well in school?”* (Misago 2005: 73, Zitat eines Elternteils eines Kindes mit Behinderung)

Auch die bereits in Kapitel 4.3.1 angesprochenen Ängste von Eltern vor den Gefahren und Diskriminierungen, denen ihre Kinder im Schulumfeld ausgesetzt sein könnten, ist ein Grund für die niedrige Einschulungsrate von Kindern mit Behinderungen.

“Children with disabilities enrolled in ordinary primary schools usually face challenges of being laughed at, ridiculed, and branded names to the extent of discouraging them and making them feel that they are wrongly placed. If the child is not strongly willing, he/she might drop out of school. I do not want my child to face such challenges.” (Zitat eines Elternteils eines Kindes mit Behinderung in: Misago 2005: 94)

*“The parents don’t understand how their disabled children can help them. They don’t believe that they can achieve something for society. We have to educate the parents and sensitise the community about sending the children to school. We have to educate them that disability is not inability.”*¹²⁸

Der Ausschluss von Kindern mit Behinderungen aus dem Bildungssystem zieht einen Kreislauf weiterer Diskriminierung nach sich. Keine Bildung bedeutet keine Möglichkeit auf gut bezahlte Arbeit. Kein Einkommen bedeutet kein Geld

¹²⁸ Interview Pancrasia Paul, ICD

für die Lebenskosten, einschließlich ausgewogener Ernährung und medizinischer Versorgung. Behandelbare Krankheiten wie Malaria können so zu weiteren Behinderungen und bis zum Tod führen.

“To abandon a person in respect to education means to throw him straight out of other sectors as well. For example health care: Many persons with disabilities do not have the ability to pay as they do not have education hence they don’t have employment. This means they lack the means to pay and the result is that many die from diseases which could be treated.”¹²⁹

4.5 Arbeitsmarkt und sozialer Schutz

Die relativ junge Entwicklung, Menschen mit Behinderungen als potentielle ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen zu sehen, mag mit ein Grund für die hohe Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen sein. (Sinka 2001: 2) Verlässliche Daten über Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen sind, wie auch allgemeine Statistiken zu Behinderung, rar.¹³⁰

2009 erstellte die ILO eine Studie, um die direkten und indirekten Kosten von Exklusion zu erheben, und analysierte dabei auch die Situation in Tansania.

480 Millionen US-Dollar oder 3,76% des Bruttonationaleinkommens gingen demnach der tansanischen Wirtschaft pro Jahr verloren, weil Menschen mit Behinderungen vom Erwerbsleben ausgeschlossen sind.¹³¹ (vgl. ILO 2009b: 41)

Ursachen für diese Exklusion, ob im formellen oder informellen Sektor, sehen ILO und WHO in einer Kombination aus Umweltbarrieren – unwegsames Gelände, nicht barrierefreie Arbeitsplätze – und sozialen Barrieren – Vorurteile,

¹²⁹ Interview Kondo Seif, SHIVYAWATA

¹³⁰ CCBRT und die Jobagentur RADAR Development führten 2010 eine Studie in 126 Unternehmen in Dar es Salaam durch. Demnach waren nur 0,7% der Angestellten dieser Firmen Menschen mit Behinderungen. Siehe <http://www.radardevelopment.com/about-us/disability-survey/>

¹³¹ Anmerkung: Da die Studie noch von einem, inzwischen nach oben revidierten, Anteil von Menschen mit Behinderungen an der Bevölkerung von zehn Prozent ausgeht, dürften die tatsächlichen Zahlen noch höher sein.

niedrige Investition in (Aus)Bildung und Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen. (vgl. ILO 2009b: 50f; WHO 2011: 44, 235-252)

Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen meiner Befragungen in Tansania. Da öffentliche Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen so spärlich sind, liegt es häufig an Einzelinitiativen von Kirchen, NGOs, Selbsthilfegruppen oder DPOs, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Oft sind diese auf das städtische Umfeld beschränkt, wo die meisten DPOs und NGOs ihren Hauptsitz haben:

Das *Tanzania National Institute for the Blind* (TNIB) etwa bietet seinen KlientInnen eine Ausbildung in praktischen Berufen wie Weben, Schneidern oder Schmuckherstellung.

Das *Inclusive Tanzania Network* (MTAJU) organisierte 2008 Computerkurse für blinde und sehbehinderte Menschen und stattete sie mit Lesegeräten und der notwendigen Software aus.

Die finnische Abilis-Stiftung vergibt Start-Förderungen an Kleingruppen von Menschen mit Behinderungen, mit denen diese ihre Geschäftsideen umsetzen können.

Die *Wonder Welders* oder das *Mabinti Centre*¹³² in Dar es Salaam sind weitere interesssante Initiativen, die Menschen mit Behinderungen Ausbildung und Beschäftigung bieten.

Wiewohl diese Art von Projekten wichtige Chancen für die kleine Zahl von Menschen, die sie erreichen, bieten, stellen sie doch nicht mehr als punktuelle Maßnahmen dar, die kaum reellen Zugang zum regulären Arbeitsmarkt schaffen. Weder diese noch die vereinzelt staatlichen Berufsschulen wie das *Yombo Rehabilitation Centre* können den tatsächlichen Bedarf an Bildungsangeboten decken. Um dies zu ermöglichen, ist eine tiefgreifende Änderung des gesamten Bildungssystems sowie umfassende Informationsarbeit¹³³ nötig.

¹³² <http://www.wonderwelders.org/about.php>; <http://www.karamagifts.com/pages/mabinti>

¹³³ Beispiel einer erfolgreichen bewusstseinsbildenden Kampagne, siehe <http://vimeo.com/24815195>

“For those few who have an education, some of them are self-employed, some have joined groups to do small-scale business, and at least their lives are good. But even if they have maximum education, to get employment is tough.”¹³⁴

“Most of the families with persons with disabilities are poor. For example, if you talk about children with disabilities, their parents have to take care of these children, so they are not able to work fully.”¹³⁵

Zusammengefasst erschweren Diskriminierung, Vorurteile und institutionelle Barrieren Menschen mit Behinderungen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Obwohl diese Diskriminierung gemäß dem *Employment and Labour Relations Act* von 2004 verboten ist, ist der Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen de facto nicht funktional, wie mir meine InterviewpartnerInnen schilderten.¹³⁶

“When you come to an organisation or a company to apply for a job and they see that you have a disability, they will ask, how can I work with a disabled person? They will say, we don't have facilities for persons with disabilities, no accessibility and so on. So someone else will get the job and not the person with disability.”¹³⁷

Die von der ILO skizzierten Rahmenbedingungen, die Behinderung umfassend berücksichtigen und Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zu Ausbildung und Arbeit bieten (vgl. ILO 2009a: 4) existieren in Tansania also bislang nur auf dem Papier und bedürfen dringend der praktischen Umsetzung.

¹³⁴ Interview Mohamed Kajembe, ICD

¹³⁵ Interview Evena Massae, Tanzania Association for the Mentally Handicapped (TAMH)

¹³⁶ Die Vertreter des Dachverbands und des Legal and Human Rights Centre beschrieben beispielsweise den Zugang zu Gericht und fairen Verhandlungen als nahezu unmöglich für Menschen mit Behinderungen, aufgrund von Barrieren wie Kosten, fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten (zB Gebärdensprach-Dolmetsch), Infrastruktur und Vorurteilen der Gerichtsbarkeit.

¹³⁷ Interview Pancrasia Paul, ICD

“Our decision makers are the product of society. They bring those attitudes with them, so when they make laws, they don't consider us.”¹³⁸

4.6 Politische Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen

Ein Mitarbeiter des tansanischen Dachverbandes der Menschen mit Behinderungen verweist auf das Paradoxon, dass zehn Prozent¹³⁹ der Bevölkerung von Tansania durch nur zwei Abgeordnete im Parlament vertreten werden. *“They say that Dar es Salaam has three million inhabitants, and it has seven or eight parliamentarians. But there are not more than two special seats for persons of disabilities. Now, how can it be that persons with disabilities are only represented by two people?”¹⁴⁰*

Diese *“special seats”* vergibt die Regierungspartei CCM an VertreterInnen marginalisierter Gruppen¹⁴¹, was die DPOs als leeres Zeichen und Almosen werten. Sie kritisieren, dass diese Abgeordnete keinerlei Handlungsspielraum haben, sondern eng an die Regierungslinie gebunden sind. *“They fail to have the liberty to speak their mind concerning persons with disabilities.”¹⁴²*

Im Vergleich zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005 beobachteten die Behindertenverbände bei den Wahlen 2010 Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen.

Fünf Abgeordnete mit Behinderungen zogen in das Parlament ein, allerdings war nur einer von ihnen tatsächlich direkt gewählt worden. Die übrigen erhielten

¹³⁸ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, Direktor ICD

¹³⁹ Anm.: gemäß der Schätzung der Vereinten Nationen, dass zehn Prozent der Bevölkerung eines Landes Menschen mit Behinderungen sind, 2011 wurde diese Schätzung auf fünfzehn Prozent revidiert.

¹⁴⁰ *“Dar es Salaam wanasema ina watu milioni tatu lakini ina wabunge saba au wanane, lakini kuna special seats wasiopungua wawili. Sasa inakuwaje watu wenye ulemavu wawakilisha na watu wawili tu?”* (Interview Kondo Seif, SHIVYAWATA)

¹⁴¹ Es gibt *“special seats”* für weibliche Abgeordnete und für Menschen mit Behinderungen. Als Reaktion auf die Morde an Menschen mit Behinderungen der jüngsten Zeit vergab der Präsident einen der zehn Sitze an eine Frau mit Albinismus.

¹⁴² Interview Kondo Seif, SHIVYAWATA

die erwähnten *“special seats“*. WählerInnen mit Behinderungen¹⁴³ berichteten, zumindest in einigen Wahllokalen, von verbesserter Unterstützung am Wahltag. Das nationale Wahlkomitee produzierte in Zusammenarbeit mit den DPOs eine Informationsbroschüre in barrierefreien Formaten (Braille, einfache Sprache, Großdruck), und in einigen Wahlbüros standen die Wahlkarten auch in Braille zur Verfügung. (vgl. CCBRT 2010: 5-7)

Die DPOs kritisierten allerdings *“inaccessible polling stations, inaccessible information, limited involvement of people with disabilities in political parties, failure of NEC to ensure that all directives [...] and promises to people with disabilities are effectively implemented, stigma towards people with disabilities and lack of an intensive voters’ education programme [...]“* (CCBRT 2010: 41) Hinzu kommt, dass diese Studie nur in Dar es Salaam durchgeführt wurde. Es ist anzunehmen, dass die Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen in ländlichen Gebieten wesentlich eingeschränkter waren.

Ein von UNDP koordiniertes *Election Support Project*¹⁴⁴ legte neben allgemeiner WählerInnen-Bildung einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Barrierefreiheit und Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen. Dieser Schwerpunkt beinhaltete Workshops für Wahl-Komitees und politische Parteien, sowie eine Konferenz mit Behindertenverbänden und NGOs und spezifische Trainings und Materialien für Wahlberechtigte und KandidatInnen mit Behinderungen.

Auch die DPOs engagierten sich im Vorfeld der Wahlen, indem sie ihre Mitglieder über ihr Wahlrecht und das Wahlprozedere aufklärten und die Parteien sowie das nationale Wahlkomitee (NEC) lobbyierten.

In der Folge nahmen die Regierungspartei CCM und die Demokratische Partei CHADEMA Verweise auf Menschen mit Behinderungen in ihre Parteiprogramme auf.

¹⁴³ Wahlrecht und Recht auf Assistenz für Menschen mit Behinderungen siehe <http://www.electionaccess.org/LR/Countries%20M-Z/Tanzania.htm>; Persons with Disabilities Act 2010, Artikel 51

¹⁴⁴ finanziert durch Beiträge in Höhe von 28 Millionen US-Dollar von Kanada, Dänemark, der Europäischen Kommission, Finnland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, Schweiz, Großbritannien und UNDP, siehe <http://www.tz.undp.org/ESP/index.asp>

Dass Menschen mit Behinderungen trotzdem weitgehend „unsichtbar“ im Bereich politische Partizipation sind, zeigt zB der Bericht der EU zu den Wahlen in Tansania – dieser erwähnte Menschen mit Behinderungen nur einmal und beurteilte deren Zugang zum demokratischen Prozess nicht.¹⁴⁵

¹⁴⁵ siehe

http://eeas.europa.eu/delegations/tanzania/documents/page_content/tanzania_final_report_final_en.pdf

5 “Tunadai haki zetu“¹⁴⁶ – Strategien der Behindertenverbände zur Mitgestaltung der tansanischen Politik

In den vorangegangenen Kapiteln wurde in Ansätzen bereits die Rolle der tansanischen DPOs in der Gestaltung der tansanischen Politik und Gesellschaft sichtbar. Sie fordern, auch bestärkt durch internationale Entwicklungen, als gleichberechtigte PartnerInnen ihre Partizipation in Entscheidungsprozessen ein.

Um die anwaltschaftlichen Strategien und die Zusammenarbeit tansanischer Behindertenorganisationen zu analysieren, habe ich mich in meiner Forschung auf ein spezifisches, organisationenübergreifendes Projekt konzentriert. Die Analyse des Projekts soll helfen, Erfolge und Herausforderungen in der Verwirklichung von *Empowerment* zu beleuchten.¹⁴⁷

5.1 Tanzania Jumuishi – das Beispiel des Inclusive Tanzania Netzwerk

Das Projekt “Tanzania Jumuishi” oder “*Inclusive Tanzania – Inclusive Education and Political Participation of People with Disabilities through Empowerment and Capacity Building*” wurde 2005 initiiert.¹⁴⁸ Die Pilotphase umfasste ursprünglich vier Jahre, wobei die ersten zwei Jahre inklusive Pädagogik und die folgenden zwei Jahre politische Partizipation von Menschen mit Behinderung als Fokus hatten.

Das Projekt bzw. dessen Pilotphase wurde von LICHT FÜR DIE WELT Österreich finanziert und in Tansania von einem Konsortium tansanischer DPOs und NGOs mitentwickelt und implementiert. LICHT FÜR DIE WELT unterstützte das Projekt auch im *Capacity Building*. Workshops, Trainings und

¹⁴⁶ Wir fordern unsere Rechte ein.

¹⁴⁷ Die Informationen zu diesem Kapitel stammen aus den von mir durchgeführten Interviews mit MitarbeiterInnen der DPOs und NGOs, aus Projektberichten (mit freundlicher Genehmigung von LICHT FÜR DIE WELT und ICD), Broschüren und teilnehmender Beobachtung

¹⁴⁸ siehe auch <http://www.inclusive-tanzania.org>

Informationskampagnen, deren Themen das Konsortium beschließt, sollten vor Ort zum Aufbau von Ressourcen und mehr Bewusstsein über Rechte und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen beitragen. Außerdem sorgte die österreichische Seite durch Kontakt zu anderen Projekten und Organisationen für Vernetzung im internationalen Bereich.

Die Trägerorganisation in Tansania war die lokale Nichtregierungsorganisation *Information Centre on Disability* (ICD).

Information Centre on Disability:

ICD wurde 1998 von einer kleinen Gruppe von SelbstvertreterInnen aus der Beobachtung heraus gegründet, dass *“there is a lack of research in disability and if one speaks of disability – advocacy or whatever – we don’t have data to substantiate what we argue about. [...] So, the establishment of ICD was an attempt to bridge the gap in a sense to start disability related research to get data and also to make this [research] work accessible.”*¹⁴⁹

Inzwischen betreibt ICD nicht nur ein Informationszentrum und erhebt Daten zu Behinderung in Tansania, sondern führt auch Projekte im Bereich *Empowerment* von Menschen mit Behinderungen, inklusive Bildung, politische Partizipation und wirtschaftliche Entwicklung durch.

*“ICD is fighting for the inclusion of disabled people into the major social fabric [...]. When you are talking about disability you are particularly referring to the three key barriers, that is, attitudinal barriers, physical barriers and institutional barriers. Now, ICD has been addressing the institutional barriers in particular, when we are talking about laws and programmes or policies. If these things recognised disability it would be easy to change the rest.”*¹⁵⁰

Bei ICD laufen alle Projektaktivitäten des *Inclusive Tanzania* Projekts zusammen, das heißt, ein lokaler Projektkoordinator „verwaltet“ das Projekt und assistiert den verschiedenen Gruppen bei ihrer Arbeit.

¹⁴⁹ Interview Henry Wimile, Gründungsmitglied und Vorstand von ICD

¹⁵⁰ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

5.1.1 Struktur des Projekts

Das Konsortium besteht aus nationalen DPOs und NGOs¹⁵¹, die sich mit verschiedenen Arten und Aspekten von Behinderung und den Rechten von Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Die Mitgliedschaft steht im Wesentlichen allen tansanischen Organisationen offen, die sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen engagieren. Das Konsortium hält eine jährliche Vollversammlung ab, in der eine Steuerungsgruppe gewählt wird, die Aktivitäten für das folgende Jahr beschlossenen, neue Mitglieder aufgenommen und die Aktivitäten des vergangenen Jahres evaluiert werden.

Die Steuerungsgruppe ist für die Planung und Umsetzung der in der Vollversammlung beschlossenen Aktivitäten verantwortlich. Zudem werden je nach Bedarf thematische Arbeitsgruppen gebildet, die entsprechend den Zielen und Jahresplänen des Konsortiums verschiedene Projektaktivitäten ausführen. Die Arbeitsgruppen bestehen aus Mitgliedern der Steuerungsgruppe und anderen ExpertInnen, die von der Steuerungsgruppe zur Mitarbeit eingeladen werden. Sie arbeiten unter anderem in den Bereichen Kommunikation, *Capacity Building*, Menschenrechte, Anwaltschaft und Monitoring des nationalen Budgets.

5.1.2 Ziele und Grundsätze des Projekts

Das Oberziel des Projekts ist die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft in Tansania, in der alle BürgerInnen die gleichen Rechte haben. Die Einbeziehung und Mitsprache von Menschen mit Behinderungen in alle Bereiche der Gesellschaft korreliert mit dem internationalen Anspruch der Behindertenorganisationen *“Nothing about us, without us“*.

Der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft führt über Anwaltschaft, Sensibilisierung, Medienarbeit und Vernetzung mit anderen Organisationen und Stakeholdern. Durch den Zusammenschluss in einem Netzwerk sollen zudem

¹⁵¹ Mitglieder: Chama cha Visiwi Tanzania (CHAVITA), Information Centre on Disability (ICD), Mwanga Union of Persons with Disabilities (MUPWD), Tanzania Albino Society (TAS), Tanzania Association for the Mentally Handicapped (TAMH), Tanzania League of the Blind (TLB), Tanzania National Institute for the Blind (TNIB), Tanzania Society for the Blind (TSB), Tanzania Society for the Deaf (TSD), Tanzania Society for the Deaf-Blind (TASODEB)

die Einflussmöglichkeiten der Organisationen von Menschen mit Behinderungen gestärkt werden.

Zu den Grundsätzen des *Inclusive Tanzania Projekts*¹⁵² gehören:

- a) **Partizipation und Empowerment:** Menschen mit Behinderungen als Zielgruppe des Projekts sind hauptverantwortlich für die Ausführung der Projektaktivitäten. Basierend auf dem Anspruch *“Nothing about us, without us”* arbeiten sie selbst für ihre Rechte.
- b) **Bedarfsorientierung:** Aktivitäten werden den Prioritäten und Bedürfnissen der Zielgruppe entsprechend geplant und ausgeführt. Die notwendigen Ressourcen werden von LICHT FÜR DIE WELT gestellt, die Planung und Umsetzung der Aktivitäten obliegt dem Konsortium.
- c) **“Learning by doing“:** Diesem Grundsatz gemäß sollen die Beteiligten ihre in verschiedenen Trainings und Workshops neu erworbenen Techniken und Inhalte praktisch – zB in der Arbeit der Arbeitsgruppen – anwenden.
- d) **Regionalisierung:** Der Projektfokus liegt auf der nationalen Ebene einerseits und der regionalen Ebene andererseits. Die Implementierung des Projekts erfolgt, neben der anwaltschaftlichen Arbeit auf nationaler Ebene, in vier Schwerpunktregionen in Dar es Salaam und Kilimanjaro.
- e) **“Comprehensiveness“:** Im Zusammenspiel lokaler, nationaler und internationaler Aktivitäten sollen einerseits alle Ebenen der Gesellschaft und andererseits nationale und internationale Entscheidungsträger – die im Menschenrechtsansatz identifizierten *“duty bearers”* – angesprochen werden.
- f) **“Lessons learnt“:** Durch die Dokumentation und Weitergabe der Erfahrungen und Ergebnisse des Projekts sollen auch andere Projekte und Bereiche profitieren. Zu diesem Zweck sorgt das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte für die wissenschaftliche Begleitung und Aufarbeitung des Projekts.

¹⁵² vgl. www.inclusive-tanzania.org/projectdescription.php

5.1.3 **Projektaktivitäten und (vorläufige) Resultate**

Die Projektaktivitäten werden, wie in den Grundsätzen erwähnt, in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen des Projekts und den Prioritäten der Zielgruppe in der jährlichen Vollversammlung des Konsortiums festgelegt.

Sie beinhalten anwaltschaftliche Arbeit für inklusive Bildungsprogramme mit Schwerpunkt auf Grundschulen und politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen, Vernetzung mit anderen Gruppierungen und Bereichen der Zivilgesellschaft (zB Frauen, Bildung, Medien), Bewusstseinsbildung in der tansanischen Gesellschaft durch Informationskampagnen und öffentliche Veranstaltungen.

Trainings werden je nach Bedarf der Mitglieder organisiert und abgehalten. Zu den Inhalten dieser Trainings gehören Theorie und Praxis von inklusiver Bildung, Menschenrechte, Umgang mit (barrierefreier) IT und Medienarbeit.

Zwei ProjektkoordinatorInnen – bei LICHT FÜR DIE WELT und ICD – begleiten und messen die Fortschritte des Projekts in Form gemeinsamer vierteljährlicher Berichte, die auch einen Ausblick auf die geplanten Aktivitäten bieten, die Einhaltung der Zielsetzungen überprüfen und Herausforderungen und Handlungsbedarf aufzeigen sollen. In der jährlichen Vollversammlung erfolgt eine Beurteilung der Projektergebnisse, und die Mitglieder identifizieren und diskutieren Herausforderungen und Erfolge.

Zu den Erfolgen des Projekts gehört, dass erstmals ein Zusammenschluss der DPOs gelungen ist. *“Now the relationship [between organisations] is good, especially because of the Inclusive Tanzania Project. Before that, every organisation was dealing with its own issues, but now the project gathered us together. Now we can talk with one language.”*¹⁵³

Außerdem konnte das Projekt durch gezielte Kontaktaufnahme mit anderen Organisationen und Personen mehrere Netzwerke außerhalb des Behindertenbereichs aufbauen, unter anderem ein *Media Disability Network*¹⁵⁴ und ein Netzwerk mit Parlamentsabgeordneten und LokalpolitikerInnen. Durch

¹⁵³ Interview Mohammed Kajembe, ICD

¹⁵⁴ Dadurch sollen auch die Medien eine größere Rolle in der Sensibilisierung zu Behinderung spielen, siehe zB “Teach public disability is not inability, media urged“, The Guardian, 29.08.2009 <http://www.ippmedia.com/>

ICD ist das Netzwerk auch im zivilgesellschaftlichen *Policy Forum* vertreten und kann so die Expertise seiner Mitgliedsorganisationen in politische Gestaltungsprozesse einbringen.

“[...] we have a membership at the Policy Forum, an organisation which deals with government policies. At the Policy Forum we get a chance to speak our mind. Nowadays, whenever they do anything, let’s say they produce some documents, they always produce copies in Braille because we asked them to do so. Whenever they want to do something they come to us to get consultation.”¹⁵⁵

Die Kooperation mit einer “*mainstream*“-Organisation im Bildungsbereich zeigt, wie die Expertise von Menschen mit Behinderungen auch von anderen Organisationen genützt werden kann:

“Haki Elimu had the habit of holding workshops for their staff every two weeks. So sometimes they called us and said, ‘we want to know something about disability issues’. So we go there and hold a workshop on disability, for example about the rights of disabled people.”¹⁵⁶

Ein großer Erfolg für das Projekt und die Förderung von Partizipation war die Teilnahme von VertreterInnen des Inclusive Tanzania Consortiums an der *Public Expenditure Review* (PER).¹⁵⁷ Auf Antrag des Konsortiums wurde entsprechend den Zielen von MKUKUTA ein neuer Unterausschuss gegründet, der sich mit dem Budget für marginalisierte Gruppen (Frauen, Waisenkinder, ältere Menschen, Menschen mit HIV/AIDS und Behinderungen) auseinandersetzt. Dieser Unterausschuss erstellt Studien zur Bewertung der Budgetverteilung und kann Einfluss auf die weitere Budgetentwicklung nehmen. Anstatt also nur von außen durch anwaltschaftliche Arbeit die Regierung zu beeinflussen, ermöglicht die Teilnahme an diesem und ähnlichen Prozessen

¹⁵⁵ Interview Mohammed Kajembe, ICD

¹⁵⁶ Interview Mohammed Kajembe, ICD

¹⁵⁷ Überprüfung der Staatsausgaben – v.a. in Hinblick auf MKUKUTA – unter Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen

den Behindertenorganisationen direkte Mitsprache bei politischen Entscheidungen und Kontrollmechanismen.

Die räumliche Einschränkung der Projektaktivitäten auf Dar es Salaam und Mwanga stellten mehrere Mitglieder in der Vollversammlung in Frage, sie erhofften sich durch eine Verbreiterung des Netzwerks in alle Regionen Tansanias stärkeren Rückhalt für ihre anwaltschaftliche Arbeit. Die räumliche Einschränkung musste daher von der Steuerungsgruppe und der internationalen Partnerorganisation gegenüber den Mitgliedern begründet werden: Das Netzwerk könne einerseits seine Energie und Ressourcen auf kleinem Raum konzentrieren und so raschere Erfolge erzielen, und andererseits sollten die ausgewählten Schwerpunktregionen später als Vorbilder für weitere Projekte und lokalen Wissenstransfer verwendet werden können. Rasche Fortschritte in der ländlichen Projektregion Mwanga, wo die lokale DPO *Mwanga Union of Persons with Disabilities* sehr erfolgreich die lokalen Behörden beeinflusste, unterstützten diese Entscheidung. Gleichzeitig zeigte dieses Beispiel die Schwierigkeit, Strategien gemeinschaftlich zu planen und den Wünschen und Prioritäten der verschiedenen Anspruchsgruppen gerecht zu werden.

Zu den Herausforderungen und Lernerfahrungen des Projekts, die mir besonders häufig genannt wurden, zählt die begrenzte Laufzeit und Finanzierung des Projekts. Die Mitglieder des Konsortiums stellten nach Ablauf des ersten Implementierungsjahres die zeitliche Perspektive des Projekts in Hinsicht auf den Themenumfang in Frage.

„When you are talking about education for just two years and then you switch to other things; that is very unrealistic. [...] How are we going to continue the agenda of education? It's good that we have it, in case we get more sources of funding, we already have the agenda, and so we can carry on. But if that is not the case, we just have to drop the education agenda and switch to political participation and then within two

*years you cannot reach much. There is no sustainability and the little that you could have realised will just perish.*¹⁵⁸

Die Zukunft des Projekts hängt, wie bei den meisten Projekten dieser Art, größtenteils von externen Finanzierungsquellen (INGOs, Entwicklungsagenturen, Stiftungen etc.) ab. Die Mitgliedorganisationen von *Inclusive Tanzania* besitzen kaum eigene Mittel und können auch nur begrenzt so genannte Einkommensschaffende Aktivitäten betreiben. Zwar steht den DPOs auf dem Papier eine Förderung durch die Regierung zu, in der Praxis wird diese aber nicht ausbezahlt. Um dieses Finanzierungsproblem zu lösen und lokale und internationale Unterstützung zu lukrieren, beschloss das Konsortium, eine konkrete Fundraising-Strategie zu entwickeln.

Eine weitere Herausforderung, die sich in den Gesprächen herauskristallisierte, ist die Heterogenität der Mitgliedsorganisationen. Deren Interessen und Ziele stimmen nicht immer überein, da jede Organisation ihrem Profil entsprechend eigene Prioritäten setzt und ihrem Mandat und ihrer Zielgruppe die jeweils größte Wichtigkeit zuschreibt. Dies war auch einer der Gründe dafür, warum sich die DPOs nicht schon früher zu einem Bündnis zusammengeschlossen hatten.¹⁵⁹

In den Interviews war es oft schwierig, die tatsächlichen Verdienste der einzelnen Organisationen oder des Netzwerks zu erkennen – mehrere Organisationen schrieben sich die selben Erfolge zu und oft war nicht klar, mit welchem „Hut“ die Mitglieder bei den verschiedenen Prozessen teilnahmen. Dies zeigt, dass die Mitglieder des Netzwerks den Mehrwert des Konsortiums – *“if you are united, you have a bigger voice”*¹⁶⁰ – noch nicht verinnerlicht haben.

Für eine umfassende Auswertung des Projekts hat meine Feldforschung zu früh stattgefunden. Interessant ist aber, wie sich das Netzwerk in recht kurzer Zeit entwickelte. Neue Organisationen, und damit auch neue Anspruchsgruppen,

¹⁵⁸ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

¹⁵⁹ mehr zum Thema Konkurrenz zwischen Organisationen, Empowerment und Entwicklung einer sozialen Bewegung siehe Kapitel 5.2

¹⁶⁰ Interview Evena Massae, TAMH

schließen sich dem Konsortium an, bringen ihre Expertise ein und fordern die Anerkennung ihrer Prioritäten in der Arbeit des Netzwerks.¹⁶¹

Binnen kürzester Zeit setzten die Mitglieder des Konsortiums Schritte, um sich das Projekt anzueignen, und ihre *Ownership* zu zeigen: Das Konsortium beschloss, das Projekt umzutaufen, entwickelte ein eigenes Logo und arbeitet seither unter dem Namen *“MTAJU – Mtandao wa Tanzania Jumuishi”*.

Durch die Informationsarbeit und Sensibilisierungskampagnen des Konsortiums in den Schulen und Gemeinden der Schwerpunktregionen wächst auch auf lokaler Ebene das Bewusstsein über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In einer Schule in einem Außenbezirk von Dar es Salaam konnte ich zum Beispiel beobachten, wie rasch einfache bewusstseinsbildende Maßnahmen wirken können: Die Eltern sprachen, nachdem sie an einem Workshop von MTAJU teilgenommen hatten, sehr deutlich von den Rechten ihrer Kinder und den Pflichten der Behörden.

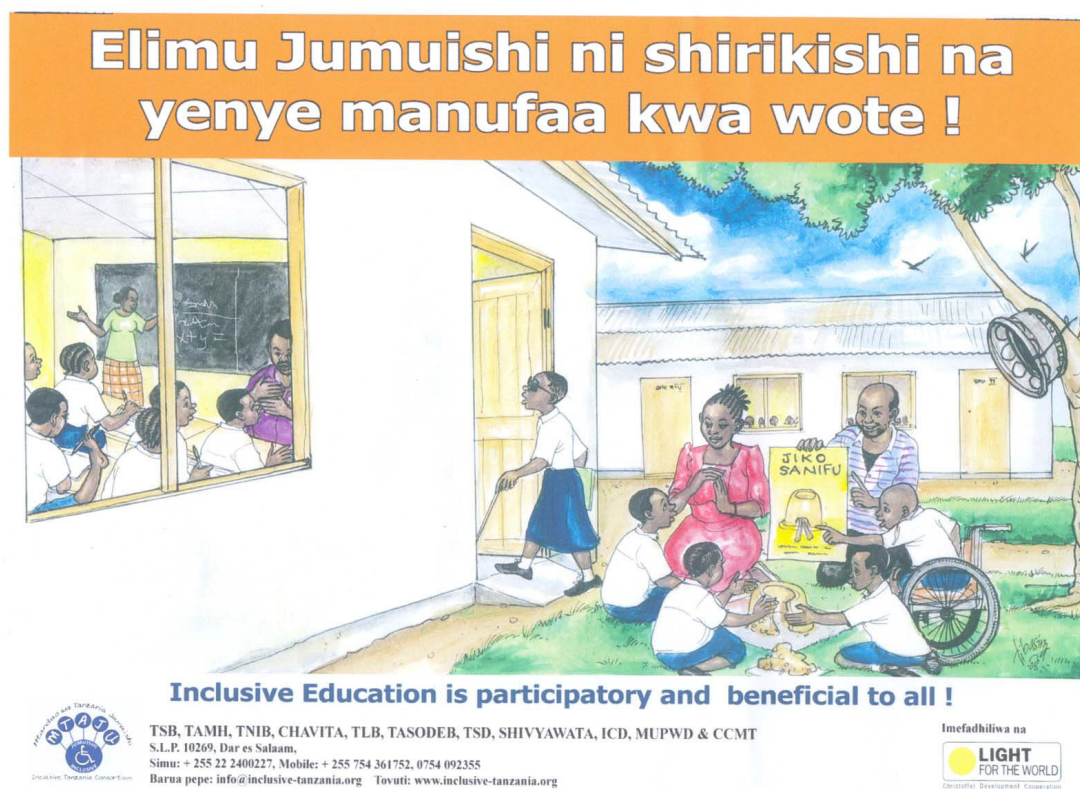


Abbildung 3: MTAJU-Informationsposter zu inklusiver Bildung

¹⁶¹ zB eine Organisation von Frauen mit Behinderungen (VODIWOTA – Voice of Disabled Women Tanzania)

Das MTAJU-Netzwerk und seine Mitglieder nehmen Einfluss auf politische Prozesse wie die Überarbeitung der tansanischen Verfassung oder die Entwicklung der *Inclusive Education Strategy*. Gleichzeitig werden sie seitens der Politik und der Medien als *“Player“* anerkannt. Die Teilnahme an Gestaltungsprozessen scheint trotzdem noch eher willkürlich geregelt zu werden. Das Netzwerk war beispielsweise nicht namentlich beim Beitrag der tansanischen Zivilgesellschaft zur Universellen Menschenrechtsprüfung dabei. Die befreundete Organisation *Legal and Human Rights Centre* nahm aber sehr wohl an den Konsultationen teil und brachte die Rechte von Menschen mit Behinderungen in die Debatte ein. Hier stellt sich die Frage, wie der Informationsfluss zwischen den einzelnen Organisationen erfolgt und wie jeweils über die eigene Beteiligung und den Einsatz von Ressourcen entschieden wird.

Das nächste Kapitel soll daher nochmals die Rolle der DPOs und ihre Vernetzung und Zusammenarbeit beleuchten.

5.2 Auswertung: Rolle und Selbstverständnis der DPOs in der Gestaltung der tansanischen Politik und ihr Weg zu Empowerment

Seit 1981 erkennt die tansanische Regierung, beeinflusst durch internationale Initiativen wie dem Internationalen Jahr der Menschen mit Behinderungen, die Behindertenverbände als rechtmäßige Vertretung von Menschen mit Behinderungen an. (vgl. NPD 2004: 2)¹⁶² Die ältesten DPOs wurden aber bereits, mit Unterstützung kirchlicher Organisationen und der Kolonialregierung, in den 1960er Jahren gegründet.

In den folgenden Dekaden veränderte sich ihr Selbstverständnis und Mandat im Wechselspiel interner und externer Einflüsse. Ausgehend von einer vorwiegenden Service-Funktion in Bereichen wie Bildung, Beschäftigung und Gesundheit entwickelten sie nun eine politische Funktion. Dieser Schritt

¹⁶² Nach Aussage des Direktors von SHIVYAWATA unterstützte Nyerere den Zusammenschluss der Behindertenverbände bereits Anfang der 1980er Jahre.

brauchte, auch aufgrund der starken Abhängigkeit von externen „mildtätigen“ Organisationen, lange Zeit. Oliver argumentiert, dass sich solche – ideologischen wie auch finanziellen – Abhängigkeiten auch auf das *Empowerment* der Organisationen auswirken, was mit Blick auf die tansanischen Behindertenverbände durchaus schlüssig scheint. *“Unfortunately, paternalistic attitudes tend to create dependency and an incapacitating learned helplessness in people with disabilities. It erodes the self-esteem of the recipient of charity.”* (Michael Oliver nach Kisanji 1995: 50)

So begannen die DPOs sich erst langsam ihren Platz und ihre Mitsprache außerhalb ihres unmittelbaren Umfelds – Familie, geschützte, geförderte Werkstätten und segregative Bildungseinrichtungen – in der Gesellschaft und Politik zu erkämpfen.

Ebenso wie das tansanische *Tanzania Gender Networking Programme* (TGNP) erkannten auch die AktivistInnen im Behindertenbereich, dass sie ihre Ziele leichter im Kollektiv anstatt mit einzelnen Organisationen erreichen könnten. (vgl. Mbilinyi & Rusimbi 2005: 285)

Allianzen und Netzwerke innerhalb der Zivilgesellschaft, wie sie das MTAJU-Netzwerk anstrebt, sollen die Entstehung einer sozialen Bewegung fördern und den Organisationen mehr politischen Einfluss verschaffen. Die Einsicht, dass *“persons with disabilities are required to get together and to work together because in working one by one we cannot reach our main goal of being recognised by society and the government”*¹⁶³ führte trotzdem nur langsam zur Entstehung eines Netzwerks.

Die Frage nach der Kooperation der Behindertenverbände und danach, ob in Tansania ein *Disability Movement* existiere, ergab in meiner Feldforschung recht unterschiedliche Antworten. Die einen vermeinten in MTAJU eine vollwertige Bewegung zu erkennen, die anderen konstatierten den Behindertenverbänden Dissonanz, Interessenskonflikte und Machtlosigkeit. Der Grundtenor war, dass das MTAJU-Netzwerk ein erster, wichtiger Schritt für eine Vereinigung der Organisationen ist, im Vergleich zu internationalen

¹⁶³ Interview James Shimwenye, Tanzania Institute for the Blind

Bewegungen aber eher als lose Koalition zu bestimmten Interessensgebieten zu definieren ist.

„The movement is there, but it is not organised. Everyone speaks on his own and for his own goals. There is no system.“¹⁶⁴

Demnach konzentrieren sich die Organisationen hauptsächlich auf ihre eigenen Kernthemen und entscheiden situationsabhängig, wann und wie sie die Stärke eines Netzwerks nützen wollen. Dadurch wird die „Schlagkraft“ des Netzwerks entsprechend gehemmt, und die gemeinsamen Ziele haben streckenweise nachrangige Priorität.

“The problem I see over and over again is, whenever a person with a certain type of disability starts talking about disability, they just advocate a single type of disability. They don’t find common issues, that’s why we don’t have a movement here. We are kind of egocentric. We should aim for change, what Nelson Mandela calls a ‘coalition of people’. What we have now is a coalition without a mission.“¹⁶⁵

“We will act as disability movement, we will work together, and if necessary we will work in our individual organisations. But for the national issues we have to come together.“¹⁶⁶

Der bereits in Kapitel 5.1.3 erwähnte Konkurrenzdruck zwischen den Organisationen – „der Kampf um das größte Stück vom Kuchen“ (Hochwarter 2009: 39) – prägt ebenfalls die Zusammenarbeit und kann der Entwicklung in Richtung *Movement* im Weg stehen.

In meinen Interviews zeichneten sich zusammengefasst die folgenden Ursachen für diesen „Wettbewerb“ ab:

- a) Die Organisationen sind überwiegend von externer Finanzierung abhängig und stehen dadurch oft in direkter Konkurrenz zueinander. Sie

¹⁶⁴ Frederick Mkatambo, Legal and Human Rights Centre, ICD-Vorstand

¹⁶⁵ Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

¹⁶⁶ Kondo Seif, SHIVYAWATA

müssen sich selbst profilieren und Erfolge vorweisen, um von externen Donoren wahrgenommen zu werden.

- b) Die einzelnen Organisationen schienen zu fürchten, durch die Aktivitäten des Netzwerks an eigenem Einfluss und an Sichtbarkeit zu verlieren. Dies erklärt vielleicht auch meine Beobachtung, warum verschiedene Organisationen dazu tendierten, sich dieselben Erfolge zuzuschreiben.
- c) In Hinblick auf die Vernetzung und Zusammenarbeit der Organisationen tritt auch die Frage nach der rechtmäßigen Vertretung von Menschen mit Behinderungen zutage, wie sie auch international Thema ist.¹⁶⁷ *“Some people think ICD is taking their role. So there is a challenge. It is like CHAWATA¹⁶⁸ thinks that ICD is taking their role and SHIVYAWATA¹⁶⁹ also thinks that ICD is taking their role because ICD deals with all kinds of disabilities. So they are afraid that ICD is forming another SHIVYAWATA.”*¹⁷⁰

Der Dachverband der Behindertenorganisationen nimmt erst seit kurzem neben DPOs auch NGOs als Mitglieder auf. Vielleicht ist dies ein Schritt in Richtung einer breiten Koalition Gleichgesinnter, um den erstrebten Wandel zu erreichen.

- d) Auch von Konkurrenz oder persönliche Animosität geprägte Beziehungen zwischen Einzelpersonen dürften die Zusammenarbeit im Netzwerk beeinflussen. *“There is a certain custom, a tendency of criticising each other. ‘This one is incapable, that one is incompetent.’ Things like that, based on individual anger.”*¹⁷¹ Viele der Organisationen, so mein Eindruck, werden von starken Persönlichkeiten geleitet oder sogar dominiert. Oft verbindet sie eine gemeinsame Geschichte, und sie empfinden ihre Ansprechpartner¹⁷² in anderen Organisationen als Konkurrenten, mit denen sie nicht zusammenarbeiten wollen.

¹⁶⁷ Die Behindertenverbände, gegründet und geleitet von SelbstvertreterInnen, sind die rechtmäßige „Stimme“ für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Aber dürfen auch NGOs Anwaltschaft für Menschen mit Behinderungen betreiben? Siehe dazu Shakespeare 2006: 185-197.

¹⁶⁸ Chama cha Walemavu Tanzania – Tanzania Association of the Physically Impaired

¹⁶⁹ Shirikisho la Vyama vya Watu wenye Ulemavu Tanzania – Tanzanian Federation of Disabled People's Organisations

¹⁷⁰ Interview Godwin Sanava, ICD

¹⁷¹ Interview Kondo Seif, SHIVYAWATA

¹⁷² In diesem Fall waren es tatsächlich nur Männer.

Meine InterviewpartnerInnen charakterisierten die tansanische Zivilgesellschaft allgemein als zu wenig „militant“ und zu unterwürfig:

“We just talk in a general language. We say, ‘tunaomba’, we are begging. The government may do this and that. That way has never worked. ‘Tunadai’ – we have to claim our rights.”¹⁷³

“In spite of disability mentioned in the MKUKUTA, things are not happening. Maybe we should not blame the government because unless you make your case a disturbance to the system, no-one will remember you. We’ll remember only those who make the system uncomfortable to get attention. We might not have done enough.”¹⁷⁴

Nach dem *Empowerment* der Organisationen und Einzelpersonen gefragt, gaben die Befragten an, dass die Einbindung der primären Anspruchsgruppe – Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen – eine der größten Herausforderungen darstellt. Für die DPOs ist es teils genauso schwierig wie für die Regierung, die Menschen auf der “Grassroots“-Ebene wirksam einzubinden, weil die Vernetzung mit den ländlichen Regionen nicht stark genug ist.¹⁷⁵ Solange im Namen einer Anspruchsgruppe, aber nicht wirklich partizipativ agiert wird, ist es schwierig, *Empowerment* zu verwirklichen. Der von Craig und Porter verwendete Begriff einer “*surrogate participation*“ (siehe Kapitel 1.2) könnte also auch hier zutreffend sein.

“What we have now is not a force. [...] We do advocacy work but we do not have a constituency to fall back on. We are advocating for people and not with people. We do not transform them to advocate for themselves.”¹⁷⁶

Auf die von Rowlands verwendete Dimension kollektiven *Empowerments* zurückkommend (Kapitel 1.2), wird in Hinblick auf die tansanischen Behindertenverbände deutlich, dass die Eigeninteressen oft stärker wirken als der Wille zur Zusammenarbeit. “*Cooperation among different impairment-*

¹⁷³ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

¹⁷⁴ Interview Henry Wimile, Gründungsmitglied ICD

¹⁷⁵ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

¹⁷⁶ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

specific DPOs for the actual operationalisation is also a challenge due to the diverse needs of disabled people [...].” (Katsui 2008: 16)

Zusammenfassend lässt sich die Zusammenarbeit der tansanischen Behindertenverbände und NGOs vielleicht eher als lose Koalition charakterisieren, als ein einheitliches, starkes *Movement*. Bereits die Vernetzung in den verschiedenen Konsultationsprozessen und Lobbying-Initiativen¹⁷⁷ kann aber die Kooperation stärken und der gemeinsamen Sache – gleiche Rechte und Chancen für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen – dienlich sein.

Die DPOs zeigten sich optimistisch, dass Initiativen wie MTAJU den Grundstein für eine Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen legen.

“They [the organisations] are not united, but we are trying to unite them in the Inclusive Tanzania Project. What we are doing, we have different kinds of DPOs and PDOs working together. Our plan is [...] to move them to network and cooperate.”¹⁷⁸

Und vielleicht bedeutet diese Initiative den Beginn eines starken Movements, das die verschiedenen Chancen für Beteiligung entsprechend zu nutzen weiß.

“Of course the disability movement gained momentum in the International Year of Disabled People and it was followed by the International Decade of Persons with Disabilities, and then we got the UN Standard Rules. You can see that there have been a lot of opportunities internationally and nationally and locally. But as I’m saying, we haven’t been smart enough, not tough enough to take these opportunities.”¹⁷⁹

¹⁷⁷ i.e. in der Erarbeitung der Strategie für Inklusive Bildung oder des *Disability Acts*

¹⁷⁸ Interview Godwin Sanava, ICD/Inclusive Tanzania Project

¹⁷⁹ Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

5.3 Auswertung: Gesetze versus Implementierung

“Despite their impairment, people with disabilities are a resource, which if and when appropriately developed could be of great benefit to themselves and the community at large. There is therefore a grave need to identify their capabilities and talents and devise strategies to develop them.” (NPD 2004: 10)

Diese und ähnliche Aussagen der tansanischen Regierung der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass das Bewusstsein über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch in der Politik steigt. In den vergangenen Jahrzehnten setzte Tansania wichtige Schritte zur Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Diese Entwicklungen sind einer Reihe von Faktoren zuzuschreiben, die sich aus neuen internationalen Rahmenbedingungen, national wachsendem Bewusstsein über die Marginalisierung dieses Teils der Bevölkerung und der erstarkenden Selbstvertretung durch die DPOs zusammensetzt.

In den vorhergehenden Kapiteln wurde aber deutlich, dass in Tansania noch eine große Diskrepanz zwischen gesetzlichem Rahmen und internationalen Verpflichtungen auf der einen Seite und dem tatsächlichen Grad der Implementierung auf der anderen Seite herrscht. VertreterInnen der Zivilgesellschaft¹⁸⁰ und die internationale Gemeinschaft¹⁸¹ kritisieren die Differenz zwischen existierenden Gesetzen und tatsächlicher Umsetzung.

Die teils noch heute gültigen Gesetze aus den 1980er Jahren waren stark auf die damaligen politischen Verhältnisse zugeschnitten und können daher mit den heutigen menschenrechtlichen, sozialen und politischen Anforderungen nicht Schritt halten. Das Beschäftigungsgesetz von 1982 etwa verpflichtet nur die staatlichen Arbeitgeber, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Private Unternehmen werden in dieser Verpflichtung nicht erwähnt.¹⁸²

Bemühungen der Regierung, entsprechend den Vorgaben der CRPD zu handeln, sind zwar sichtbar, stoßen aber in der Praxis oft an ihre Grenzen. Das

¹⁸⁰ *“The Disabled Employment Act No. 2 of 1982 was supposed to protect but the law itself is complicated and not even implemented. It’s just like a thing that has been composed and then put into a cupboard, standing on the shelf.” (Interview Frederick Mkatambo, Legal and Human Rights Centre)*

¹⁸¹ siehe OHCHR 2011, chapter II, paragraph 1, Art. 10, paragraph 2, Art. 13

¹⁸² Aussagen aus den Interviews (ICD, Legal and Human Rights Centre)

Sozialressort (*Department of Social Welfare*) im Ministerium für Jugend, Arbeit und Sport ist nominell für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen und sozial benachteiligten Gruppen zuständig. Den Ministerien für Bildung und Justiz kommt ebenfalls eine Implementierungsrolle, entsprechend ihren Themenbereichen, zu. Vom *Mainstreaming*-Gedanken ist dieser Ansatz weit entfernt, und die DPOs kritisieren diese Zuweisung heftig:

“Everybody in the government thinks that all our problems should be solved by that department. It is the most ill equipped department! Go to the Ministry of Education, they have what they call Special Education Unit. Their staff is less than six and they are supposed to solve all educational problems in the country. A country with more than twenty regions, how can six people manage to do that?”¹⁸³

Internationale BeobachterInnen sehen die gesetzlich verankerten Verpflichtungen noch kaum verwirklicht: *“[...] persons with disabilities were effectively restricted in employment, education, access to health care, and other state services by physical barriers and inadequate financial resources.”¹⁸⁴*

Wie sehr Verpflichtungen und strategische Ansätze auf dem Papier vom tatsächlichen Wissen und Bewusstsein über Rechte von Menschen mit Behinderungen und Inklusion abweichen können, soll ein Zitat eines hochrangigen Regierungsvertreters zeigen:

*“We are aware about the problems which for example children with disabilities face. [...] When they are brought to regular schools after completing standard 7 they cannot perform well because in fact the schools lack appropriate facilities to serve children with special needs. Therefore let us strive to **build a secondary school especially for***

¹⁸³ Interview Kaganzi Rutachwamagyo, ICD

¹⁸⁴ US Department of State, Tanzania Human Rights Report 2010 online-Version

*these children so that we can make sure that they are facilitated according to their needs.”*¹⁸⁵

Während die Einschätzung dieses Ministers stimmt, dass die meisten Schulen nicht für inklusiven Unterricht ausgerichtet sind, unterstreicht seine Aussage dennoch, wie wichtig Bewusstseinsbildung auch für die Regierungsseite, für die *duty bearers*, ist. Andernfalls bleibt es womöglich bei Versprechungen auf dem Papier, und Konzepte wie Inklusion und Separation werden weiterhin missverstanden.

Selbiger Regierungsvertreter sagte den DPOs in seiner recht blumigen Rede vollste Unterstützung der Regierung zu und erkannte die Relevanz von Inklusion und Barrierefreiheit für die gesamte Gesellschaft an:

*“[...] we [the government] love all people with disabilities in the same way we love those without disabilities. Therefore don’t worry at all! We know that some of you might have been born without this disability and we also know that even we who are non-disabled now can become disabled. Therefore it really is the **responsibility of society and of the government** to work hand in hand with you, to get to know your problems. [...] We will come together because all persons with disabilities are our children, they are our brothers and sisters and others are our fathers. That’s why we as part of society are directly involved [in taking care of them].”*¹⁸⁶

Im Rahmen der Universellen Menschenrechtsprüfung (UPR), derer sich Tansania das erste Mal im Jahr 2011 unterziehen musste, thematisierten sowohl die tansanische Zivilgesellschaft als auch die Prüferstaaten gravierende Missstände in der Situation von Menschen mit Behinderungen.¹⁸⁷

Der Aussage einer Regierungsbeamtin zu den Fortschritten in der Implementierung – *“Now, the government takes great effort to recognise that the conditions which were implemented earlier are not sufficient.*

¹⁸⁵ Rede eines Ministers, der in seinem Heimatbezirk Mwanga vor einer Delegation der MTAJU-Mitglieder sprach (Hervorhebung M.K.)

¹⁸⁶ *ibid*

¹⁸⁷ siehe United Nations 2011b; United Nations 2011c.

*Implementation is getting much better now*¹⁸⁸ - widersprechen die Dokumente der UPR sehr deutlich.

Die UPR kritisierte, dass der tansanische Staat die Rechte von Menschen mit Behinderungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Zugang zu Sozialdiensten nicht angemessen gewährleistet. Auch die Stigmatisierung, Verfolgung und Tötung von Menschen mit Albinismus und der mangelnde Schutz durch den Staat waren Gegenstand von Kommentaren und Empfehlungen der Prüferstaaten.

Zudem stellen die zivilgesellschaftlichen BerichterstellerInnen einen gravierenden Mangel an Unterrichtsmaterialien und unzureichende Lehrerausbildung fest.

Die Menschenrechtsprüfung bestätigt im Wesentlichen die Situation, die mir in den Interviews beschrieben wurde. Sie enthält mehrere Empfehlungen, die CRPD und die nationalen Gesetze und *Policies* umzusetzen und vor allem durch Informationskampagnen auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen.

Der Umstand, dass Behinderung in der UPR so umfassend behandelt wird – die Prüferstaaten gaben 11 Empfehlungen zu Behinderung ab – zeigt aber auch, dass sowohl international als auch auf nationaler Ebene ein Umdenken stattfindet und das Bewusstsein über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wächst.

¹⁸⁸ „Serikali sasa ina-put bidii mkubwa kuona kwamba hali inatekelezwa mapema huwezekana. Inaanza kutekelezwa vizuri sana.“ (Interview Susanna Ringo, District Academic Officer in Mwanga, Kilimanjaro)

6 Conclusio

Menschenrechte und menschliche Entwicklung ergänzen und überschneiden sich. Beide zielen auf die Würde, das Wohlergehen und die Gleichberechtigung der Menschen ab. Hinter der bequemen Verallgemeinerung „alle Rechte für alle Menschen“ in den internationalen Menschenrechtsdokumenten versteckte sich allerdings lange Zeit eine gravierende Rechtsverletzung, blieb doch ein großer Teil der Weltbevölkerung¹⁸⁹ in Menschenrechtsinstrumenten und Entwicklungsstrategien „unsichtbar“.

In den vergangenen Jahrzehnten stieg das Bewusstsein darüber, dass der internationale Menschenrechtsrahmen und die Strategien der Armutsbekämpfung gleichermaßen Menschen mit Behinderungen ausgegrenzt hatten. Mit der CRPD soll dieses Versäumnis korrigiert werden. Sie stellt einen direkten Zusammenhang zwischen den Rechten von Menschen mit Behinderungen auf der einen Seite und der Verpflichtung der Staaten(gemeinschaft) zu „inklusivem“ Handeln, auch in der Armutsbekämpfung, auf der anderen Seite her.

Der Umkehrschluss „Armut verursacht Behinderung, Behinderung verursacht Armut“ (Kapitel 2.1) findet in der realen Situation Tansanias Bestätigung. Ein Blick auf die in dieser Arbeit untersuchten gesellschaftspolitischen bzw. institutionellen Bereiche Bildung, Arbeit, Armutsbekämpfung und (politische) Partizipation zeigt, wie Menschen mit Behinderungen Ausgrenzung erleben. Diese Diskriminierung setzt sich aus einer Summe von institutionell-rechtlichen, sozialen, kommunikativen, wirtschaftlichen und Umwelt-Barrieren zusammen, die Armut und Marginalisierung weiter verfestigen.

Gleichzeitig werden aber, wie die Analyse der aktuellen tansanischen Strategien und Gesetze zeigt, Verbesserungen im Zugang zu ihren Rechten sichtbar. Sie ergeben sich aus dem Zusammenspiel der, in den Leitfragen dieser Arbeit genannten, neuen Rahmenbedingungen, den Bemühungen

¹⁸⁹ Eine Milliarde Menschen auf der Welt leben mit unterschiedlichen Formen von Behinderung, etwa 80 Prozent von ihnen sind arm oder armutsgefährdet.

internationaler und nationaler AkteurInnen und dem Paradigmenwechsel von *charity* zu Menschenrechten.

Durch die neue Aufmerksamkeit für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, kulminiert in der Verabschiedung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, steigt der Druck auf die Vertragsstaaten und AkteurInnen von Entwicklung, die Rechte der „weltgrößten Minderheit“ anzuerkennen, zu schützen, zu propagieren und deren Verwirklichung sicherzustellen.

Gleichzeitig trägt dieses neue Rechtsbewusstsein zum *Empowerment* von Menschen mit Behinderungen bei. Sie sind nicht länger passive EmpfängerInnen willkürlicher milder Gaben, sondern, dem Menschenrechtsansatz entsprechend, selbstbestimmte, aktive BürgerInnen, die ihre Rechte einfordern.

Auch wenn diese Arbeit nicht mehr als eine Momentaufnahme der Situation von Menschen mit Behinderungen in Tansania vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen darstellen kann, wird deutlich, wie die verschiedenen Einflüsse und Ebenen ineinander greifen.

Die CRPD und alle Anstrengungen, die zu ihrer Verabschiedung geführt haben, schaffen eine nie da gewesene Verbindlichkeit, die Rechte von Menschen mit Behinderungen gezielt zu schützen und zu verwirklichen. Die Konvention dient als Basis und Werkzeug für das *Empowerment* von Menschen mit Behinderungen in unterschiedlichen Bereichen und auf allen Ebenen. Auch die internationalen Organisationen¹⁹⁰ und EntwicklungsakteurInnen sind bemüht, die Rechte von Menschen mit Behinderungen in ihren Strategien und in der Zusammenarbeit mit Partnerstaaten zu stärken, was wiederum zur tieferen Auseinandersetzung mit Inklusion in Strategien wie den *Poverty Reduction Strategy Papers* führen kann.

¹⁹⁰ Ein Beispiel: Asha-Rose Migiro, tansanische Juristin, ehemalige Außenministerin und stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen (2007-2012), spricht von der Notwendigkeit, Menschen mit Behinderungen alle Rechte zugänglich zu machen und ihre Potentiale und Fähigkeiten anzuerkennen. Siehe <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=39474&#.UPrhD44VdAR>

Wie und warum internationale Entwicklungen auf nationale Prozesse und Prioritätensetzung wirken, war eine der Leitfragen dieser Arbeit. Zwei tansanische Autorinnen aus dem Gender-Bereich stellen dazu ernüchtert fest: *“[...] there is no denying the fact that the overall policy framework is determined by the IMF, the World Bank, the WTO and the donor community as a whole.”* (Mbilinyi & Rusimbi 2005: 307) Für die Erstellung der ersten tansanischen PRSPs trifft diese Einschätzung sehr wohl zu.

Im Zuge meiner Forschung kristallisierten sich zu diesem Thema aber noch weitere Fragen heraus, die ich hier nur aufwerfen kann, ohne sie entsprechend beantworten zu können:

- Gilt diese Prämisse der Fremd- und Außenbestimmung auch für die Konzepte zu Behinderung und Inklusion?
- Haben „westlich“ geprägte Konzepte überhaupt Relevanz für Staaten wie Tansania, wenn sie sich nicht lokal entwickelt haben?
- Wie legitim ist es, wenn Staaten ihre Entwicklungskooperation – und damit ihren finanziellen Einfluss – nutzen, um ihre Konzepte zu exportieren?¹⁹¹

Zu diesen Fragen, deren Beantwortung nicht Teil dieser Arbeit sein kann, nur so viel: Das Forschungsbeispiel „Behinderung in Tansania“ zeigt meiner Ansicht nach gut, wie stark vernetzt Themen und Menschen in unserer globalisierten Welt sind und wie sie sich wechselseitig beeinflussen. Behinderung ist eine universelle, menschliche Erfahrung, und Menschen mit Behinderungen auf der ganzen Welt erleben die damit einhergehende, wenn auch von ihrem jeweiligen Umfeld abhängige, Diskriminierung. Ansätze wie Inklusion und Barrierefreiheit werden von Menschen mit Behinderungen weltweit gefordert. Vermeintlich „westliche“ Konzepte wie inklusive Bildung gibt es zudem in den verschiedensten Kontexten.

Vom Grundsatz der Universalität – sowohl von Behinderung als auch der Menschenrechte – ausgehend, ist es unumgänglich, Behinderung überall, und damit auch in der Entwicklungszusammenarbeit mitzudenken.

¹⁹¹ zB: Finnland war einer der wichtigsten Partner Tansanias im Bildungsbereich und unterstützte intensiv die Entwicklung der Strategie zu Inklusiver Bildung.

Eine weitere Leitfrage für diese Arbeit behandelt wurde, betrifft die Rolle der verschiedenen AkteurInnen im Bereich Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die Auseinandersetzung mit der tansanischen Behindertenbewegung und ihrer Zielformulierung, Inklusion zu verwirklichen, zeigt, dass der angestrebte Wandel nicht nur von oben nach unten, d.h. international zu national zu lokal, erfolgen kann. Vielmehr sind es die betroffenen Menschen selbst, die den durch die CRPD ausgelösten Impuls nützen müssen, um ihre Rechte und Mitsprache einzufordern.

Die tansanischen Behindertenverbände nehmen diese Rolle immer stärker und selbstbewusster wahr. Dabei werden sie aber von internen und externen Barrieren und Herausforderungen „behindert“. Dazu gehören Interessenskonflikte, Unerfahrenheit in anwaltschaftlicher Arbeit, Ressourcenmangel und eine gewisse Scheu vor Konfrontation mit der Regierung.

In Hypothese 1 am Anfang dieser Arbeit ging ich von einer Spannung zwischen dem *Empowerment* von Menschen mit Behinderungen zur Verwirklichung ihrer Rechte und ihrer realen Abhängigkeit von staatlichen und externen Finanzierungsquellen aus – überspitzt formuliert als *“Tunadai haki zetu”* versus *„Beiß nicht die Hand, die dich füttert“*. Hier kommen wir wieder auf die Frage zurück, inwieweit die Prioritäten und Konzepte lokaler AkteurInnen von internationalen oder „westlichen“ Konzepten geprägt werden, vor allem, wenn mit deren Übernahme die Erschließung finanzieller Ressourcen einhergehen kann.

Hypothese 1 besagte auch, dass gesellschaftlicher Wandel von innen und außen verursacht und vorangetrieben werden muss: Nach der Auseinandersetzung mit der Situation von Menschen mit Behinderungen in Tansania kann ich diese Annahme zwar bestätigen, sie muss aber durch wesentliche Ingredienzien ergänzt und mit den Annahmen in Hypothese 2 und den Erkenntnissen aus Kapitel 1.2 weitergedacht werden:

Zur Verwirklichung der Prinzipien der CRPD müssen die Menschen mit Behinderungen durch ihre Vertretungsorganisationen selbst beitragen. Sie

haben unbedingten Anspruch auf Partizipation in allen Entscheidungen, die sie betreffen. Mit der Verankerung von Partizipationsmechanismen, zB in den Konsultationen rund um MKUKUTA oder die Strategie zu Inklusiver Bildung, ist aber noch nicht sichergestellt, dass Menschen mit Behinderungen sich tatsächlich wirkungsvoll beteiligen können. Damit Partizipation kein *“buzzword“* (Kapitel 1) oder ein *“surrogate“* (Kapitel 1.2) für wahrhafte Teilhabe bleibt, müssen der Staat, die DPOs selbst und die internationalen EntwicklungspartnerInnen in den Aufbau von Ressourcen und Kapazitäten investieren.

“You can’t do lobbying on an empty stomach,” sagte mir ein MTAJU-Mitglied. In allen Bestrebungen zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen müssen die Grundbedürfnisse der Menschen auf Grassroots-Ebene Vorrang haben. Hier gilt es daher, Mechanismen und Vernetzungen zu gemeindenahen Programmen zu schaffen, die die Erfüllung grundlegender Rechte gewährleisten, damit wiederum wirksame Partizipation möglich ist.

Zum Schluss kann ich die Ergebnisse meiner Forschung wie folgt zusammenfassen:

Tansanias Behindertenpolitik ist inzwischen größtenteils von einer menschenrechtlichen Sprache geprägt. Dies lässt sich auf verschiedene Einflussfaktoren – die CRPD, ein Umdenken in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, stärkere Partizipation der DPOs – zurückführen, die ineinandergreifen und sich ergänzen. Tatsächliche Veränderungen im Leben von Menschen mit Behinderungen und im Zugang zu ihren Rechten verlaufen aber nur langsam. Die Überwindung von Barrieren, die die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterbinden, obliegt vordergründig dem Staat als *duty-bearer* in enger Konsultation mit der Zivilgesellschaft und internationalen PartnerInnen.

Oft existieren die Rechte von Menschen mit Behinderungen nur auf dem Papier. Solange sich *Policy*-Dokumente und Strategien auf die Formulierung von Zielen und Maßnahmen beschränken, aber weder Mittel¹⁹² bereitgestellt,

¹⁹² Eine angemessene und verlässliche Dotierung für Inklusionsmaßnahmen ist unabdingbar, stellt zB das Kinderrechte-Komitee fest: *“The question of children with disabilities living in*

noch die menschenrechtlichen Konzepte verinnerlicht werden, wird sich an der tatsächlichen Situation der Menschen nicht viel verändern.

Die DPOs werden in der Mitgestaltung der tansanischen Politik immer sichtbarer. Um ein unabhängiger, starker „Watchdog“ zu sein, fehlen ihnen aber sowohl Kapazitäten und Selbstbewusstsein als auch die finanzielle Unabhängigkeit, die freiere Gestaltung ermöglichen würde. Die Rolle von EntwicklungspartnerInnen sollte also auch in der Stärkung von Ressourcen und Kapazitäten sowie der Förderung von *Empowerment* liegen, trotz der möglicherweise längerfristig nötigen Investition, ohne rasche, schnell sichtbare Resultate.¹⁹³

“[...] the promotion of human rights begins with oneself” stellt Peter Uvin in Bezug auf die Konzepte und Sprache von Staaten und anderen EntwicklungsakteurInnen fest. (zitiert nach Schicho 2012: 562)

Gleiches gilt für die zentralen Prinzipien der CRPD, Inklusion, Partizipation und Barrierefreiheit, die den Einsatz für die Rechte von Menschen mit Behinderungen prägen. Nur wenn diese Prinzipien allerorts und von allen AkteurInnen gelebt werden, ist tatsächlicher Wandel möglich.

poverty should be addressed by allocating adequate budgetary resources as well as by ensuring access by children with disabilities to social protection and poverty reduction programmes.” (United Nations 2006: Absatz 3)

¹⁹³ *“Yet the work needed for raising levels of confidence and self-esteem among poor and marginalised people in such a way that will enhance their ability to take charge of their own needs is necessarily time-consuming. It is a process that each individual has to do at her or his own pace.”* (Rowlands 1995: 105)

Literatur- und Quellenverzeichnis

- ALBRECHT, Friedrich und Ute MEISER (Hg.). 1997: Krankheit, Behinderung und Kultur. Studienreihe Behinderte Welt, Bd. 5. Frankfurt/Main: IKO-Verlag.
- ALBERT, Bill and Rachel HURST: Disability and a human rights approach to development. Disability Knowledge and Research. http://disabilitykar.net/research/red_hr.html (letzter Zugriff 31.10.2008)
- BARRON, Tanya and Penny AMERENA (eds.). 2006: Disability and inclusive development. London: Leonard Cheshire International.
- BATLIWALA, Srilatha. 2007: Taking the power out of empowerment – an experiential account. in: Development in Practice, 17/4. pp. 557-565.
- BOESEN, Jannik: Ujamaa. 1977: Socialism from above. Uppsala: Scandinavian Institute of African Studies.
- BOLTON, Giles. 2008: Aid and other dirty business. An insider uncovers how globalisation and good intentions have failed the world's poor. London: Ebury Publishing.
- CCBRT. 2010: The Participation of Persons with Disabilities in Tanzania's 2010 General Elections. Election Report. <http://www.ohchr.org/Documents/Issues/Disability/PoliticalParticipation/NGOs/ResponseCCBRTSurveElectionReport.pdf> (25.08.2012)
- CLIFFE, Lionel. 1997: From independence to self-reliance. in: Kimambo, I.N. and A.J. Temu. (eds.) 1997: A History of Tanzania. Dar es Salaam: Kapsel. pp. 239-264.
- CLOERKES, Günther und Dieter NEUBERT. 1994: Behinderung und Behinderte in verschiedenen Kulturen. Eine vergleichende Analyse ethnologischer Studien. Heidelberg: Schindele.
- COLERIDGE, Peter. 1993: Disability, liberation, and development. UK and Ireland: Oxfam.
- CORNWALL, Andrea and Karen BROCK. 2005: What do buzzwords do for development policy? A critical look at 'participation', 'empowerment' and 'poverty reduction'. in: Third World Quarterly, Vol. 26, No. 7. pp. 1043-1060.
- COULSON, Andrew (ed.). 1979: African socialism in practice: the Tanzanian experience. Nottingham: Spokesman.

- CRAIG, David & Doug PORTER. 2002: Poverty Reduction Strategy Papers: A new convergence. in: World Development Vol. 31, No. 1. pp. 53-69.
- DFID. 2000a: Disability, Poverty and Development.
www.dfid.gov.uk/Pubs/files/disability.pdf (09.02.2008)
- DFID 2000b: Realising Human Rights for Poor People.
<http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+/http://www.dfid.gov.uk/Documents/publications/tsphuman.pdf> (18.08.2010)
- DOLASED. 2005: Report of consultative stakeholders workshop concerning education legislation and policy to guarantee the access to the right of education to persons with disabilities in Tanzania. April, 2005. Dar es Salaam. (unpublished)
- ELWAN, Ann. 1999: Poverty and disability. A survey of the literature. Social Protection Discussion Paper Series No. 9932. Washington: World Bank.
- EUROPEAN DISABILITY FORUM. 2002: Policy Paper Development cooperation and disability.
http://www.iddc.org.uk/joomla/images/IDDC/documents08/edf_dc_and_disability_02.pdf (09.02.2008)
- EUROPEAN UNION ELECTION OBSERVATION MISSION TANZANIA. Final Report October 2010.
http://eeas.europa.eu/delegations/tanzania/documents/page_content/tanzania_final_report_final_en.pdf (25.08.2012)
- EVANS, Alison M. and Ngalwea, ERASTO 2003: Tanzania. in: Development Policy Review, Vol. 21/2. pp. 271-287.
- FIRLINGER, Beate. 2003: Buch der Begriffe. Sprache, Behinderung, Integration. Wien: Integration Österreich.
- FREYHOFF, Geert: Behinderte Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit. Probleme – Ansätze – Perspektiven. in: Albrecht & Weigt (Hg.). 1993: Behinderte Welt. Bd. 1. pp. 97-119.
- GIBBON, Peter (ed.) 1995: Liberalised development in Tanzania. Studies on accumulation processes and local Institutions. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet.
- GROOTAERT, Christian. 2003: On the relationship between empowerment, social capital and community-driven development.
[http://lnweb18.worldbank.org/ESSD/sdvext.nsf/68ByDocName/ChristiaanGrootaert/\\$FILE/Groot3+PDF.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/ESSD/sdvext.nsf/68ByDocName/ChristiaanGrootaert/$FILE/Groot3+PDF.pdf) (11.03.08)
- HAKIELIMU. 2004a: Nyerere on Education: A commentary. HakiElimu Working Paper 1/2004 (unpublished).

- HAKIELIMU. 2004b: The progress of the primary education development plan (PEDP) in Tanzania: 2002-2004. Working Paper No. 2/2004 (unpublished).
- HAKIELIMU. 2005: Three years of PEDP implementation: Key findings from government reviews (unpublished).
- HIRSCHBERG, Marianne. 2010: Partizipation – ein Querschnittsanliegen der UN-Behindertenrechtskonvention. Stellungnahmen der unabhängigen Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenkonvention. Positionen Nr. 3, 2010.
- HOCHWARTER, Anna. 2009: Inklusion, Partizipation, Empowerment und Anwaltschaft. Die Strategien unterschiedlicher Akteure der Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf Menschen mit Behinderung/en. Diplomarbeit: Universität Wien.
- HOKSBERGEN, Roland 2002: Toward authentic partnership. How North-South NGO partnerships contribute to development.
www.gordon.edu/ace/hoksbergen.doc (11.03.2008)
- HUTTER, Franz-Josef & Ulla Selchow. 2004: Entwicklung als Verwirklichung der Menschenrechte. in: Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit. Anspruch und politische Wirklichkeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. pp. 11-26.
- IDDC. 2010: Contribution to the OHCHR Consultation base on Human Rights Council Resolution 13/11.
www2.ohchr.org/english/issues/disability/docs/study/IDDC.doc (20.08.2012)
- INCLUSION INTERNATIONAL: Fact Sheet on Poverty and Disability.
www.inclusion-international.org/site_uploads/11223821811255866183.pdf (10.10.2007)
- ILO. 2004: United Republic of Tanzania Country Profile. Employment of people with disabilities: The impact of legislation (East Africa). Geneva: ILO.
- ILO. 2009a: Inclusion of people with disabilities in the United Republic of Tanzania. Factsheet. Geneva: ILO.
http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_emp/@ifp_skills/documents/publication/wcms_111461.pdf (09.08.2012)
- ILO. 2009b: The price of exclusion. The economic consequences of excluding people with disabilities from the world of work. Employment Working Paper No. 43. Geneva: ILO.

- ILO, UNESCO and WHO. 2004: CBR – A strategy for rehabilitation, equalization of opportunities, poverty reduction and social inclusion of people with disabilities. Joint position paper 2004.
http://whqlibdoc.who.int/publications/2004/9241592389_eng.pdf
 (11.03.2008)
- KATSUI, Hisayo. 2008: Downside of the Human Rights-Based Approach to disability in development. Helsinki: Institute of Development Studies. Working Paper 2/2008.
- KECK, Verena. 1997: Zum kulturellen Verständnis von Behindertsein in einer ozeanischen Gesellschaft. in: Meiser und Albrecht: Krankheit, Behinderung und Kultur. Studienreihe Behinderte Welt, Bd. 5. Frankfurt/Main: IKO-Verlag.
- KIBWANA, Iddi. 2002: A Study of factors that influence entrepreneurship among people with disabilities in Dar es Salaam. MA thesis: University of Dar es Salaam.
- KISANJI, Joseph. 1995: Attitudes and beliefs about disability in Tanzania. in: O'Toole, Brian and Roy McConkey (eds.): Innovations in developing countries for people with disabilities. pp. 51-70.
http://www.eenet.org.uk/resources/docs/inno_dev_coun.php. (31.10.07)
- KISANJI, Joseph. 1998: Culture and Disability: An analysis of inclusive education based on African folklore.
http://www.eenet.org.uk/key_issues/cultural/culture_disability.doc.
 (31.10.07)
- LEMA, Elieshi, Marjorie MBILINYI and Rakesh RAJANI. 2004: Nyerere kuhusu elimu. Dar es Salaam: E&D.
- LÖW, Birgit. 2010: „Education for All“ und „Inclusive Education“. Bildungspolitische Herausforderungen für Tanzania. Diplomarbeit: Universität Wien.
- LOREMAN, Tim, Joanna DEPPELER and David HARVEY (eds.) 2005: Inclusive Education. A practical approach to supporting diversity in the classroom. London-New York: Routledge Falmer.
- LUKAS, Karin & Barbara KÜHHAS. 2007: Power for the People! Ein Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit. in: Behinderung und Dritte Welt 1/2007. pp. 27-30.
- MAWALLA, Noreen L. 1999: The Rights of the Disabled People in Tanzania. Research Paper. University of Dar es Salaam, Faculty of Law.

- MBILINYI, Marjorie und Mary RUSIMBI. 2005: Political and legal struggles over resources and democracy: Experiences with Gender budgeting in Tanzania. in: Garavito, César A. Rodríguez and Boaventura de Sousa Santos (eds.): Law and Globalization from below. Towards a Cosmopolitan Legality. Cambridge: Cambridge University Press.
- MILLER, Ursula. 2005: Inclusion of Disability in the Tanzanian PRSP (unpublished case study).
- MINISTRY FOR FOREIGN AFFAIRS OF FINLAND. 2005: Special Needs Education in Tanzania. A fact-finding mission final report.
- MISAGO, Hezron Yosiah. 2005: Factors inhibiting enrolment of children with disabilities in Tanzanian primary schools. A case study of Tabora Urban Municipality. MA Thesis: University of Dar es Salaam.
- Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. 2012: Stellungnahme Barrierefreie Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.
<http://monitoringausschuss.at/sym/monitoringausschuss/Stellungnahmen>
 (12.08.2012)
- MONT, Daniel. 2007: Measuring Disability Prevalence. Washington: The World Bank.
- NKUTULA, Peter. 1986: The integration of disabled persons from institutions into the Tanzania community. A case study of Yombo Rehabilitation Centre Dar es Salaam. UDSM: BA thesis.
- NOHLEN, Dieter. 2000: Lexikon Dritte Welt. Länder – Organisationen – Theorien – Begriffe – Personen. Reinbek/Hamburg: Rowohlt.
- NUSCHELER, Franz. 2004: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik: Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Neuausgabe. Bonn: Dietz.
- OHCHR. 2006: Frequently asked questions on a human rights-based approach to development cooperation. United Nations: New York and Geneva.
<http://www.ohchr.org/Documents/Publications/FAQen.pdf> (10.08.2012)
- POLICY FORUM TANZANIA. 2009: Discussion Paper civil society engagement in the MKUKUTA review process.
<http://www.policyforum-tz.org/files/DiscussionPaperCSOMKUKUTA.pdf>
 (24.08.2010)
- POLICY FORUM. 2010: Dependency on foreign aid: How the situation could be saved. An analysis of the Tanzanian budget 2010/2011. Policy Brief 3/2010.
<http://www.policyforum-tz.org/files/RevenueEnglish.pdf> (24.08.2010)

- ROWLANDS, Jo. 1995: Empowerment examined. in: Development in Practice, Vol. 5/2. pp. 101-107.
- RUTACHWAMAGYO, Kaganzi. 2005: Disability and educational rights in Tanzania. Final baseline survey report. Dar es Salaam: ICD.
- RWEZAURA, Bart. 2000: The value of a child: marginal children and the law in contemporary Tanzania. in: International Journal of Law, Policy and the Family, Vol. 14. pp. 326-364.
- SCHICHO, Walter. 2004: Handbuch Afrika. Band 3. Nord- und Ostafrika. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- SCHICHO, Walter. 2012a: Right to development – From a “dangerous” Third World concept to a toothless buzzword . in: Nowak, Januszewski and Hofstätter (eds.): All Human Rights for All. Vienna Manual on Human Rights. Wien/Graz: n.w.v. pp. 408-413.
- SCHICHO, Walter. 2012b: Human rights and development: A Rights-Based Approach. in: Nowak, Januszewski and Hofstätter (eds.): All Human Rights for All. Vienna Manual on Human Rights, pp. 558-562.
- SCHULZE, Marianne. 2007: The UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities and the visibility of persons with disabilities in human rights. in: Behinderung und Dritte Welt 1/2007. pp. 13-19.
- SCHULZE, Marianne. 2010: Including persons with disabilities in the MDGs. in: Behinderung und Dritte Welt 1/2010. pp.33-36.
- SEN, Gita. 1997: Empowerment as an Approach to Poverty. Working Paper Series No. 97/07.
http://ieham.org/html/docs/Empowerment_as_an_approach_to_Poverty.pdf (12.08.2008)
- SHAKESPEARE, Tom. 1993: Disabled People’s Self-organization: a new social movement? in: Disability, Handicap and Society, Vol. 8/3. pp. 249- 264.
- SHAKESPEARE, Tom. 2006: Disability rights and wrongs. London and New York: Routledge.
- SHIA Briefing Paper “Disability Rights in Tanzania” 2011 (unpublished print).
- SINKA, Adamson Hanyikisi. 2001: Disabled persons’ access to employment: Law and practice. 1982-2001. Research paper. University of Dar es Salaam.
- THORBURN, M.J. and Kofi MARFO (eds.) 1990: Practical approaches to childhood disability in developing countries. Insights from experiences and research. Tampa: Global Age Publ.

- UNDP. 2010: Democratic governance election support project. Activities to empower persons with disabilities.
<http://www.tz.undp.org/ESP/index.asp> (06.08.2012)
- UNITED NATIONS. 2006: General Comment No. 9 of the Committee on the Rights of the Child. The Rights of Children with Disabilities, CRC/C/GC/9.
<http://www2.ohchr.org/english/bodies/crc/comments.htm> (22.08.2012)
- UNITED NATIONS. 2012: The Millennium Development Goals Report 2012. New York: United Nations.
<http://www.un.org/en/development/desa/publications/mdg-report-2012.html> (13.08.2012)
- UNITED NATIONS. 2011a: Universal Periodic Review of the United Republic of Tanzania, Summary by the OHCHR. A/HRC/WG.6/12/TZA/3.
<http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/PAGES/TZSession12.aspx> (14.08.2012)
- UNITED NATIONS. 2011b: Universal Periodic Review of the United Republic of Tanzania, Report of the UPR-Working Group on Tanzania. A/HRC/19/4.
<http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/PAGES/TZSession12.aspx> (14.08.2012)
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA (URT). 1982: Disabled Persons' (Employment) Act No. 2.
<http://www.bunge.go.tz/Polis/PAMS/Docs/2-1982.pdf> (08.10.2007)
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 1998: The Constitution of the United Republic of Tanzania of 1977 as amended in 1998.
<http://www.tanzania.go.tz/images/constitutioneng.pdf> (03.05.2008)
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2003a: Basic Education Statistics in Tanzania (BEST) 2003. Ministry of Education and Culture.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2003b: Disability and Poverty Reduction – Workshop on policy perspectives on the vulnerable. Workshop Paper Department of Social Welfare (unpublished).
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2004a: Employment and Labour Relations Act No. 6.
<http://www.parliament.go.tz/Polis/PAMS/Docs/6-2004.pdf> (03.05.2008)
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2004b: Joint review of the Primary Education Development Plan (PEDP). Final report. Ministry of Education and Culture.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2004c: National monitoring report on the implementation of the Primary Education Development Plan 2003. Ministry of Education and Culture.

- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2004d: National Policy on Disability. Ministry of Labour, Youth Development and Sports.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2005a: Basic Education Statistics in Tanzania (BEST). Regional Data. Ministry of Education and Culture.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2005b: MKUKUTA - The National Strategy for Growth and Reduction of Poverty (Summary). Vice President's Office.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2006a: Basic Education Statistics in Tanzania 2002-2006. Ministry of Education and Vocational Training.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2006b: MKUKUTA Monitoring System. Master Plan draft 3. Ministry of Planning, Economy and Empowerment.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2006c: MKUKUTA – National Strategy for Growth and Reduction of Poverty (NSGRP), Status Report 2006. Ministry of Economy, Planning and Empowerment.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2007: National Household Budget Survey 2007. National Bureau of Statistics.
<http://nbs.go.tz/tnada/index.php/catalog/2> (04.04.2008)
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2008: National Social Protection Framework. Ministry of Finance and Economic Affairs, Poverty Eradication and Empowerment Division.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2008: Tanzania Disability Survey.
<http://nbs.go.tz/tnada/index.php/catalog/5> (11.10.2011)
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2009: MKUKUTA Review.
<http://www.policyforum-tz.org/official-mkukuta-review-docs> (06.12.2011)
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2009: National Strategy on Inclusive Education 2009-2017.
http://www.ed-dpg.or.tz/pdf/CCI/Inclusive%20Education%20Strategy_2009-2017.pdf
 (12.11.2012)
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2010a: The Persons with Disabilities Act. No. 9.
<http://polis.parliament.go.tz/PAMS/docs/9-2010.pdf> (13.08.2012)
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2010b: Assessment of participation of local stakeholders in planning, implementation and monitoring of MKUKUTA. Draft report, Ministry of Finance and Economic Affairs.
- UNITED REPUBLIC OF TANZANIA. 2010c: MKUKUTA annual implementation report. Ministry of Finance and Economic Affairs.

http://www.povertymonitoring.go.tz/WhatIsNew/MAIR_BOOK_2010_FINAL.pdf (15.12.2012)

ÜSTÜN, T. Bedirhan et al. (ed.). 2001: Disability and culture: Universalism and diversity. Seattle: Hogrefe & Huber.

UVIN, Peter. 2004: Human rights and development. Bloomfield: Kumarian Press.

WIMAN. 2012: Mainstreaming the disability dimension in development cooperation. Case Finland - Lessons learned. Presentation at the CSocD, 50th session.

<http://social.un.org/index/CommissionforSocialDevelopment/Sessions/2012.aspx> (11.08.2012)

WINTER, Jerry Alan. 2003: The development of the disability rights movement as a social problem solver. in: Disability Studies Quarterly, Vol. 23, No. 1. pp. 33-61.

WORLDBANK. 2002: Empowerment and Poverty Reduction. A Sourcebook. Washington D.C.: Worldbank.

World Health Organisation. 2004: International Classification of Functioning, Disability and Health. Online version:

<http://www.who.int/classifications/icf/en> (17.08.2012)

World Health Organisation. 2011: World Report on Disability. Geneva: WHO.

INTERNETQUELLEN

BBC News: "Tanzania fear over albino killing", 17.12.2007

<http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7148673.stm> (letzter Zugriff 22.08.2010)

Disabled Peoples International, Position Paper on Inclusive Education

http://www.dpi.org/lang-en/resources/topics_detail?page=75 (13.07.2012)

Encyclopedia Britannica: Definition "Social Movement"

<http://www.britannica.com/EBchecked/topic/551335/social-movement>

(09.01.2013)

ICD Website

www.inclusive-tanzania.org/projectdescription.php (09.02.2008)

PRSP Watch: Informationen zu Tansania

<http://www.prsp-watch.de/index.php?page=laenderprofile/tansania.php>

(24.08.2010)

RADAR Development und CCBRT

<http://www.radardevelopment.com/about-us/disability-survey/> (22.08.2010)

Tanzania Profile on laws and regulations regarding persons' with disabilities access to elections

<http://www.electionaccess.org/LR/Countries%20M-Z/Tanzania.htm> (10.08.2012)

The Citizen: "Is Tanzania the Darling of Donors?"

<http://www.thecitizen.co.tz/sunday-citizen/43-sunday-citizen-opinion-editorial/2174-is-tanzania-the-darling-of-donors.html> (12.07.2011)

The Guardian "Teach public disability is not inability, media urged", 29.08.2009

<http://www.ippmedia.com/>

Timeline des Disability Movements (nach Pelka, Fred. 1997: Companion to The Disability Rights Movement. Santa Barbara: ABC-CLIO)

<http://bancroft.berkeley.edu/collections/drilm/resources/timeline.html>

(18.05.2010)

UN News Center: "Ensuring rights of persons with disabilities benefits all of society – Migiro"

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=39474&#.UPrhD44VdAR>

Under the Same Sun

<http://www.underthesamesun.com/projects.php> (letzter Zugriff 22.08.2010)

WHO, Definition "disabilities"

<http://www.who.int/topics/disabilities/en/> (14.10.07)

WHO, Definition "Community-Based Rehabilitation"

<http://www.who.int/disabilities/cbr/en/index.html> (26.08.2010)

WHO, Guidelines for Community-Based Rehabilitation

<http://www.who.int/disabilities/cbr/guidelines/en/index.html> (18.09.2011)

GRAFIKEN

Exklusion – Separation – Integration – Inklusion

<http://www.inklusion-olpe.de/inklusion.php> (24.07.2012)

Poverty and Disability – der Kreislauf von Armut und Behinderung (Handicap International und CBM nach DFID 2000: 4)

www.making-prsp-inclusive.org/en/6-disability/64-why-disability-must-be-included-in-prs.html (24.07.2012)

VIDEOS

Keisha: "Usinicheke" – Lach mich nicht aus

http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=1QhNvYMH5Ns

(09.07.2010)

RADAR Development

http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=etzQfHKJ6zw
(20.08.2012)

INTERNATIONALE DEKLARATIONEN

ÜBEREINKOMMEN,

RESOLUTIONEN,

Human Rights Council 2012: Joint Written Statement, The Enduring Violence against the Albino Children in the United Republic of Tanzania“. A/HRC/19NGO/84.

http://ap.ohchr.org/documents/alldocs.aspx?doc_id=19560

Paris Declaration on Aid Effectiveness 2005

Accra Agenda for Action 2008

Busan Partnership for Effective Development Co-operation 2008

<http://www.oecd.org/dac/aideffectiveness/parisdeclarationandaccraagendaforaction.htm>

UNESCO. 1994: The Salamanca Statement on Principles, Policy and Practice in Special Needs Education.

http://www.unesco.org/education/pdf/SALAMA_E.PDF (12.07.2010)

United Nations: Convention on the Rights of Persons with Disabilities.

<http://www.un.org/disabilities/convention> (22.08.2012)

United Nations: Declaration on the Right to Development. A/RES/41/128

<http://www.un.org/documents/ga/res/41/a41r128.htm> (14.11.2008)

United Nations: Draft outcome document of the High-level Plenary Meeting of the General Assembly on the Millennium Development Goals. A/RES/64/299.

<http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=A/RES/64/299> (15.01.2013)

United Nations: High-level Meeting of the General Assembly on the Realization of the Millennium Development Goals and Other Internationally Agreed Development Goals for Persons with Disabilities. A/RES/66/124.

<http://www.un.org/disabilities/default.asp?id=1590> (15.01.2013)

United Nations: Millennium Declaration. A/RES/55/2

<http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm> (01.10.2012)

Universal Declaration of Human Rights

<http://www.un.org/Overview/rights.html> (10.11.2008)

UN Partnership to Promote the Rights of Persons with Disabilities

<http://mptf.undp.org/factsheet/fund/RPD00> (01.10.2012)

Vienna Declaration and Plan of Action 1993

<http://www2.ohchr.org/english/law/pdf/vienna.pdf>

Anhang

InterviewpartnerInnen

Interviews zum Thema Behinderung in Tansania, durchgeführt im Zeitraum Dezember 2006 bis März 2007

Name	Organisation	Datum
Godwin Sanava	Project Coordinator, Information Centre on Disability, ICD	17.01.2007
Evena Massae	Coordinator, Tanzania Association of the Mentally Handicapped, TAMH	19.01.2007
Pancrasia Paul	Project Officer, ICD	19.01.2007
James Shimwenye	Director, Tanzania National Institute for the Blind, TNIB	23.01.2007
Susanna Ringo	District Academic Officer of Mwanga	30.01.2007
Ester Kaaya	Teacher Deaf School Mwanga, Mwanga Union of Persons with Disabilities, MUPWD	30.01.2007
Abdillahi Omar, Kondo Seif, Mohamed Katani	Shirikisho la Vyama vya Watu wenye Ulemavu, SHIVYAWATA	13.02.2007
Mohamed Kajembe	Information Officer, ICD	16.02.2007
Henry Wimile	Board Member and Co-Founder, ICD	16.02.2007
Kaganzi Rutachwamagyo	Director, ICD	19.02.2007
Lupi Maswanya	Chairperson, Chama cha Visivi Tanzania, CHAVITA	26.02.2007
Avogast Kajuna	CBR-Coordinator, Comprehensive Community Based Rehabilitation Tanzania, CCBRT	23.02.2007
Frederick Mkatambo	Lawyer, Legal and Human Rights Centre, LHRC; Board Member ICD	27.02.2007
Hosea Kalumuna	Special Education Unit, Ministry of Education, Board Member ICD	06.03.2007

Beispiel eines Interviewleitfadens

Questionnaire for DPO/NGO members

Name:

Sex:

Age:

Education:

Profession:

Name of the organisation:

I. Your work/the work of the organisation:

1. What are the main targets of the organisation?
2. Can you tell me about the work of your organisation?
 - 2.1. When did it start?
 - 2.2. Who started it and why?
 - 2.3. How many staff members does the organisation have?
 - 2.4. How many persons with disabilities work here?
 - 2.5. How do you finance your work?
 - 2.6. Which projects do you run at the moment? Who finances them?
3. What's your responsibility/duty/role in the organisation?
4. How long have you worked here?
5. Do you think the work of your organisation can change/has changed people's views or ways of thinking towards people with disabilities?
6. What are the main problems your organisation encounters in its work?

II. Situation of disabled people in Tanzania:

7. What do you think about the "climate" for disabled people in Tanzania?
8. How is their socio-economic situation?
9. What difficulties/stigma do disabled people experience in Tanzania?

10. How is the public opinion towards disabled people?
11. What are the rights of disabled people in Tanzania?
12. Do you think the programmes for disabled people in Tanzania are adequate?
13. Is there a difference between rural and urban areas regarding disabled people's lives?
14. Could you give your opinion on the access to education?
15. How would you describe job opportunities and access to employment?

III. Role of the government:

16. In which way does the government contribute to disability work?
17. How is the legal framework for persons with disabilities?
18. Does the government make provisions for the care of children with disabilities?
19. What are positive and negative results of government programmes that you see?

IV. Civil society – Disabled People's Organisations and Pro-Disability Organisations:

20. Do you think there are enough organisations for PWDs in Tanzania?
21. How is the relationship or the interaction of the various organisations? Is there a good network of DPOs and PDOs?
22. Do they have the same goals?
23. Are there different approaches? What are the main Problems?
24. How do you see the organisations in terms of ownership?

Interviewbeispiel

Henry Wimile, board member and founder of ICD, disability activist

[informal start]

Moudy told me that you were actually one of the founders of ICD.

Yes, I was one of the founders.

Can you tell me about the history of ICD and about its development?

Yeah, ICD started way back in 1998 when three of us started the idea. There is not a lot of research on disability and if one speaks of disability – advocacy and whatever – we don't have data to substantiate what we argue about. And the gap came about not because of negative attitude but as a result of lack of focus in the mainstream research institutions. They do not focus on disability. This lack of focus may be stemming from the fact that they are not aware of disability issues. So, the establishment of ICD was an attempt to bridge the gap in a sense to start disability related research to get data and also get this work done by research institutions like the universities, like ESRF – Economic and Social Research Foundation. They should be accessible to people with disabilities. And also we were thinking to put together the (research) works of these institutions under one roof.

The first gap was data which was not available, the second gap was in order to address disability issues we need a strong disability oriented organisation that is born of the professionals who have well-wrested knowledge of analysis. The existing disabled people's organizations were not professional organisations. They are formed as pressure groups, so we wanted an organisation which would conduct these things in a professional way. In the mainstream you had specific groups who had experts like for example TGNP - they have formed their own professional body. You have organizations like TAMWA or TAWLA, so we said, we should also have a professional body addressing disability in a professional manner rather than as pressure only. Therefore, these were just

gaps but we had a feeling that within the community there was another gap that is attitudinal. Community in general, the way they view disability and the way they tend to regard and prioritise it in the family or community initiatives is that of undermining. There are many who think that disabled people are weak therefore there's no need to include them in work. We are not regarded as equal partners who can contribute a lot at the level of ability towards the betterment of society. That was also one dimension – which some of the disabled people themselves could see as positive as they can rest and just eat, you see, but in a way – what if your family goes away or perishes? What then?

So, does the public system not support persons with disabilities?

The public does not give any support. That's one attitude. Another attitude would be the one regarding disability as a problem, a curse, something to avoid, one may feel ashamed to associate with such kind of person. Therefore, if there is that kind of feeling, no effort will be made to dedicate resources to support improvement of this human being.

How is it possible to change attitudes towards disability in society?

By having role models, once we have role models they can see “no, these people are useful. It works this way and they can manage their life because their families invested in them.” They gave them opportunities, avenues to bring them to be useful human beings, including giving them access to education. So, once we have role models, the public can learn from this experience and see the value in developing these human beings.

That's one aspect, but we also have those who view disability as a problem or a curse. By being a role model one can show that what happened is due to conditions sometimes. Everybody can get them. I think you can tell stories with examples that people can understand. So we have to be role models and as role models, again, people should not expect us to be holy, we are part of the dynamic society. In society there are people who drink beer, so they should not expect us not to drink beer. If there are people who behave badly they should not expect us that we never behave badly. The way a person is, might not

determined by the physical condition, it might be inherent. We are human beings with all characteristics of human beings.

We are part of a diverse and heterogeneous society. Disabled people themselves have a part to play by being an example of good manner in society, an example of how they can achieve an independent living, an example of how they can be contributing, productive human beings.

Do you think these attitudes change now, for example through the work of ICD and other organisations?

They are.

Can you describe these changes?

If I put myself in a context when I was still very young up to now, things are changing. Within the government there is an increased concern on disability and that's why even at the National Strategy on Growth and Eradication of Poverty disability is included. It's not included because the government wanted to. It's because disabled people themselves stood up and spoke and they became role models. You see, that's how we came to be included.

Policy makers and decision makers are part of the society and the set-up of society is the shaping of the human being. If a policy maker is coming from a society that believes that a disabled person is useless I don't think once in power he will believe that a disabled is a useful human being. So we should not see these problems with the government of not paying much attention to disability issues as something coming from the government as a government. Government is an ideal; it's the people who are the product of society. We should look at the level of socialisation; you know even gender issues are part of socialization. They start assuming their roles, you see, and this comes up in the adult age. At the family level, when they see the way a disabled child is treated, isolated not included in various activities, maybe when the rest of the children do some activities. These children are hidden so they learn that is a useless human being. Therefore we should target the community, the family, in order to change attitudes of the government because it comes from there.

So, you say, it's necessary to start at the ground level, at the grass root level?

Yes.

How do you see the role of the government in terms of contribution to disability issues, support and so on?

The government has started to take serious notice of disability, but only on paper. You see, now PRSP in developing countries being the guiding principles in developing the countries, anything that PRSP don't mention maybe will not receive much attention. Now that some aspects of disability are being included in the poverty reduction initiatives, we see that there's a commitment of the government. But as I said, it is only on paper. At the level of implementation we have a problem. They tend to see disability as an expensive industry and therefore strategies to address disability-related development are missing.

Is the budget also a problem or is it the willingness to invest?

I think there are two separate things. One could be the budget, yes. Why a budget for disabled people only? If we talk about the issue of budget, why should it not be about all? But I think it's a question of willingness, because a budget without political will does not move. And also political will without a budget doesn't show any results. It's both sides of the coin. We need a budget and we need political commitment. A budget without political commitment will lead to misuse. There are issues of accountability, governance and all these things as part of how you manage the budget. We are not in their priority agenda, among the competing needs we are not one. Maybe although we are in the MKUKUTA and things are not happening, maybe we should not blame the government because unless you make your case a disturbance to the system, no one will remember. We'll just remember those who make the system uncomfortable, to get attention. So we might have not done much.

But is that changing now with ICD and MTAJU trying to advocate for disability rights?

We haven't made a big bang yet to open the door, but it's coming. We are at the level of setting the structure of making that happen. The structures are secured now.

Which structures are there?

I mean, here, putting in the system to address disability issues in order. You remember, when I was talking with Matthew [staff at UNDP] about specific working groups, while we were establishing the PER [Public expenditure review] on disability we might have achieved something, because PER is a structure within the government for the follow-up of the implementation of the NSGRP. Now it's when you sit together at the table, you can address issues. So there's a number of persons with disabilities who can access this process. If there's no progress, what's the problem. So once you are there, at the negotiation table, then things can start moving. Now, we haven't achieved much on our side to push our agenda to be a disturbance of the government.

What do you think about the civil society and the DPOs in Tanzania? What do they do to give disability issues a voice? And how strong are they?

We have been fragmented. We didn't have a common strong voice. In those days people could speak for their constituency, like, if I talk about education, I talk about education for the blind. Someone else maybe talks about employment and specifically about employment for the deaf. But we are not talking about a common issue, about structural issues because we are not tackling our problems as structural issues within the government.

So, the groups just struggle alone, not united?

Yes, on their own and for their specific interest. And that means we are divided. it means the government would be paralysed. Today the deaf go and ask for education, tomorrow blinds ask for education, another day the physically impaired, then the albinos. Now, the government would get problems, how to listen, to whom and when. But if you go for common issues like education,

political participation, you say, these are the critical areas of our concern, of all of us. You are creating a strong voice to the government and you send a big message that the government listens to. When you are not doing things as a movement, there's a danger that we will sabotage one another, you see. Like when we talk of inclusive education, there are some among us who say, no, we don't need inclusive education. So, within the disability movement...

Is there a movement?

No, no, there was none, but we are creating a movement now. That's the structure I was talking about. We try to put structures in place and a movement does not only mean those who are concerned. It means that other parts of civil society as well start to support disability issues and so far we have linked with parliamentarians, we have forged a link with media people and we also think of forging links with other networks so that we can move together as a movement. But the current situation has not developed so far. That's why we might not have achieved much in pushing the government.

I'm sorry, if you say WE - who do you mean exactly?

We? We, in the disability sector, the believers in our cause and our allies. Things cannot change through external input, they have to start from within, seeing the need of moving forward, seeing the need of wanting to fight together, wanting to start initiatives internally that will help you to go out as a big movement and then you can make changes.

What do you think are the main problems of organisations like ICD or TNIB in their work?

There are problems of lack of expertise to support their work in the related fields, for instance we are conducting this programme related to HIV/AIDS but we don't really have experts on disability and HIV/AIDS, lack of experts for instance in education. So, we have a lack of experts in disability related fields to help make a case that is evidence-based. We need to give our staff training on

these aspects. And that's one area. Another area which is a problem is the issue of lack of resources, particularly I would refer to the financial resources, though experts are also part of resources. Financially we are still dependent on donors; we haven't got our own strong financial base yet to support our work not even for one percent. This means we are dancing by the tune of a donor. If the donor wants you to dance reggae, you dance reggae, no matter if you don't want to. So, donor dependence is a big problem and we are not even sure about our sustainability. Tomorrow the donors might say, we don't want to support you anymore. It means all your work will come to an end and then you cannot even plan for the welfare of your staff, you cannot plan for the future of your organisation.

Another problem related to this is, apart from donor dependence, related to this is the issue of we are supported on project-oriented activities. Project-oriented activities means, one project will be funded for maybe one year or two years. Most of these organisations don't have a coherent strategic plan, which means a vision for a certain period. So, it takes a lot of time to run from one donor to the other once you see the project period comes to an end, trying to see who is going to bridge the gap, so you can grant continuity. Related to that is that because of project orientation of our work, sometimes we don't have continuity. The project comes to a stop someday, even if you didn't complete what you wanted to complete, but you have to stop. With the tune of the donor you are shifting from one concentration to another, depending on what the donor says. Also, we face another problem of lack of a common agenda.

What do you mean by that?

I mean a common agenda that we all subscribe to so that we address it together and this comes from another problem, that is the lack of a movement. So, it is as if everyone is working for themselves. We don't even give support to each other, learning from others. We don't learn from each other's experience because we are not together as a movement. I think, this is one of the main problems that these organisations face.

To add, I think, these disabled people's organisations like ICD, TNIB, DOLASED, they are family-based. They don't follow the interests of the

constituency they are serving. Here, when you form an organisation like for example ICD to address disability issues, there is little consultation with disabled people themselves. To me this is a problem, because it is like you make business outside the name of disabled people; especially when you have an organisation registered only by two people. They don't give room for others. They won't like networking because that would mean that they would have to open up to others to see who they are. So they continue to operate in isolation and we will not reach the target of becoming a movement with a strong band to the government. And we will always work to destroy others in order for us to exist. Because many of us go to the same donor, the possibility for me to get little is there, so if I manage to destroy you and I remain alone, the chances for me getting more money are bigger, you see.

So there is no willingness to share resources?

Yes, and that is a problem because if we don't share resources it means we are fighting against each other. Even within DPOs there is the tendency of wanting to imprint our images, not the images of the organisation. We want the "me" rather be seen than the "us". The "me" is my preoccupation; I must destroy you to remain "me".

I can see that's a big problem. Is there anything else you want to add?

No, that's it.

Thank you!

Abstract (Deutsch)

Diese Arbeit zielt auf eine Verortung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Entwicklungskontext anhand der konkreten Situation Tansanias ab.

In der jüngeren Vergangenheit zeichnete sich international ein Paradigmenwechsel in Hinblick auf Behinderung ab: Menschen mit Behinderungen werden nicht mehr als passive EmpfängerInnen von Almosen wahrgenommen, sondern als eigenständige, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft anerkannt. Gleichzeitig steht nicht mehr die jeweilige Beeinträchtigung im Vordergrund, sondern, gemäß dem sozialen Modell, die verschiedenen sozialen, rechtlichen, kommunikativen, wirtschaftlichen und Umwelt-Barrieren, die zur Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen beitragen und Inklusion verhindern. Unterstützt durch internationale Entwicklungen wie den Menschenrechtsansatz, die UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen oder neue Erkenntnisse über Ursachen von Behinderung und Zusammenhänge zwischen Armut, Diskriminierung und Behinderung, werden Menschen mit Behinderungen auch in der Armutsbekämpfung immer sichtbarer.

Vor dem Hintergrund der verschiedenen Konzepte und Begriffe, die den aktuellen Entwicklungsdiskurs prägen, wird die Situation von Menschen mit Behinderungen in Tansania beleuchtet und der Spannungsbogen zwischen internationalen Verpflichtungen des Staates und lokalen *Empowerment*-Bestrebungen der Behindertenverbände skizziert. Die Analyse der Rollen und Aktivitäten der unterschiedlichen AkteurInnen in der Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen zeigt schließlich Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten auf.

Abstract (English)

This thesis aims at showing the interrelation between the rights of persons with disabilities in the context of (international) development and the concrete case of Tanzania.

In recent years, a change of paradigm has become visible with regard to disability: persons with disabilities are no longer perceived as passive recipients of charity and alms, but are increasingly recognised as independent members of society with equal rights. At the same time, the focus shifts away from the respective impairment towards the social, legal, institutional, communicative, economic and physical barriers which, according to the *social model of disability*, cause discrimination of persons with disabilities and prevent their inclusion.

Now, the rights of persons with disabilities, supported by international developments such as the *Human Rights Based Approach*, the *UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities* and new findings regarding causes of disability and its links to poverty, also gain visibility in the area of development cooperation and poverty reduction.

Against the background of pertinent concepts and definitions currently shaping the development discourse, this thesis analyses the situation of persons with disabilities in Tanzania and sketches the gap between international obligations of the state and local empowerment efforts of the disability movement.

By analysing the roles and actions of the respective stakeholders in realising the rights of persons with disabilities, challenges and opportunities become apparent.

CURRICULUM VITAE

Magdalena Christine Kern

Ausbildung

Dez. 2006-März 2007	Forschungsaufenthalt in Tansania
Sommer 2006	Summer School, Beijing, China
WS 2004/05	Auslandssemester, University of Dar es Salaam
ab WS 2002	Studium der Afrikanistik, Universität Wien, Schwerpunkte: Geschichte, Swahili, Arabistik, Internationale Entwicklung
1998-2002	BG/BRG Gmunden, neusprachlicher Zweig
1994-1998	Pensionat der Kreuzschwestern Gmunden

Sprachen

Deutsch (Erstsprache), Englisch (fließend), Spanisch (gut), Kiswahili (gut),
Österreichische Gebärdensprache (gut)

Praktika und Berufsweg

Seit 2008	Referentin für Anwaltschaft, Licht für die Welt
Sommer 2007	Telefonzentrale und Rezeption bei E-Control
Juni 2007	Praktikum, Licht für die Welt
Sommer 2006	Praktikum, E-Control, Wien
Winter 2006	Praktikum, ICD, Dar es Salaam
WS 2005	Ausbildung zur ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuerin, Integrationshaus Wien
Sommer 2003	Büro, Gollhammer Keramik, Gmunden
2003 – 2005	Lernbetreuung in Deutsch, Mathematik und Englisch
2003, 2004	Promotion für Kurier

Veröffentlicht

Kern, Magdalena, Petra Mühlberger & Andrea Zefferer. 2010: Der Countdown läuft – Bildung für alle, jetzt! in: Raison – Zeitschrift für gesellschaftliche Entwicklung, Nr. 4/1/2010. pp.84-90.

Rezension: Hofer, Christine: HIV/AIDS in Namibia. Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Prävention und der Situation von Frauen. in: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. 23 3/2007. pp. 120-123.

Kern, Magdalena. 2005: Cheza salama – Play it safe. Das Jugendmagazin FEMINA als Medium der HIV/AIDS Aufklärung in Tansania. in: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien. Nr. 9/2005, pp. 103-123.